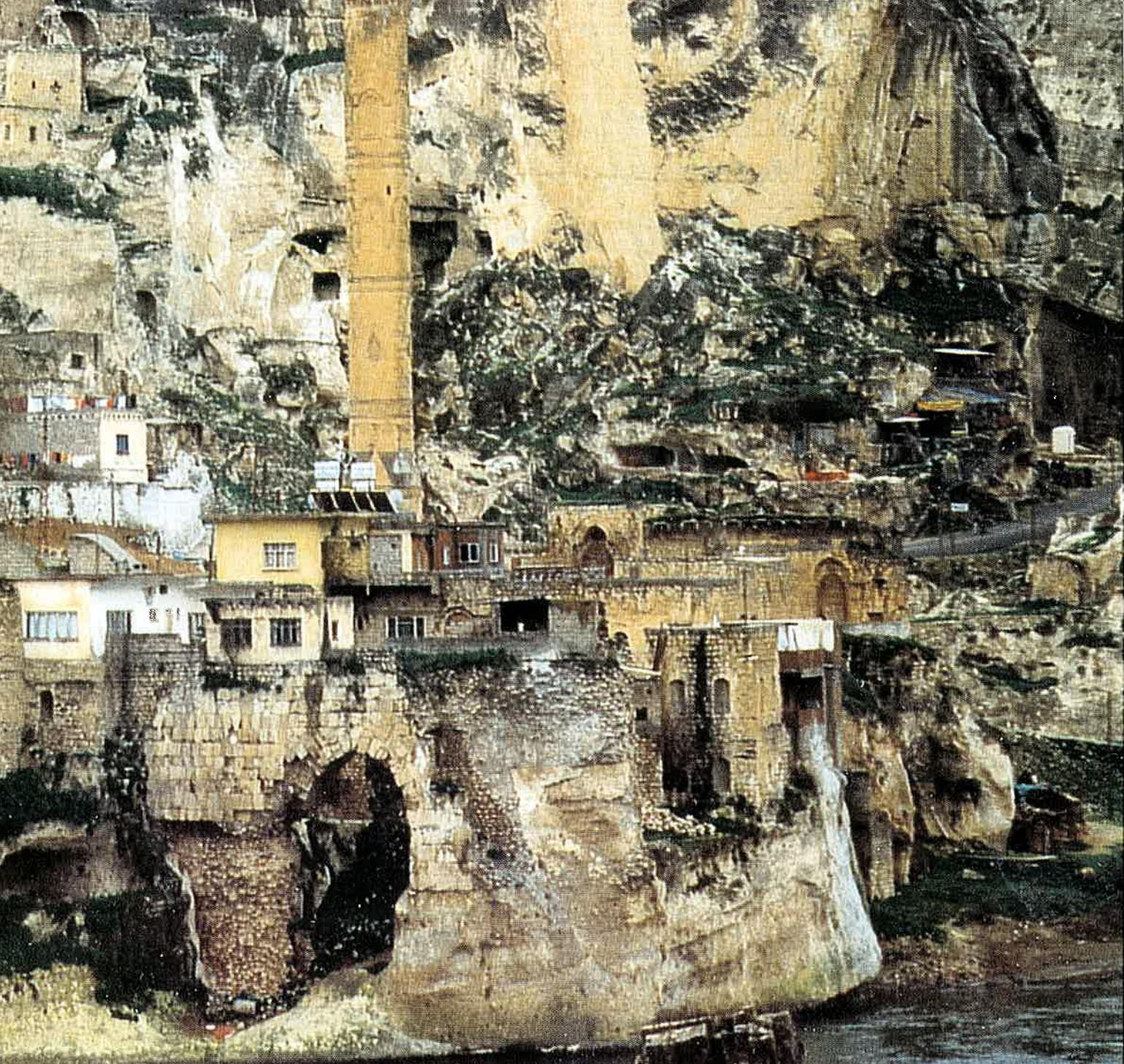


Für ein freies und unabhängiges Kurdistan

kr

Kurdistan Report

Nr. 166 Dezember 2002 2,50 Euro



● **Hoffnung für Hasankeyf**

● **Aktionsplan für eine demokratische Lösung**

Kurdistan Report Nr. 106

Impressum

Der Kurdistan Report
erscheint regelmäßig

Redaktion:

W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, B. Ruprecht, E.
Millich,

Kontaktadresse:

Kurdistan Report
c/o
ISKU - Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Internet-Adresse:

[http://www.nadir.org/
kurdistan_report](http://www.nadir.org/kurdistan_report)

Druck:

Eigendruck

Preise:

Einzelexemplar	2,50	□
6 Exemplare	15,-	□
	(zuzüglich Porto)	
Dänemark	20 dkr.	
Großbritannien	2 bp.	
Norwegen	20 nkr.	
Schweden	20 skr.	
Schweiz	4 sfr.	

Titelbild:

Hasankeyf
(Quelle: A. Bender)

Rückseite:

Plakat Free Öcalan
(Quelle: Internationale
Initiative Freiheit für Öcalan
- Frieden in Kurdistan)

Namentlich gezeichnete
Artikel geben nicht unbe-
dingt die Meinung der
Redaktion wieder.

Artikel, LeserInnenbriefe
und Fotos sind erwünscht
und werden nach
Möglichkeit abgedruckt. Die
Redaktion behält sich das
Recht auf Kürzungen vor.
Nachdruck – auch auszugs-
weise – nur mit
Genehmigung der
Redaktion.

Wir bedanken uns für die
Unterstützung zahlreicher
Freundinnen und Freunde.

aktuelles und hintergrund

Ohne Kurdinnen und Kurden keine Demokratie

Aktuelle Bewertung von Nilüfer Koc

4

Das Modell Türkei und seine Wahlen

Ein Kommentar von Hans Branscheidt

7

Mehr Stimmen für die DEHAP

Bilanzen der Wahl aus Özgür Politika

10

Wahlen in der Türkei

Bericht einer Wahlbeobachtung von Martin Dolzer

12

Der EU-Gipfel in Kopenhagen und die Türkei

Von Elmar Millich

15

Dringender Aktionsplan für eine demokratische Lösung

Vom Präsidialrat des KADEK

18

Verteidigerbesuche bei Abdullah Öcalan verwehrt

Anwälte von A. Öcalan

22

Freiheit für Öcalan

Von Internationale Initiative Freiheit für Öcalan - Frieden in Kurdistan

24

Der 27. November 1978, Gründungstag der PKK

Von Muzaffer Ayata

25

Arroganz der Macht und Interessenpolitik

Zum Krieg gegen den Irak von Werner Ruf

28

Wir sind für Änderungen im Irak, aber wir missbilligen den Krieg

Interview mit Hiwi Abdullah, PÇDK-Europavertretung

30

Die Meder-Verteidigungsgebiete

aus Serxwebun

34

Maxmure ist ein Schrei, ein Aufruf!

Interview mit Nazli Ciftci

36

frauen und gesellschaft

Wir machen Politik gegen das Patriachat

von Pinar Selek

40

international

Sie haben uns unsere Stimme geraubt

Interview Maria Miguez, ehemaliges Mitglied von Batasuna

45

Demokratie auf spanische Art

Vom Bündnis Euskal-Herritarrok

48

kultur

Hoffnung für Hasankeyf

Von Nick Brauns

49

Für das Überleben der 'oral culture'

Von Erdal Alcipinar

51

Das Zeitalter der Demokratie

Von Oliver Kontny

53

aus kurdistan

Dersim - Zentrum des Widerstandes

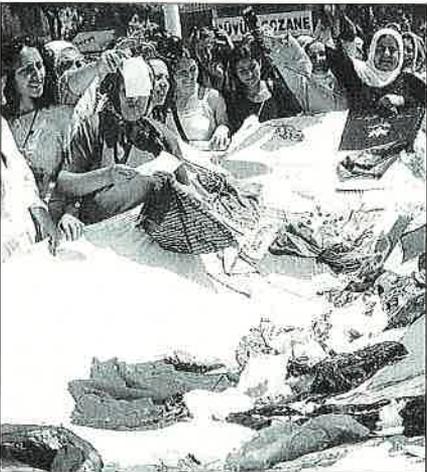
Von Ercan Eyboga

59



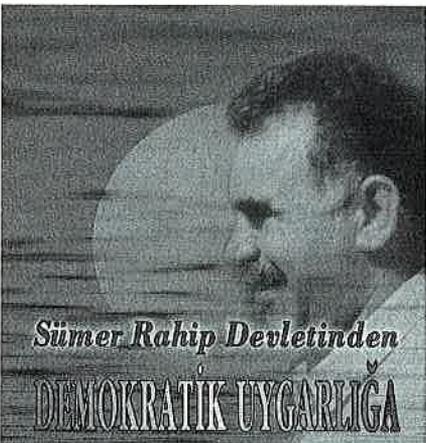
KADEK - Aktionsplan für eine demokratische Lösung

Seite 18



KATAGI - Wir machen Politik gegen das Patriarchat

Seite 40



Das Zeitalter der Demokratie - Buchbesprechung

Seite 53

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit dieser Ausgabe beschließen wir das ereignisreiche Jahr 2002. Wir möchten unseren LeserInnen ein erfolgreiches, aber vor allem auch friedliches neues Jahr wünschen. Die Hoffnung der Menschen auf Frieden konnte im letzten Jahr nicht erfüllt werden und auch in der nächster Zukunft wird dieser Wunsch nicht erfüllt werden. Weitere Initiative wird entwickelt werden müssen, um die bevorstehenden Kriege, die für die Menschen in den Kriegsregionen weitere Tragödien bedeuten werden, zu verhindern.

In der Türkei und in Nordkurdistan wird es weiter darum gehen, den eingeschlagenen Friedensweg der fortschrittlichen demokratischen Organisationen und Institutionen zu vertiefen und weiter zu festigen. Wenn auch in der Türkei wichtige demokratische Errungenschaften im Jahr 2002 zu erkennen und bedeutende Schritte zu einer friedlichen Lösung der inneren Konflikte zu verzeichnen sind, sehen wir immer noch mit großer Besorgnis die schweren Menschenrechtsverletzungen besonders in den kurdischen Gebieten.

Die Wahl im November hat nicht die erhofften Veränderungen für die Türkei gebracht. In der Rubrik 'aktuelles und hintergrund' geben wir dazu mit verschiedenen Artikeln einen Überblick und eine Bewertung.

Der Krieg gegen den Irak erscheint unausweichlich. Warum wollen, so scheint es, die USA diesen Krieg gegen den Irak um jeden Preis? Was sind die Ziele? Weshalb verhalten sich die Kontinental-Europäer so zögerlich? Mit diesen und weiteren Fragen setzt sich der Artikel von W. Ruf auseinander und gibt uns wichtige Antworten auf diese Fragen.

In Südkurdistan wurde in diesem Jahr die Partei der Demokratischen Lösung in Kurdistan gegründet. Mit einem Interview mit H. Abdullah von der PÇDK-Europavertretung möchten wir auf ihre Ziele, aber ebenso auf die Schwierigkeiten in der Region hinweisen. Der Süden Kurdistans bekommt in dieser Ausgabe einen großen Raum. Die Meder-Verteidigungsgebiete wurden im September ausgerufen und umfassen die grenznahe Region im Nordwesten Südkurdistans. Sie sind in erster Linie auf Verteidigung ausgerichtet und für die Zeit bis zur Lösung der kurdischen Frage im Süden eingerichtet worden.

Auch wenn die Todesstrafe in der Türkei offiziell abgeschafft und die Strafe gegen Abdullah Öcalan in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt worden ist, besteht weiterhin die berechtigte Sorge um sein Leben und seine Gesundheit. Die Anwälte wandten sich mit einem Aufruf an Amnesty International und an den Europarat gegen die verschärften Haftbedingungen ihres Mandanten.

Der KADEK hat zu einer Kampagne für die Freilassung von Abdullah Öcalan aufgerufen. Mit dem Menschenrechtstag, dem 10. Dezember 2002, wird mit Aktionen zivilen Ungehorsams ebenso für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage und für eine wirkliche demokratische Veränderung in der Türkei gefochten.

Im nächsten Jahr wird die Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“ den ersten Teil der umfangreichen Einlassung Öcalans an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in deutscher Sprache veröffentlichen. Unter der Überschrift ‚Das Zeitalter der Demokratie‘ wird mit einer ausführlichen Besprechung dieses Buch vorgestellt.

Viele weitere interessante Artikel über die kurdische Kultur oder zum Verbot der baskischen Partei Batasuna finden Sie in dieser Ausgabe.

Wir möchten uns für das unregelmäßige Erscheinen des Kurdistan Report in diesem Jahr entschuldigen. Mit dem neuen Jahr hoffen wir ein regelmäßiges Erscheinen zu gewährleisten.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen ein erfolgreiches Jahr 2003.

Die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Ohne Kurdinnen und Kurden keine Demokratie

Von Nilüfer Koc, Vorsitzende der Frauenkommission des KNK (Kurdischer Nationalkongress)

Eine Bewertung der politischen Entwicklungen der letzten Monate scheint auf den ersten Blick sehr schwierig. Denn vieles ist passiert. Die Fülle und die rasende Geschwindigkeit der Informationen und Entwicklungen sowie der Veränderungen - egal ob positiv oder negativ - erschweren es immer mehr, mit einem klaren Blick Zusammenhänge und Hintergründe zu analysieren. Vor allem ist die Bewertung der politischen Lage um Kurdistan komplizierter geworden. Zum einen ist dies bedingt durch die geplante Irak-Intervention, in der Kurdistan und die kurdische Frage einen gewichtigen Faktor darstellen. Zum anderen aber steht in diesem Zusammenhang die Wahl in der Türkei. Bei beiden Faktoren handelt sich nicht um kurzfristige Entwicklungen, sondern um Entwicklungen mit längerfristigen Folgen.

Die Art und Weise täglicher Nachrichten stellen die Problematik losgelöst von den Zusammenhängen und Hintergründen dar. Auch die Fülle der Nachrichten kann Außenstehende irritieren, sogar die Hoffnung nehmen.

Aus diesen Gründen scheint es mir wichtig, einen Überblick zu vermitteln.

Mit dem 11. September wurde offensichtlich, dass die Ruhephase nach dem Golfkrieg abrupt beendet wurde und eine Zeit neuer politischer Wirbel angebrochen ist. Zum einen erzwingen die wirtschaftlichen Krisen, die Über-

versorgung der Märkte in den USA und Europa eine Expansion. Zum anderen ist die Ausbeutung von Rohstoffen in den Ländern der sogenannten 3. Welt noch wichtiger für die kostengünstige Produktion geworden. Der Mittlere Osten ist sowohl aus wirtschaftlichen

gelungen, hier die sogenannte Neue Weltordnung zu etablieren. Die Folgen des 11. September haben ein neues Argument für lang ersehnte Ausdehnungswünsche geliefert. Seit über einem Jahr müssen wir uns tagtäglich die Bedrohung durch den Terrorismus am Beispiel Saddams anhören. Bei aller Kritik an Saddams antidemokratischer Politik lautet die Frage jedoch, worum es denn eigentlich geht. Auch hat sich erwiesen, dass zum Argument des Terrorismus keine Alternative geliefert wird. Was wird nach Saddam kommen? Auch wenn häufig Sicherheit, Demokratie und Frieden durch die amerikanisch-britische Politik hochgepriesen werden, so ist ihr Demokratiekonzept unverständlich. Für mich als Kurdin ist es auch wenig glaubhaft. Seit fast vier Jahren bemühen sich die Kurden um eine politische Lösung und definieren diese über ihre neue Demokratiebewegung. Die kurdischen Demokratiebestrebungen sind keine Lippenbekenntnisse gewesen. Denn die PKK hat den bewaffneten Kampf eingestellt und diesbezüglich eine neue Strategie deklariert. Tag



Nilüfer Koc

Foto: Archiv

Gründen als auch geografisch für die Expansion in den fernen Osten als wichtige Brücke von Bedeutung. Wer den Mittleren Osten unter Kontrolle bekommt, verfügt über die Rohstoffe und die entsprechende Brücke. Mit dem Golfkrieg konnte zwar für kurze Zeit der Mittlere Osten auf den Kopf gestellt werden, doch ist es den USA und ihren westlichen Verbündeten nicht

und Nacht haben Kurdinnen und Kurden in der Türkei ihre zivilen Rechte eingefordert und dafür zahlreiche zivile Organisationen geschaffen. Der Vorsitzende des KADEK, Abdullah Öcalan, hat die Demokratie des 21. Jahrhunderts auf mehreren hundert Seiten manifestiert. Der KADEK hat dieses Manifest zur Grundlage seiner Strategie und Politik genommen.

Wie aber wurden die kurdischen Demokratiebestrebungen beantwortet:

Zunächst wurde die PKK, obwohl sie sich bereits aufgelöst hatte, als Verhandlungsmasse zwischen der Türkei, den USA und der EU auf die EU-Liste „terroristischer Organisationen“ gesetzt. Die USA brachten es fertig, auch noch den KADEK am 3. November in ihre berühmte Warnliste aufzunehmen.

Es stellt sich also die Frage, um welche Demokratie es geht, bzw. welche Unterschiede es zwischen dem US- und dem kurdischen Demokratiekonzept gibt.

Fakt ist, dass das kurdische Demokratiekonzept eine Veränderung zugunsten der Unterdrückten bewirken wird. Denn nach wie vor ist die Demokratisierung des Mittleren Ostens abhängig von der Anerkennung kurdischer Rechte durch die Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien. Um die Interessen der Völker dieser Region gemeinsam anzugehen, ist die PKK aufgelöst und der KADEK gegründet worden. Alle Kräfte der Region wurden eingeladen, in diesem Kongress zusammenzukommen und die Zukunft für einen Demokratischen Mittleren Osten zu diskutieren und zu gestalten. Eine Demokratisierung der vier Schlüsselstaaten setzt vor allem eine Änderung ihrer Haltung in Bezug auf kurdische Rechte voraus. Und sie wird von denjenigen ausgelöst werden, die unter der Repression dieser Staaten leiden. Dies sind allen voran die Kurden.

Noch deutlicher will ich das Spektakel der Wahl aufzeigen. Zunächst aber zu der Frage, warum es überhaupt zur Frühwahl kam. Systemtreue behaupten, die 57. Regierung unter Ecevit, Yılmaz und Bahçeli hätte dem durch die EU-Beitrittsbedingungen erzeugten Druck nicht standhalten können. Selbstverständlich hat die EU mehr Demokratie, mehr Menschenrechte, usw. gefordert. Dies tut Europa aber seit zwanzig Jahren. Würde man EU- oder EP-Resolutionen in Bezug auf die Türkei recherchieren, käme man schnell auf Tausende von Seiten gefüllt mit Zeilen über Demokratie, Menschenrechte, Menschenwürde, ...

Die Türkei bemüht sich seit 40 Jahren um den Zugang nach Europa. Ohne die politischen Bemühungen der EU in Bezug auf die Türkei abzuwerten, sehe ich die Dinge als Kurden mit etwas anderen Augen. Schließlich geht es um mein Leben und mein Existenzrecht als Kurden.

In Folge der Demokratisierungsbestrebungen der letzten drei Jahre hat die Wahl für die Kurden eine historische Chance dargestellt. Denn sowohl der Flügel der Hardliner als auch der antikurdisch geprägte Flügel Ecevit, Bahçeli und Yılmaz scheiterten. Die offensiven Forderungen der Kurden als interner Faktor und der Druck hinsichtlich notwendiger Veränderungen im Mittleren Osten als externer Faktor haben die Türkei zu Veränderungen gezwungen. Diese Kräfte waren es auch, welche die 10%-Hürde aufstellten, um den Kurden den Weg ins Parlament zu verwehren. Sie aber fielen in ihre eigene Falle. Nach der Beendigung des Krieges durch die PKK hat die Türkei das Argument der „bösen Kurden“ verloren. Sowohl außen- als auch innenpolitisch wurde es immer schwieriger, die sich vor allem in der Unterdrückung der Kurden zeigenden antidemokratischen Zustände zu erklären. Nicht nur die Menschen in der Türkei, auch die Wirtschaft hat in den letzten drei Jahren damit begonnen, sich zu entfalten. Der einseitige Friedensprozess fand positive Resonanz in der Türkei. Viele Probleme des Landes - inklusive der bislang riskanten kurdischen Angelegenheit - wurden immer öfter Thema gesellschaftlicher Diskussionen.

Die Kurden hatten vor der Wahl mit ihren Friedens- und Demokratiebemühungen eine gute Basis für die Zukunft gelegt. Sie waren reif für das türkische Parlament.

Auch wenn die klassische Staatspolitik, repräsentiert durch Ecevit, Bahçeli und Yılmaz, resignierte, hat der Nationale Sicherheitsrat (MGK) keine radikale Alternative eingeschlagen. Eine Alternative wäre es gewesen, den Kurden den Weg ins Parlament nicht zu versperren. Genau das hat aber stattgefunden. Im Gegensatz zu früher wurden dabei

kaum international geächtete, grob militaristische Gewaltmaßnahmen ergriffen. Nein, diesmal ging die Türkei mit feineren Methoden vor, aber mit der altbekannten Logik der Leugnung und Ignoranz des Kurdischen.

Nachdem die Frühwahl rechtlich zugelassen worden war, begann die HADEP voller demokratischer Überzeugung und Selbstbewusstsein, sich auf die Wahl vorzubereiten. Gemäß ihres Demokratieverständnisses sollte die Zukunft der neuen Türkei gemeinsam mit türkischen Parteien angestrebt werden. Ohne jeglichen Dogmatismus und Feindschaft begann sie damit, Koalitionsgespräche zunächst mit regimetreuen „linken“ Parteien wie der SHP, CHP und ÖDP zu führen. Schon in den ersten beiden Wochen wurde klar, dass diese drei Parteien die HADEP lediglich hinhalten wollten. Diese sollte damit Zeit verlieren und unvorbereitet in die Wahl gehen. Die Bedingungen, die durch SHP, CHP und ÖDP gestellt wurden, unterschieden sich nicht von der klassischen staatlichen Linie der Negierung. Kurdische Kandidaten sollten unter dem Namen dieser Parteien kandidieren; außerdem wurde vorgeschrieben, wer von der HADEP kandidieren sollte; die besten Listenplätze sollten von den anderen Parteien gestellt werden. Es folgten weitere für die kurdische HADEP inakzeptable Bedingungen. Das Projekt scheiterte. Doch gab die HADEP nicht auf und setzte ihre Arbeit mit anderen türkischen Parteien, Organisationen und Gewerkschaften fort. Um die HADEP einzuschüchtern, wurde dann letzten Endes ihr laufendes Verbotverfahren auf die politische Agenda gesetzt. Es wurde klar: Die HADEP - und damit die Kurden - sollten aufgehoben werden.

Die zweite Runde im Kampf wurde eingeläutet. Kurzfristig stellte sich die DEHAP zur Wahl. Mit den türkischen linken Parteien SDP und EMEP wurde der Block für Frieden und Arbeit geschaffen. Zahlreiche Organisationen unterstützten diesen Block. Doch der Staat blieb nicht ruhig. Mit dem gesetzlichen Scheinargument der sogenannten Wahlkommission wurden u.a. die Kan-

didaturen des bekannten Menschenrechtsaktivisten Akin Birdal und des ehemaligen Vorsitzenden der HADEP mit politischem Betätigungsverbot verhindert.

Nur wenige Wochen vor der Wahl wurden die Militärs, die mit dem Staat kollaborierenden Dorfschützer und kurdische Großgrundbesitzer aktiv. Ihre Aktionen begannen in ländlichen Gebieten und hatten das Ziel, potenzielle DEHAP-WählerInnen einzuschüchtern.

Eine ernsthafte Debatte über die Aufhebung der Zehnprozenthürde fand nicht statt. Weltweit ist die Türkei das einzige Land mit solch einer Prozenthürde.

Die Stimmenauszählung brachte drei Parteien ins politische Scheinwerferlicht: AKP, CHP und DEHAP. Die AKP stand dabei für weite Teile des Landes. In Kurdistan erzielte sie jedoch nur in drei Provinzen den ersten Platz. Die CHP wurde vor allem in den Provinzen an der agäischen Küste gewählt. Die DEHAP wurde in 13 der 17 Provinzen Kurdistans gewählt. Aufgrund der Zehnprozenthürde gingen die DEHAP-Stimmen an die AKP.

Schlussfolgernd möchte ich betonen, dass die Türkei mit der Wahl nicht bereit war, einen neuen gemeinsamen Weg mit den Kurden und damit den Weg der Demokratie einzuschlagen. Diese Haltung der Türkei fand in der westlichen Welt schweigende Zustimmung. Zum einen äußerte kein EU-Staat Kritik an der Zehnprozenthürde. Auch wurden trotz zahlreicher Aufrufe kurdischer Organisationen keine offiziellen Wahlbeobachtungskommissionen in die gefährdeten kurdischen Gebiete entsandt. Vor und während der Wahl wurde bereits mit der AKP verhandelt. Dies gab Abdullah Gül kurze Stunden nach der Stimmenauszählung im Staatsfernsehen TRT bekannt. Ihm zufolge hätte die AKP sowohl die USA als auch die EU-Staaten im Voraus über ihre moderne islamische Haltung „beruhigt“ gehabt. Was könnte den USA gelegener sein als eine „islamische“ Partei (AKP),

die westliche christdemokratische Parteien als Vorbild predigt. Schließlich wurde die Dosis der Anti-Islam-Propaganda überschritten und die islamische Welt durchaus provoziert. Für den Irak-Angriff ist es daher ein willkommenes Argument, mit einer „islamischen Partei“ die „islamische Welt“ anzugreifen, welches den arabischen Islamisten damit entfällt. Auch kann für später mit der AKP ein neuer Modellislam für den Mittleren Osten definiert werden.

Ein Wahlerfolg für die DEHAP hätte eine Kettenreaktion bei den Kurden in den anderen drei Staaten in Gang gesetzt. Kurden im türkischen Parlament, das hätte den Beginn der Akzeptanz kurdischer Identität bedeutet. Es hätte zu einem Modell für eine zukünftige demokratische Republik werden können. Doch weder die Türkei noch ihre Verbündeten ließen dies zu. Der uralte status quo, nämlich die Instrumentalisierung der kurdischen Thematik, sollte aufrechterhalten bleiben.

Ein Wahlerfolg für die Kurden hätte auch einen Schatten auf die Irak-Intervention geworfen. Für den Irak ist eine militärische Lösung bereits vorgesehen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Intervention beginnen wird.

Im Bewusstsein, dass eine antikurdische Politik auf Unterstützung stößt, erlaubte sich die neue Regierung unter Ministerpräsident Abdullah Gül, im neuen Aktionsplan der Regierung mit keinem einzigen Wort die Lösung der kurdischen Frage oder auch nur das Wort „Kurde“ zu erwähnen.

Nicht genug damit, bekam die neue Regierung ein weiteres Geschenk: Die USA haben den KADEK am 3. November in ihre berühmte Liste „terroristischer Organisationen“ aufgenommen.

Dazu kommen noch die verschlechterten Haftbedingungen des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan.

Obwohl die 1987 eingeführte Regelung des Ausnahmezustands vor einer Woche aufgehoben wurde, haben

Todesschwadronen erneut mit dem „Verschwindenlassen“ begonnen.

Mit der Wahl haben die Kurden ihre Bereitschaft, ihre Organisationskraft und ihr Beharren auf einer politischen Lösung gezeigt. Die kurdische Frage und die Kurden sind längst reif dafür. Die Türkei setzt gemeinsam mit ihren Verbündeten auf das Konzept, die Frage in die Zukunft zu verlagern, die Aktionsbereitschaft der Kurden und damit ihren Demokratiekampf verpuffen zu lassen.

Um dieser Konzeption entgegenzutreten, hat der KADEK alle Kurden aufgerufen, vom 10. Dezember 2002 (Internationaler Tag der Menschenrechte) bis zum 15. Februar (Datum der Verschleppung von Abdullah Öcalan) eine umfassende Kampagne unter dem Motto „Freiheit für Abdullah Öcalan“ durchzuführen. Abdullah Öcalan steht für Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit. Mit dieser Kampagne sollen unter anderem die gesetzlichen Scheinreformen, die eine Demokratisierung vortäuschen sollten, entlarvt werden. Die neue türkische Politikmethodik setzt auf die alte Logik. Die Todesstrafe wurde bedingt aufgehoben. Am Beispiel des KADEK-Vorsitzenden aber wird die eigentliche Absicht deutlich: An Stelle der Todesstrafe soll er durch die strengen und inhumanen Isolationshaftbedingungen über die Zeit verteilt Schritt für Schritt psychisch und physisch zerstört werden.

Deshalb ist es heute umso wichtiger, solidarisch gemeinsam mit den Kurden gegen Lügen, Vortäuschungen und Scheinreformen vorzugehen. Mit einer neuen offensiven politischen Welle werden die Kurden zeigen, dass sie ihren Kampf für Demokratie nicht aufgeben werden. Die kurdische Frage muss gelöst werden. Mit der Überzeugung und Kraft, die die Kurden aus dem Werk des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan gewonnen haben, wird keine Kraft der Welt sie daran hindern. Seien Sie mit uns.

Kommentar

Das Modell Türkei und seine Wahlen

Von Hans Branscheidt

Mit einem solchen Wahlergebnis hatten die europäischen und die türkischen Eliten nicht so ganz gerechnet. Schon gar nicht zu Beginn der Eröffnung des großen Planes, aus der Türkei das erste westlich orientierte und an Europa fest angebundene Land in einer muslimischen Region zu machen. Denn das politisch-kulturelle Ergebnis, das die Wahlen nun erbrachten, bedeutet im Grunde eine Umkehr der ursprünglichen Erwartung: die Türkei als erster muslimisch regierter Großstaat mit Beitrittsanspruch ins säkulare Europa.

Schon im Zeichen der den Wahlen vorausgegangenen demoskopischen Befragungen gründlich verwirrt, reagierte das politische Europa auf das eindeutige Ergebnis einer AKP-Regierung der absoluten Mehrheit zunächst mit einiger Verblüffung - nicht ohne allerdings zugleich die neue Tatsache vorsichtig zu „begrüßen“ (Solanas) oder sogar „mit Wohlwollen“ zu betrachten (Bundeskanzler Schröder). Seitdem spekuliert die politische Klasse Europas darüber, ob diese Realität einer religiös fundierten AKP-Partei nun ihre allgemeinen Grundwerte erschüttert, oder aber vielleicht doch positiv die Version eines lang erwünschten „Islam light“ präsentiert. Diese Variante für die Türkei wäre im Westen hochwillkommen. Ob sie allerdings auch die türkische Integration in Europa ermöglicht, diese Frage bleibt weiterhin offen. Ein deutlich positives Signal werden die europäischen Regierungen geben, ein fest fixiertes Beitrittsdatum nicht.

Vorerst bleibt für sie zu klären: Was ist ein „gemäßigter Islam“ und für was ist dieser zu gebrauchen? Auf die Ciller

und die Yilmaz samt MHP kann der Westen durchaus verzichten, aber was wird nun aus den Garanten der anbindungsnotwendigen Reformen, aus Dervis, der CHP, aus Cem und TÜSIAD? Auch und gerade das „Wohlwollen“ der deutschen Bundesregierung wird vorerst nichts konkretes bedeuten, das man ohnehin nur äußert, weil einem die Amerikaner es aufgezwungen haben, als deutscher Schrittmacher für den EU-Beitritt der Türkei zu votieren. Die Bundesregierung erfüllt den US-Wunsch nur verbal, und beruhigt sich in der Hoffnung, daß die anderen europäischen Staaten schon dafür sorgen werden, daß so bald kein fixes Datum für den Anschluß zu erwarten ist. Die europäischen Eliten entdecken nun wieder besorgt den „riesigen Ballast eines muslimischen Großstaates“ (Hans-Ulrich

Wehler), den man sich als Bürde nicht an den Hals hängen will. Die Türkei als Gleichung mit zu vielen Unbekannten, mit außerparlamentarisch mächtigen Klientelverbänden, muslimischen Strömungen und Einflußgruppen, mit einem schwer berechenbaren Militär, mit ungewisser sozialer und ökonomischer Zukunft - und versehen mit der Last eines ungelösten „Kurdenproblems“, - das alles entdeckt sich für Europa nicht mehr nur als große Offerterte für Markterweiterung und Lösung von Sicherheitsproblemen, sondern als ein tendenziell eher bedrohlicher Klotz am Bein. Nun heißt es plötzlich wieder, daß man davon auszugehen habe, daß es die kemalistischen Eliten nicht geschafft hätten, das ländliche Anatolien in eine modernisierte türkische Zivilgesellschaft zu transformieren. Damit ist schließlich



Wahl in der Türkei

Foto: M. Dolzer

sogar die positive Erwartung der geostrategischen Nützlichkeit der Türkei relativiert: Anatolien ist noch zu unreif, um die Mitgliedschaft in einem Staatenverbund zu reklamieren, der ganz anders geprägt ist. Plötzlich kommentieren die publizistischen Stimmen Europas auch wieder mit Nachdruck die immer noch offene Anerkennung des Genozids an den Armeniern - und verweisen auf diesbezügliche Beschlüsse der französischen Nationalversammlung -, erinnern an die Vertreibung der Griechen, nehmen das Schicksal der Kurden wieder wichtig.

Womit hatten ihrerseits die türkischen Eliten gerechnet? Ihre ganze große Erwartung war auf die Hoffnung gerichtet, daß Europa die Mittel und das know how zur Modernisierung der brachliegenden Wirtschaft und der uneffizienten Verwaltung wie auch des Justizwesens zur Verfügung stellen würde. Schließlich sogar die ebenfalls anstehende Lösung der Probleme der Agrarwirtschaft in einem immer noch bis zu 50 % auf bäuerliche Erwerbswirtschaft gegründeten Land. Schon an einem einzigen Datum aus diesem Kontext zeigt sich, wie unrealistisch die baldige Ankoppelung der Türkei an Europa geworden ist: Kanzler Schröder wie Staatspräsident Chirac haben soeben beschlossen, die Agrarsubventionen bis 2007 nicht zu reduzieren, um auf diese Weise die Erweiterung der EU auch den Kandidaten des Ostens zu ermöglichen. Mit dem verbindlichen Zusatz, daß eben diese Subventionen ab 2007 radikal gekürzt und womöglich ganz abgeschafft werden sollen. Ein geordneter Beitritt der Türkei, der nicht auf größte soziale Verwerfungen treffen sollte, ist unter diesen

Umständen gar nicht möglich, weil überhaupt nicht finanzierbar. Schlimmer noch, daß die siegreiche AKP genau diese Klientel auf ihrer Seite hat, die zukünftig von jeder Modernisierung am stärksten negativ betroffen wäre, wenn neoliberale Politik, Privatisierung, Rationalisierung und Technisierung statt staatlicher Förderungen ihre Auswirkungen haben würden: Bauern und Landbewohner, kleine Geschäftsinhaber, Arbeiter und Verwaltungsangestellte, die unteren Kader des Bildungsbereichs werden die ersten massenhaften

Opfer dieser neuen türkischen Realität sein. Statt TÜSIAD triumphierte vorerst MÜSIAD, der Unternehmerverband der AKP, der gerade diese sozialen Schichten gegen die Modernisierungspläne der Eliten in sich vereinigt hat. Der Konflikt der neuen Regierung mit den großen Gebernationen des Westens, mit Weltbank und IMF, ist dadurch vorprogrammiert. Von diesem Konflikt wird die nahe Zukunft der Türkei unter einer AKP-Regierung gezeichnet sein. Der Westen, die Europäer werden ab sofort jede soziale, ökonomische und finanz-

politische Regung der neuen Regierung streng beobachten und kommentieren, notfalls sanktionieren. Nach ihrer Auffassung treibt das Land nun auf einen Konflikt zwischen den kemalistisch orientierten Militärs und einer islamisch ausgerichteten Regierung. Aus Stabilitätsgesichtspunkten ist eine solche Tendenz nicht unproblematisch. Die westlichen Länder werden die Lösung der offenen Fragen und Probleme nicht in eigener Regie betreiben, sondern dies der Türkei selber überlassen. Oder genauer gesagt, als Regisseure stehen sie wohl auch weiterhin noch zur Verfügung, aber die Verantwortung für das Dilemma der Türkei werden sie auf keinen Fall übernehmen wollen.

Erst wenn die entscheidenden Auflagen und Vorbedingungen einigermaßen erfüllt sind, werden die Europäer entscheiden, ob die Türkei voll und ganz zu Europa gehören soll. Wenn positiv entschieden ist, ob aus

Gesamtergebnis der Wahlen in der Türkei		
	Prozent	Stimmen
AKP	34,10	10.780.842
CHP	19,30	6.105.424
DYP	9,50	2.991.341
MHP	8,30	2.612.313
GP	7,20	2.277.711
DEHAP	6,10	1.953.118
ANAP	5,10	1.612.039
SP	2,50	782.235
DSP	1,20	382.047
YTP	1,21	380.063
BBP	1,02	320.628
YP	0,94	294.534
IP	0,52	162.880
BTP	0,48	150.231
ÖDP	0,34	105.623
LDP	0,29	90.444
MP	0,22	69.371
TKP	0,19	60.390
Unabhängige	0,99	311.239
Gesamt:	100	31.328.214
Wahlberechtigte in der Türkei:		41.441.374
Abgegebene Stimmen:		32.604.525
Gültige Stimmen:		31.328.214

Quelle: Özgür Politika, 05.11.2002

der Türkei eine Zivilgesellschaft geworden ist, läßt sich auch deren muslimisch geprägter Charakter integrieren. Bis dahin wird die Türkei gegenüber Europa in einer stand-by-Situation verharren - und die AKP-Regierung wird unter Beweis stellen müssen, ob sie den erwünschten Beitrag leisten kann.

Der Wahlsieger hat soeben erklärt, über einen „Aktionsplan“ zu verfügen, der nun Schritt für Schritt in den nächsten Wochen und Monaten umgesetzt werden soll, wie der im Westen als Reformpolitiker identifizierte stellvertretende AKP-Chef Abdullah Gül behauptet hat. Unter der Parole „Mit dem politischen Chaos in der Türkei ist es nun vorbei“ eröffneten Erdogan und Gül unmittelbar nach den Wahlen offensive Kontakte und Gespräche mit den europäischen Regierungen. „Wir werden die EU fragen, was zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen noch fehlt, und das dann umsetzen“, versprach Yasar Yakis, ein weiterer stellvertretender Vorsitzender der AKP. Dabei strebe die AKP eine Lösung des Zypern-Problems auch bilateral mit Griechenland an. Tatsächlich handelt die neue AKP-Regierung bislang recht professionell, um als regierungsfähige Partei zu erscheinen. Sie will denjenigen keine Argumente liefern, die sie als islamistisch bezeichnen. Gleichzeitig bemüht sich Erdogan darum, keine Spannungen mit den Militärs auftreten zu lassen. Alle diese Mühe und Beflis-senheit wird dennoch in Europa materiell nicht eingelöst und durch ein fixes Beitrittsdatum belohnt werden, sondern nur auf freundliche weitere Beobachtung treffen. Stellt sich aber heraus, daß alle diese Mühen nur auf passive Sympathie treffen, daß die Anbindung aber mit open end verschoben ist, dann wird die AKP-Regierung von Europa schwer enttäuscht sein, und die Klientel der AKP ihrerseits von ihrer Partei, die keinen Wohlstand, keine soziale Versorgung, keine moderne Ökonomie, keine entfaltete Teilhabe am gemeinsamen Markt Europas wird bieten können.

Der Weg der Türkei und ihrer Gesellschaft in die Moderne ist erneut auf einige Zeit verschoben worden. Das

Problem des Landes ist der Mangel an tiefgreifenden demokratischen Reformen. Diese sind Voraussetzung für Europa und Erwartung für die Menschen der Türkei. Die neue AKP-Realität eröffnet für das Land eine Art Zwischenrunde: Auf ihrem Weg vorwärts verabschiedet sich die türkische Gesellschaft von den schlimmsten kriminell-klientelistischen Parteien ihrer jüngsten Vergangenheit, sie tut dies sozusagen mit dem Mittel der als unkorrupt geltenden AKP, die ihrerseits an ihrem immanenten Problem, die Trennung von Staat und Religion nicht gewährleisten zu können, die Menschen enttäuschen wird. Auch für die zu modernisierende Türkei gilt das oberste Prinzip aller demokratischen Aufklärung: Religionskritik! Die jetzige Etappe in der Entwicklung der türkischen Gesellschaft, die durch die Wahlen nur eine Markierung erfuhr, könnte einen entscheidenden Auftakt für die DEHAP und andere demokratische und linke Parteien in der Türkei bedeuten. Die absolute Mehrheit der islamischen AKP, die modernisieren muß, verlangt nach kritischer Opposition - und vor allem nach qualifizierten gesellschaftlichen Entwürfen und Reformplänen, die den Weg ins neoliberale Europa vorgeben, und dabei darauf zu achten haben, daß dieser Weg in die Sphäre der Moderne die Menschen der Türkei nicht zu deren großen Verlierern werden läßt. Der große historische Beitrag der kurdischen Bewegung zur Erneuerung der Türkei muß heute der ganzen Gesellschaft des Landes die Voraussetzungen dieser Veränderung vorbuchstabieren - und damit letztlich auch das Datum für den europäischen Beitritt vorgeben.

Abdullah Öcalan hat sich nach den Wahlen in diesem Sinne zu verstehen gegeben: Für Reformen plädierend, für die Abschaffung der 10%-Hürde sprechend, und - wichtiger noch - er hat konkrete Vorschläge für den Umbau von Staat und Gesellschaft formuliert: Stärkere regionale Selbstverwaltung und freie Kommunen, radikale Veränderung und neuartige Bildungs-Förderungen im universitären Sektor, Abkehr vom zentralistischen Staats- und Verwaltungsdenken, dafür Konzentrierung auf das

„Dritte Gebiet“ im Zeichen demokratischer Aktionen im zivilgesellschaftlichen Bereich. „Jeder sollte sein Umfeld demokratisch gestalten.“ Das gilt ausnahmslos für alle. Auch für die DEHAP-Partei. DEHAP und andere sind dazu aufgerufen. Ihr gutes Wahlergebnis berechtigt sie dazu, das noch weit besser sein wird, wenn die systematischen Wahlbehinderungen ein Ende finden. Damit es dazu kommt wird auch die DEHAP, die zum bedeutsamen gesellschaftlichen Faktor zukünftiger Umgestaltung geworden ist, ihre eigene Gestalt einer kritischen Revision unterziehen müssen. Auch sie muß modern werden für die türkisch-kurdische-europäische Moderne. Das Interregnum der AKP-Regierung, das positive Möglichkeiten bietet, muß als Zwischenstadium für eine Entwicklung verstanden werden, die insgesamt durchaus eine demokratische Perspektive bietet. Diese muß nun sichtbar gemacht werden. Das wird die Aufgabe und die Arbeit sein.

In 17 Provinzen an Stimmen gewonnen

Mehr Stimmen für die DEHAP

Ein Bericht Quelle: Dicle Haber Ajansi (DIHA), 04.11.2002

Die DEHAP gewann in den kurdischen Gebieten, auch wenn sie die 10%-Hürde bei dieser Wahl nicht überspringen konnte, in fast allen Regionen an Stimmen. So nahm sie in Sirnak um 21 %, Dersim 19,2 %, Bitlis 15,8 %, Mardin 14,4 %, Diyarbakir 10,2 %, Siirt 10,1 %, Bingöl 9,3 % zu. Während sie in Mus 7,2 %, Van 5,1 %, Batman 3,7 %, Sanliurfa 2,8 %, Iğdır 2,8 %, Erzurum 2,5 %, Kars 2 % und in Agri 1,2 % zulegte, erlitt sie nur in Hakkari Stimmenverluste.

6 Prozent mehr Stimmen für die DEHAP

Van ist eine der Provinzen, in denen die DEHAP grosse Stimmengewinne erzielte. Während die HADEP bei der Wahl 1995 28 % und 1999 35 % erhalten hatte, überragte die DEHAP dieses Jahr mit 40,8 %. Die AK-Partei wurde dort mit 25,8 %, die sie zum größten Teil von Kaufleuten und Selbständigen im Stadtzentrum erhalten hatte, zweitstärkste Partei. Die DYP war mit 6,4 % drittstärkste Partei, vierte die CHP mit 5,1 %. Die AKP stellt sechs Abgeordnete, die CHP einen Abgeordneten.

Überraschung für die DEHAP in Bitlis

Die DEHAP überraschte mit ihrem Stimmenzuwachs in Bitlis. Während die HADEP 1999 mit 13,7 % Fünfte wurde, stellte die DEHAP in diesem Jahr mit 29,5 % die stärkste Partei und führte damit vor der AKP, die 17,6 % erhielt. Die CHP erlitt mit 4,5 % einen sturzflugartigen Stimmenverlust. Der dortige unabhängige Kandidat Edip Saffet Gaydali zog mit 16,9 % ins Parlament ein.

Die AKP, die fast 12 % weniger Stimmen als die DEHAP erhalten hatte, schickt von dort drei Abgeordnete ins Parlament. Folgendes Ergebnis wurde in Bitlis erzielt: stärkste Partei DEHAP, zweite AKP, DYP mit 9,3 % dritte, ANAP und MHP mit jeweils 6,4 % vierte und fünfte, CHP mit 4,5 % sechste.

7,2 % Zuwachs in Mus

Die DEHAP wurde auch in Mus mit 38 % stärkste Partei (die HADEP erhielt 1999 31,8 %). Zweitstärkste wurde die AKP mit 18 %, dann die DYP mit 11,5 %, ANAP mit 8 % und CHP 6,4 %. In Mus stellt die AKP drei und die CHP einen Abgeordneten.

1,2 % Zuwachs in Agri

Mit 34,9 % der Stimmen bekam die DEHAP im Vergleich zur Wahl 1999 (HADEP mit 33,7 %) einen Zuwachs von 1,2 %. Ihr folgten mit 17,6 % die AKP, mit 9,5 % die CHP. DYP 7,7 %, MHP 5,2 %, ANAP 5 %. Die AKP stellt damit in Agri drei und die CHP zwei Abgeordnete.

Unterstützung für die DEHAP von Aserbeidschanern

Die DEHAP wurde in Iğdır durch die Unterstützung der Bevölkerung mit kurdischer und aserbeidschanischer Herkunft mit 32,4 % der Stimmen stärkste Partei. 1999 hatte die HADEP 29,7 % der Stimmen erhalten, was für die DEHAP 2,8 % Stimmenzuwachs bedeutet. Der DEHAP folgt mit 15,3 % die CHP, 13,1 % für die MHP. Die DYP erhielt 9,8 %, ANAP 8,1 %, AKP 6,4 %. Der als Akademiker bekannte unabhängige

Kandidat Dursun Akdemir ist mit 9 % als Abgeordneter gewählt worden. Die anderen Abgeordneten werden von der CHP gestellt.

Die DEHAP sieht hoffnungsvoll nach Erzurum

Während die HADEP 1999 in Erzurum 6,1 % der Stimmen erhalten hatte, gelang der DEHAP in diesem Jahr mit 8,6 % ein Zuwachs von 2,5 %. 55,6 % der Stimmen brachten der AKP die absolute Mehrheit, die MHP folgte mit 10,9 %. Somit besetzt die AKP in Erzurum alle Abgeordnetenposten.

Viertstärkste Partei in Ardahan

Mit 15,8 % der Stimmen wurde die DEHAP in Ardahan viertstärkste Partei. Stärkste wurde die CHP mit 21,9 %, zweitstärkste die AKP mit 11,7 %, ihr folgte die DYP mit 18 %, die MHP mit 8,8 %, ANAP 6,6 %, SP 2,5 %. Je einen Abgeordneten stellen CHP und AKP.

Zuwachs von 2 % in Kars

19,5 % der Stimmen für die DEHAP bedeuten einen Stimmenzuwachs von 2 % im Vergleich zu 17,5 % für die HADEP bei der Wahl 1999. Die AKP erhielt 17,2 %, CHP 16,7 %, MHP 11,7 %, DYP 10,6 %. Die AKP stellt zwei Abgeordnete, die CHP einen.

Niederlage für Gegner in Diyarbakir

Bei der Wahl 1999 hatte die HADEP in Diyarbakir 45,9 % der Stimmen erhalten und auch in diesem Jahr haben die Gegner der DEHAP, die 56,1 % der

Stimmen für sich verbuchen konnte, eine große Niederlage erlitten. Der DEHAP folgten die AKP mit 15,8 %, DYP 7,1 %, CHP 5,9 %, ANAP 4 %, SP 2,2 %. Die AKP stellt acht Abgeordnete, die CHP zwei.

Niederlage auch in Batman

Während die HADEP 1999 43,4 % der Stimmen erhalten hatte, bekam die DEHAP bei dieser Wahl 47,1 % und ist somit auch stärkste Partei in Batman. Die AKP folgt mit 20,5 %, dann die DYP mit 9,6 %, ANAP mit 7,4 %, CHP mit 6,8 %, SP mit 3,3 % und MHP mit 1,9 %. Drei der vier Abgeordneten werden von der AKP kommen, einer von der CHP.

Zuwachs von 19,2 % in Dersim

Die DEHAP kann in Dersim einen Stimmenzuwachs von 19,2 % verbuchen, die HADEP erreichte dagegen 1999 13,3 %. Somit ist Dersim die Provinz mit dem höchsten Stimmenzuwachs. 24,5 % erhielt die CHP, 13,2 % DYP, 9,8 % MHP, 6,6 % AKP. Da die AKP somit die 10%-Hürde auf der Wahlkreisebene nicht überschritten hat, stellt die CHP beide Abgeordnete in Dersim.

2,8 % Stimmenzuwachs in Sanliurfa

Ein weiterer Wahlkreis mit Stimmenzuwachs für die DEHAP ist Sanliurfa. Die HADEP hatte 1999 16,5 % der Stimmen erhalten, die DEHAP jetzt 19,3 %, was einem Zuwachs von 2,8 % entspricht. Die AKP erhielt 22,9 %, DYP 16,2 %, ANAP 10,1 %, CHP 9,9 %, MHP 7,6 %. Somit stellt die AKP sieben Abgeordnete, die CHP drei, und mit 4,4 % wurde der unabhängige Kandidat Sebahattin Cevheri ebenfalls ins Parlament gewählt.

Plus 14,4 % in Mardin

Ein weiterer Wahlkreis, in dem die DEHAP nach Dersim einen explosionsartigen Stimmenzuwachs verzeichnen konnte, ist Mardin. Konnte die HADEP 1999 25,2 % der Stimmen erzielen,



Wahlschein vom 3. November

Foto: M. Dolzer

wuchs das Ergebnis für die DEHAP jetzt um 14,4 % auf 39,6 %. Somit ist die DEHAP stärkste Partei in Mardin, zweitstärkste die AKP mit 15,3 %, gefolgt von der CHP mit 11,6 %, ANAP mit 8,8 %, DYP mit 8,2 %. Die AKP stellt somit drei, die CHP zwei Abgeordnete, und als weiterer Abgeordneter wurde der unabhängige Kandidat Süleyman Bölünmez mit 8,4 % der Stimmen gewählt.

Stimmenzuwachs um 21 % in Sirnak

In Sirnak, 1999 erhielt dort die HADEP 24 % der Stimmen, kann die DEHAP ebenfalls einen Zuwachs für sich in Anspruch nehmen. Mit 45,9 % der Stimmen wurde sie stärkste Partei, gefolgt von der AKP mit 14 %, der ANAP mit 11,3 %, DYP 5,1 %, CHP 4,7 %. Mit den zwei Kandidaten, welche die AKP als Abgeordnete ins Parlament schickt, zieht auch der unabhängige Kandidat Mehmet Tatar mit 9,6 % der Stimmen ein.

10,1 % Stimmenzuwachs in Siirt

Mit einem Stimmenzuwachs von 10,1 % im Vergleich zu 1999 wurden 32,2 % der Stimmen für die DEHAP abgegeben. Die AKP erhielt 17,5 %, der unabhängige Kandidat Fadil Akgündüz 13,5 %, ANAP 9,8 %, CHP 8,9 %, MHP 7,1 %, DYP 4,7 %, SP 1,6 %. Mit

jeweils einem Abgeordneten der CHP und der AKP zieht auch Akgündüz ins Parlament ein.

In Bingöl ist ein Stimmenzuwachs von 9,3 % zu verbuchen

Mit 22,1 % der Stimmen für die DEHAP in Bingöl, im Vergleich dazu 12,8 % für die HADEP 1999, wurde sie zweitstärkste Partei in diesem Wahlkreis. Dies bedeutete einen Stimmenzuwachs von 9,3 %. Die AKP wurde mit 31,6 % stärkste Partei, die MHP mit 8,6 % drittstärkste, gefolgt von der SP mit 8,1 %, CHP 7,9 %, DYP 6,5 %. Die AKP stellt drei Abgeordnete.

Einziger Wahlkreis mit Stimmenverlust ist Hakkari

Hakkari ist der einzige Wahlkreis mit einem geringen Stimmenverlust. Während die HADEP 1999 46 % erreichen konnte, verlor die DEHAP bei dieser Wahl 0,8 % und erzielte 45,2 %. Mit einem überraschenden Sieg zog der unabhängige Kandidat in Hakkari, Mustafa Zeydan, mit 23,3 % ins Parlament ein. Die CHP erhielt 7,9 %, AKP 6,3 %, ANAP 5,5 %, MHP 3,9 %, SP 1,9 %, DYP 1,4 %. Je einen Abgeordneten stellen AKP und CHP.

Bericht einer Wahlbeobachtungsreise in die Türkei

Wahlen in der Türkei

Von Martin Dolzer

Im Vorfeld und während der vorgezogenen Wahl in der Türkei, die am 3. November stattfand, kam es zu massiven Unregelmäßigkeiten. Besonders in den östlichen Regionen des Landes, den kurdischen Provinzen, wurden die WählerInnen um die Möglichkeit einer freien und demokratischen Wahl betrogen. Davon betroffen war hauptsächlich die DEHAP (Demokratische Volkspartei), ein Bündnis aus HADEP (Demokratische Partei des Volkes), SDP (Sozialistische Demokratische Partei), EMEP (Partei der Werkstätigkeit), kleineren sozialistischen Gruppierungen und Zeitungsprojekten. Die DEHAP hat eine demokratisch-sozialistische Programmatik und orientiert auf die notwendige Demokratisierung des Landes, Frieden und ein solidarisches Zusammenleben der Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, sowie die Überwindung der Unterdrückung der Menschen im allgemeinen. Die Partei versteht sich auch als eine Repräsentantin der Arbeiterbewegung. Sie fordert die Beendigung der Repressionen gegen KurdInnen und andere Minderheiten durch den türkischen Staat. Dazu gehören neben der Aufhebung des Ausnahmezustands in einigen kurdischen Regionen sowie der Abschaffung des Verbotes des Gebrauchs und des Lehrens der kurdischen Sprache auch eine Generalamne-

stie aller politischen Gefangenen. Die meisten Inhaftierten wurden aufgrund eines juristisch unhaltbaren Separatismusvorwurfs verurteilt. In den Polizeistationen des „EU-Beitrittskandidaten“ sind Folter und Mißhandlungen an der Tagesordnung.

Gewinner der vorgezogenen Wahl sind die AKP, eine moderne islamisti-

reaktionären Staates Versuche die HADEP zu verbieten. Die in den 80er Jahren aufgrund einer zu hohen Diversifikation im Parlament eingeführte 10%-Hürde wurde in den letzten Jahren hauptsächlich aufrechterhalten und nicht auf 5 % reduziert, um kurdischen, fortschrittlichen Parteien die politische Partizipation zu verweigern. Die 1999 in vorgezogener Wahl gewählten Regierungsparteien, u.a. die faschistische MHP, die sich sozialdemokratisch bezeichnende Partei des ehemaligen Premiers Ecevit und die liberal-konservative ANAP von M. Yilmaz, bekamen für ihre korrupte, undemokratische Politik, die das Land in eine tiefgreifende Wirtschaftskrise führte, mit ihrer Abwahl und enorm hohen Stimmenverlusten ein Mißtrauensvotum der WählerInnen. Auch die oppositionelle, konservative DYP von T. Ciller erreichte die 10 % nicht. Die verantwortlichen PolitikerInnen traten als Konsequenz davon zurück.



Der Weg ins Wahllokal

Foto: M. Dolzer

sche Partei, die 34,1 % der Stimmen erhielt, und die CHP, eine rechtssozialdemokratische Partei mit kemalistischen Wurzeln, die 19,3 % Zuspruch bekam. Von den bisherigen Regierungsparteien überschritt keine die für den Einzug ins Parlament nötigen 10 %. Die DEHAP steigerte das Ergebnis der in ihr organisierten HADEP zwar mit 6,1 % der Stimmen um knapp 2 %, erreichte jedoch nicht das nötige Quorum. Im Vorfeld der Wahl gab es seitens des

Ob, und wenn, in wieweit die nun gewählten Verantwortlichen die Hoffnungen ihrer WählerInnen nach sozialen Verbesserungen erfüllen, ist eher fraglich. Keine der beiden Parteien steht für die notwendigen Demokratisierungen und eine konsequente Friedenspolitik. Auch deren Konzepte zur Überwindung der Wirtschaftskrise sind eher dürftig. Das Votum der WählerInnen ist eher eine rein emotionale Protestentscheidung ohne analytischen Hintergrund und Kenntnis der Programmatik.

Politische Hintergründe

Seit Gründung der Türkei hat das Militär im Vergleich zu anderen Staaten einen dominierenden Einfluß auf Verwaltung, Struktur, Infrastruktur - sowie sehr große Anteile an Kapitalbesitz und Produktionsmittel - des Landes. Darüber hinaus unterwirft sich der Staat am Bosphorus seit Jahren den jeweils spezifischen geostrategischen Interessen der Regierungen der USA und denen europäischer Großmächte als Aufmarschgebiet für den Mittleren Osten - momentan Irak und später Iran mit deren Rohstoffen (hauptsächlich Öl) - sowie als wirtschaftlicher Absatzmarkt. Die Unterordnung unter die Partikularinteressen der Großmächte, wie z.B. die Umsetzung von Strukturanpassungsprogrammen des IWF, sind Konsequenz davon. Die selbstgewählte, aber illusorische Positionierung als regionale Stabilitätsmacht sind ebenfalls nur dadurch möglich (z.B. durch die enormen Waffenlieferungen der Bundesrepublik). Auch das Interesse der EU an der Türkei als Mitgliedsstaat hat eher derart instrumentelle Hintergründe. Ein eigenes expansionistisches Interesse in einem von der AKP nur halbherzig abgelehnten Krieg gegen den Irak wäre u.a. die Intervention der türkischen Streitkräfte im Nordirak (Südkurdistan). Andererseits bestehen Befürchtungen, daß sich im Falle eines Krieges im Nordirak ein eigener kurdischer Staat bildet. Demzufolge schafft das Militär schon jetzt Voraussetzungen dafür, das zu verhindern. Um wiederum den kriegerischen Interessen der USA Vor Schub zu leisten, wurde nach dem 5.11. der Flughafen von Adana für den zivilen Flugverkehr gesperrt.

Seit Mitte der achtziger Jahre wird von den Verantwortlichen versucht fortschrittliche, kurdische InteressensvertreterInnen von parlamentarischer Teilhabe auszuschließen. Im Laufe dessen kam es 1992 zum Verbot der DEP. Leyla Zana, die prominenteste Vertreterin der Partei, sitzt nach dem Einzug der Partei ins Parlament, im Gefängnis. Der einzige Vorwurf ihr gegenüber ist, daß sie im Parlament kurdisch gesprochen und dadurch Separatismus befördert habe.



Wahlveranstaltung der DEHAP in Adana

Foto: DIHA

Eine ähnliche Logik liegt auch den Verhaftungen und Repressionen gegen SchülerInnen, StudentInnen und Eltern im Rahmen der muttersprachlichen Kampagne zugrunde. Die östliche Region der Türkei wird bewußt wirtschaftlich und infrastrukturell schwach gehalten, um die oben benannten Interessen besser umsetzen zu können.

Wahl ohne Demokratie

Vor der Wahl erhofften viele DEHAP-Mitglieder und SympathisantInnen ein Überspringen der 10%-Hürde. Dies geschah aus mehreren Gründen nicht. Einerseits ist die Partei in den westlichen Teilen des Landes noch nicht genügend verankert, obwohl es auch dort Verbesserungen der Ergebnisse gab. Maßgeblich verantwortlich für das Nichterreichen des Quorums sind

aber vor allem Behinderungen und staatliche Repressionen im Vorfeld der Wahl und am Wahltag. Mehrere hunderttausend WählerInnen in den Großstädten der kurdischen Provinzen erhielten trotz Protesten bei den zuständigen Behörden keine oder keine gültigen Wahlunterlagen. In den ländlichen Regionen wurden die WählerInnen nach übereinstimmender Auskunft von WahlbeobachterInnen, die Menschenrechtsorganisationen, fortschrittliche Parteien, Gewerkschaften und Kirchen entsandten, davor gewarnt die DEHAP zu wählen. Die Militärs drohten bei Nichteinhaltung die Zerstörung der Dörfer, physische Gewalt oder den Entzug der materiellen Lebensgrundlage an. Die Aghas (Großgrundbesitzer) und paramilitärische Dorfschützer sprachen, nach Auskunft der DorfbewohnerInnen, ähnliche Drohungen bis hin zum Mord bei Nichtwahl der sogenannten unabhängigen

gen Kandidaten (den Dorfschützern oder Aghas selbst) aus. Behinderte wurden entgegen dem Wahlrecht von den Urnenbeisitzern und nicht von den Verwandten zur offenen Stimmabgabe „begleitet“.

Einige Tage vor der Wahl fanden in vielen Orten Versammlungen statt, auf denen dieser Druck entfaltet wurde. Die Menschen in den ländlichen Regionen der kurdischen Provinzen leben hauptsächlich von Subsistenzwirtschaft. Die gesellschaftliche Struktur der Dörfer ist aufgrund des Dorfschützersystems eher militärisch oder paramilitärisch feudal. Mitte der achtziger Jahre etablierte der Staat Dorfschützer um die Befreiungsbewegung PKK zu schwächen. In den Neunzigern wurden dann viele Dörfer zerstört und deren BewohnerInnen vertrieben. Die WählerInnen gaben, wenn sie sich sicher wähten, darüber hinaus an, unter Drohungen zur offenen Wahl gezwungen worden zu sein. In einigen Orten füllten Dorfschützer oder Militärs die Wahlscheine vor oder nach der Wahl selbst aus. In vielen Ortschaften wurden die VertreterInnen der DEHAP an dem allen Parteien gesetzlich garantierten Recht auf Beobachtung der Wahl gehindert. Obwohl die internationalen Beobachterdelegationen dieses Recht teilweise durchsetzen konnten, erhielten auch sie nicht immer - oder erst nach Verzögerungen - Zugang zu den Wahllokalen. Nach Auskunft von delegierten Beobachtern mehrerer türkischer Parteien installierten die Verantwortlichen erst während dieser Verzögerungen Wahlkabinen oder vertuschten andere Formen von Wahlbetrug und Wahlbeeinflussung.

Die Delegation

Ich reiste selbst mit einer Beobachterdelegation gemeinsam mit VertreterInnen von PDS, GEW und Kirche in die kurdischen Provinzen Diyarbakir und Sirnak. Wir beobachteten die Wahlen in der Region um Sirnak, die vorher kaum von Europäern - und von dort nicht ansässigen TürkInnen nur im Ausnahmefall - bereist worden war. In dieser Region herrscht der Ausnahmezustand.

Wir wurden ständig von Zivilpolizisten verfolgt und von Militärkontrollen, die ca. alle 20 km die Straßen blockieren, unnötig aufgehalten. Wie dabei deutlich sichtbar wurde, sind die Militärs größtenteils mit deutschen Panzern und Waffen ausgestattet. In Cizre versuchten Polizisten bei einer Passkontrolle ein Visum einzubehalten, um unsere Weiterreise zu verhindern. Unsere DolmetscherInnen wurden mehrfach von Beamten in Zivil aggressiv befragt und unter Druck gesetzt.

In der Ortschaft Ayvalli, zwischen Sirnak und Beytussebap, kam es nach unserem Besuch des Wahllokals zu heftigen verbalen Auseinandersetzungen und einer Schlägerei. Hier hatte ein Dorfbewohner gewagt namentlich auszusagen, daß er von den Wahlverantwortlichen zu einer offenen Wahl gezwungen worden war und der Wahlleiter ihm verboten hatte, die DEHAP zu wählen. Er sollte einen Dorfschützer und unabhängigen Kandidaten wählen, der als besonders brutal bekannt ist und 5000 Paramilitärs befehligt. Die Bevölkerung in den Dörfern dieser Gegend war derart eingeschüchtert, daß kaum jemand sich traute offen mit uns zu sprechen. Gespräche waren meist nur dort möglich, wo wir unbeobachtet waren. Hierbei erfuhren wir, daß den Familien bei nicht opportunem Verhalten einzelner Mitglieder Kollektivstrafen bis hin zum Mord angedroht wurden und daß die Dorfschützer, auch im täglichen Leben, sehr brutal vorgehen. Konfrontationen gab es auch in Beytussebap, als ein Wähler namentlich kundtat, daß Blinde und Behinderte nicht von ihren Verwandten, wie es im Wahlrecht reglementiert ist, sondern vom Urnenleiter zur Stimmabgabe begleitet wurden. Vor fast allen Wahllokalen waren Militärs oder Paramilitärs postiert um die WählerInnen einzuschüchtern. Ich kann die vorher beschriebenen Erfahrungen der anderen Delegationen in jedem Detail bestätigen. Es handelte sich bei dieser Wahl auf keinen Fall um eine demokratische, auch wenn die Verletzungen demokratischer und rechtlicher Standards sowie die Repressionen gegen die Bevölkerung nicht mehr ganz mit denen bei der Wahl 1999 vergleichbar sind.

Wahlbeobachtungsdelegationen sind auf jeden Fall ein gutes Mittel um der unterdrückten Bevölkerung Hoffnung zu machen, die fortschrittlichen Parteien in ihrem Kampf um Demokratisierung zu unterstützen und das willkürliche menschenverachtende Verhalten von Militär, Dorfschützern und den Machthabern der Provinzen, wie auch des Landes, langfristig zu überwinden.

Die DEHAP, der IHD (der türkische Menschenrechtsverein), die Gewerkschaft Egitim-Sen sowie weite Teile der Bevölkerung in den kurdischen Provinzen agieren solidarisch, internationalistisch, kraftvoll und entschlossen. An einer Wahlkundgebung der DEHAP, die wir in Amed (türkisch: Diyarbakir), der heimlichen „Hauptstadt“ der Region, besuchten, nahmen z.B. ca. 700.000 Menschen teil, um sich für ihre demokratischen Anliegen und ihre politischen Ziele kraftvoll einzusetzen.

Der EU-Gipfel in Kopenhagen und die Türkei

Von Elmar Millich

Der im Dezember in Kopenhagen stattfindende EU-Gipfel wird aller Voraussicht nach von einem Thema beherrscht: Ob und in welcher Form erhält die Türkei die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der EU. Dieses Thema wird sowohl innenpolitisch in Deutschland als auch zwischen den europäischen Staaten kontrovers diskutiert.

Am 9. Dezember 1999 wurde die Türkei auf dem EU-Gipfel in Helsinki in die Liste der Beitrittskandidaten aufgenommen. Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ist nach wie vor die Erfüllung der 1993 beschlossenen „Kopenhagener Kriterien“, nach denen sich die Türkei verpflichtet, substantielle Fortschritte auf dem Gebiet der Demokratie, der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes zu unternehmen. Nicht zuletzt unter diesem Druck verabschiedete das türkische Parlament kurz vor der Neuwahl die Gesetze zur Abschaffung der Todesstrafe und der begrenzten Anerkennung der kurdischen Sprache. Als aktuelle außenpolitische Stolpersteine gelten das ungelöste Zypernproblem und auch die türkischen Vorbehalte gegen die geplante EU-Krisenruppe.

Internationale Positionen

Die deutsche Bundesregierung machte in letzter Zeit deutlich, dass sie den Prozess des türkischen EU-Beitritts mit dem Beschluss von Helsinki für unumkehrbar hält. Eine ähnliche Auffassung vertritt auch der Präsident der EU-Kommission Romani Prodi. Positiv haben sich auch die Regierungschefs von Großbritannien und Italien geäußert. Etwas schwer tut sich Frankreich.

Der französische Präsident des EU-Verfassungskonvents, Valéry Giscard d'Estaing, nannte eine Aufnahme der Türkei „das Ende der Europäischen Union“. Auch von Frankreichs Außenminister Dominique de Villepin kamen kritische Töne. Der Hintergrund wird wohl sein, dass Frankreich aufgrund seiner kolonialen Vergangenheit enge Verbindungen zu den Maghreb-Ländern, etwa Algerien, unterhält, die ebenfalls unter Verweis auf die geographisch nicht rein europäische Türkei Aufnahmeanträge stellen könnten.

Außerhalb Europas nehmen die USA massiv Einfluss auf die Beitrittsdiskus-

sion. Aus geostrategischen Gründen befürworten sie schon seit Jahren die schnelle Aufnahme der Türkei in die EU, müssen sich aber auch nicht mit den ökonomischen und politischen Detailfolgen herumschlagen.

Der z. Zt. wahrscheinlichste Kompromiss in Kopenhagen wird unter dem Begriff „Datum für ein Datum“ gehandelt. Danach erhält die Türkei in Kopenhagen kein konkretes Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen, sondern lediglich ein Datum, wann diese Festlegung erfolgen soll.



Tansu Ciller

Foto: DIHA

Positionen in der Türkei

Laut Meinungsumfragen sprechen sich zwischen 70 und 80 % der Türkinen und Türken für einen Beitritt zur EU aus. Angesichts der dramatischen Wirtschaftskrise wird die hauptsächliche Motivation - wie auch bei den osteuropäischen Beitrittskandidaten - in der Hoffnung auf wirtschaftliche Entwicklung und Beihilfen liegen. In den kurdischen Gebieten, die seit Jahren unter Ausnahmerecht gestellt wurden, überwiegt jedoch die Hoffnung, dass mit dem EU-Beitritt die täglichen Schikanen und Diskriminierungen aufhören, denen sie nach wie vor ausgesetzt sind. Die Aufhebung der Todesstrafe - vor allem im Hinblick auf den inhaftierten KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan - und die begrenzte Anerkennung der kurdischen Sprache sehen sie als erste Erfolge. Auch nehmen die KurdInnen für sich in Anspruch, dass mit der einseitigen Beendigung des Krieges in den kurdischen Gebieten durch den Rückzug der PKK-Guerilla 1999 der EU-Beitritt überhaupt erst in Reichweite gekommen ist. Die organisierten kurdischen Kräfte, etwa HADEP und KADEK, befürworten massiv den Beitritt der Türkei in die EU, allerdings unter strikter Beachtung der Kopenhagener Kriterien.

Nach der Wahl im November stellt die islamische AKP mit der absoluten Parlamentsmehrheit die Regierung. Deren Vorsitzender Erdogan und auch der neue Ministerpräsident Abdullah Gül werden seit dem Wahlsieg nicht müde zu beteuern, dass für sie der Beitritt in die EU die höchste Priorität hat, und touren z. Zt. durch Europa, um Bedenken wegen der islamischen Wurzeln ihrer Partei zu zerstreuen. Besonders in der Zypernfrage zeigen sie Beweglichkeit und versprechen sogar eine neue Verfassung, die sich an den Normen der EU orientiert.

Da auch das Militär aufgrund seiner kemalistischen Tradition und der jahrzehntelangen Einbindung in die NATO prowestlich eingestellt ist, gibt es z. Zt. in der Türkei keine nennenswerten Kräfte, die den EU-Beitritt in Frage stellen. Allerdings bilden die Militärs nach wie vor ein Hindernis bei notwendigen

EU-Staatschefs einigen sich über Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Die Europäische Union will im Dezember 2004 über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entscheiden. Darauf einigten sich die 15 Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen in Kopenhagen. Sollte die Türkei zu diesem Zeitpunkt die EU-Kriterien erfüllen, könnten die Verhandlungen so bald wie möglich beginnen, sagte der dänische Ratspräsident Rasmussen.

Die Türkei hatte mit Unterstützung der USA auf einen Beginn der Verhandlungen bereits im kommenden Jahr gedrängt. Dagegen hatten Deutschland und Frankreich eine Entscheidung über die Beitrittsreife im zweiten Halbjahr 2004 und einen Verhandlungsstart im Juli 2005 vorgeschla-

gen. Die türkische Regierung forderte dagegen, dass die Verhandlungen aufgenommen werden, bevor die EU im Mai 2004 auf 25 Mitglieder wächst. Rasmussen sagte, die Türkei habe wichtige Reformschritte getan.

Erdogan-Berater: „Entscheidung nicht schlecht“

Ein Berater des Chefs der türkischen Regierungspartei AKP hat verhalten positiv auf die Entscheidung der EU reagiert. „Wir bewerten die Entscheidung als eine wohlmeinende Entscheidung“, sagte der Berater von AKP-Chef Recep Tayyip Erdogan. „Es ist kein fernes Datum und keine schlechte Entscheidung“, sagte er weiter.

Verfassungsreformen, die etwa ihre undemokratische Vormachtstellung im Nationalen Sicherheitsrat gefährden könnten. Auch ein Krieg im Irak mit dem schon angekündigten Eingreifen des türkischen Militärs im kurdisch dominierten Nordirak könnte über eine neue Welle antikurdischer nationaler Euphorie den abgewählten faschistischen Parteien wie der MHP und der DYP von Tansu Ciller wieder Auftrieb geben.

Wertedebatte in Deutschland

Im Vorfeld des Kopenhagener Gipfels wurde in Deutschland durch einen Artikel des Historikers Hans-Ulrich Wehler in der „Zeit“ eine so genannte Wertedebatte angestoßen, die offen rassistische Züge trägt. Wehler behauptet in seinem Artikel unter dem bezeichnenden Titel „Das Türkenproblem“, dass die Türkei nach „geographischer Lage, historischer Vergangenheit, Religion und Mentalität“ kein Teil Europas sei. Weiter führt er aus, dass die Türkei nicht durch die „jüdisch-griechisch-römische Antike, die protestantische Reformation und die Renaissance, die Aufklärung und die Wissenschaftsrevolution“

geprägt sei. Die Ausführungen gipfeln in dem Vorwurf, dass das muslimische Osmanenreich rund 450 Jahre gegen das christliche Europa nahezu unablässig Krieg geführt und einmal seine Heere sogar vor den Toren Wiens gestanden hätten.

Diese Ausführungen könnte man als feuilletonistisches Gequatsche abtun, wenn sie nicht auch politisch ihren Widerhall fänden. So äußerten sich die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und der CSU-Chef Edmund Stoiber auf dem CSU-Parteitag in München gegen die Aufnahme der Türkei. Das Land passe nicht zur „Werte- und Kulturgemeinschaft der EU“.

Aber auch jenseits der Rettung des christlichen Abendlandes gibt es Vorbehalte gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU. Diese berühren zum einen die endgültigen Grenzen der EU, da große Teile des türkischen Territoriums geographisch außerhalb Europas liegen. Zum anderen sind es ökonomische Vorbehalte und hier vor allem die Angst vor unbegrenzter Zuwanderung gerade nach Deutschland. Von manchen Organisationen gibt es auch Vorbehalte bezüglich der Demokratie- und Menschenrechtssituation.

Zu diesen Vorbehalten äußert sich Hakki Keskin, Professor für Politik und Migrationspolitik an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg und Bundesvorsitzender der türkischen Gemeinden in Deutschland, in einem in der „Frankfurter Rundschau“ dokumentierten Text.

Er führt aus, dass weniger die geographische Lage als die Westorientierung der Türkei seit ihrer Gründung das entscheidende Kriterium sei und belegt dies mit der Mitgliedschaft in der NATO und diversen Assoziationsabkommen zwischen der Türkei und der EU. Gerade die Beitrittsperspektive zur EU verbunden mit den Kopenhagener Kriterien sei in den letzten Jahren der Motor für die Demokratisierung der Türkei und die Verbesserung der Menschenrechtssituation gewesen. Erhöhte Zuwanderung ist für ihn ein eher kurzfristiges Problem: „Die Befürchtungen mancher EU-Staaten, dass die EU-Mitgliedschaft eine große Zuwanderung aus der Türkei in die EU mit sich brächte, wird höchstens für eine kurze Zeit zutreffen. Mittelfristig wäre nach der Verbesserung der ökonomisch-politischen Lage in der Türkei sogar mit großer Wahrscheinlichkeit eine beachtliche Rückwanderung der in den EU-Staaten lebenden Türken in die Türkei zu erwarten. Dies haben wir auch bei den Einwanderern aus Italien, Spanien, Portugal und Griechenland nach ihrer EU-Mitgliedschaft erlebt.“

Gegen kulturelle Vorbehalte wendet er ein, dass ein kulturell homogenes Europa eine Fiktion sei: „Die Staaten der EU sind längst faktisch unumkehrbar multi-kulturell, multi-ethnisch, und multi-religiös geworden. In diesen Ländern leben mehr als 13 Millionen Menschen islamischen Glaubens, von der Bevölkerungszahl entspricht dies der Größe einiger Staaten der EU. Hier leben heute mehr als 3,5 Millionen Menschen aus der Türkei, allein in der Bundesrepublik Deutschland 2,5 Millionen. Die EU-Mitgliedschaft der Türkei wird vor allem den Integrationsprozess dieser Menschen beschleunigen und ihre Identifikation mit ihren neuen Heimatländern stärken.“

Die Europäische Union

Die EU war nie ein kulturelles oder im engeren Sinne geographisches, sondern immer ein politisches und ökonomisches Projekt: Politisch zu ihrem Beginn aus der Erfahrung zweier verheerender Weltkriege Anfang des letzten Jahrhunderts. In den letzten Jahrzehnten zunehmend ökonomisch als imperialistisches Gegengewicht zur Vormachtstellung der USA. Sicher besteht für kritische Menschen in den europäischen Staaten kein Grund, in eine Europa-Euphorie zu verfallen. Die konkrete derzeitige Politik wird geprägt durch die Abschottung gegenüber Flüchtlingen, zunehmender polizeilicher Überwachung und den Abbau von sozialen Rechten unter Verweis auf die Stabilitätskriterien von Maastricht.

Dies sollte einem aber nicht den Blick

dafür versperren, dass sich die Situation für die Einwohner der Türkei und hier speziell der Kurdinnen und Kurden anders darstellt. Eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU würde jenseits der Staatsbürgerschaftsdiskussion Millionen von Menschen, die hier seit Jahrzehnten leben, zumindest die gleichen Rechte wie französischen Touristen geben. Wer einmal versucht hat, türkische oder kurdische Freunde bei den derzeitigen Visa-Bestimmungen in die BRD einzuladen, weiß, was das im Einzelnen für Erleichterungen bedeutet. Für die Kurdinnen und Kurden hat sich schon jetzt durch den Druck des EU-Beitrittswunsches im Zusammenhang mit den Kopenhagener Kriterien eine Verbesserung ihrer Situation ergeben, auch wenn noch lange nicht von Anerkennung ihrer Identität und einem Ende der Menschenrechtsverletzungen die Rede sein kann.

.....ISKU

Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr.117; 20357 Hamburg
Tel/Fax: 040/42102845; e.mail: isku@nadir.org

Nûçe erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Portokosten bei der ISKU-Informationsstelle Kurdistan e.V. bestellt werden. Auf Wunsch senden wir die **Nûçe** per e-mail als pdf-Datei zu. Die **Nûçe** und weitere Informationen sowie einen **täglichen Pressespiegel** findet Ihr im Internet unter **www.nadir.org/isku**

Nr. 82
29. November 2002

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Nr. 81
22. November 2002

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Mehdab Qadir (die die Türkei nach den Wahlen)

Demokratische Rechte ausschöpfen

Abwehr des Islamismus in der Türkei

Portsetzung der Unvernunft

Demokratiebewegung organisieren

ISKU

Informationsstelle Kurdistan e.V.

Pressepiegel 09. - 15. Dezember 2002 50. Woche

Die Informationen in Inhalt - Freiheit für Abdullah Öcalan fehlen in Kurdistan erschaffen das Flut-Subjekt, eine 16000-köpfige Zusammenfassung von Nachrichten in englischer Sprache, die aus Zeitungen wie Özgür Fikir und Kürtel Observer und anderen, zusammengefasst wurden

ISKU

Informationsstelle Kurdistan e.V.

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Wochen 2002 in der Türkei

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr.: 3968-506

Dringender Aktionsplan für eine demokratische Lösung

Vom Präsidialrat des Freiheits- und Demokratiekongresses Kurdistan (KADEK)

Am 3. November 2002 wurde in der Türkei gewählt. Diese Wahl fand in einer Zeit statt, in der die Türkei im Inneren, in der Region und in den Beziehungen zur EU eine schwierige Phase durchlebt. Da die alte Regierung keine Lösungen für die vorhandenen Probleme finden konnte, war die Wahl unumgänglich geworden. Grund dafür war das überholte Denken bei Regierung und Opposition, das den Anforderungen unserer Zeit nicht mehr gerecht wurde. Auch wenn in einigen Bereichen positive Schritte unternommen wurden, fehlte dennoch der Wille, ein Reformprogramm umzusetzen, das die Stagnation hätte überwinden können.

Das Ergebnis der Wahl vom 3. November 2002, bei der die Regierungs- und Oppositionsparteien nicht mehr ins Parlament einzogen, war eine Absage an diese Politik. Dieses Resultat ist nur natürlich, wenn man Politik als Kunst der Lösungsfindung begreift. Das Stimmverhalten hat gezeigt, dass das Volk diese Auffassung teilt. Die Antwort des Volkes war angemessen.

Die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) ging aus der Wahl als Siegerin hervor. Sie zog den Nutzen aus den Errungenschaften, welche im Jahrzehnte währenden Kampf für die Überwindung des Systems und seiner Parteien von den linken und demokratischen Kräften errungen worden waren. Vor allem der Kampf der kurdischen demokratischen Bewegung hatte verdeutlicht, dass das gegenwärtige System nicht mehr den Bedürfnissen der Türkei gerecht wird. Dies führte auch dazu, dass sich eine Neustrukturierung der Türkei gemäß ihrer sozialen und kulturellen Realität förmlich aufdrängt. Somit ist die Überwindung des überkomme-

nen politischen Establishments nicht der Erfolg der AKP, sondern derjenigen demokratischen Kräfte, die sich über Jahrzehnte hinweg für eine Überwindung des alten Systems eingesetzt haben. Nur wer das Wahlergebnis so zu deuten vermag, wird in Zukunft seine politische Rolle in der Türkei ausfüllen können.

Dass dies die AKP nicht so sieht, lässt sich aus dem dringlichen Aktionsplan rückschließen, den die neu gegründete Regierung jüngst der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Mit keinem Wort wird dort auf die kurdische Frage eingegangen, die das Hauptproblem der Türkei darstellt. Vielmehr beschränkt man sich darauf, das Problem zu ignorieren. Es scheint, als hätte die AKP die Auffassung derer übernommen, die das kurdische Problem auf ein rein ökonomisches Problem reduziert wissen wollen.

Dass die Türkei vor schwerwiegenden ökonomischen Problemen steht, ist allseits bekannt. Dass insbesondere das kurdische Volk in größter Armut lebt, ist auch allseits bekannt. Dieses Problem lösen zu wollen, ohne spezielle Programme und größere finanzielle Ressourcen einzusetzen, ist eine bewusste Irreführung. So konnten wir in der Vergangenheit schon mehrfach Zeugen dieser Täuschungsmanöver werden. Vielmehr wird der größte Teil der finanziellen Ressourcen durch einen undemokratischen Staat verschlungen.

Es ist nicht zu leugnen, dass diejenigen Politiker, die die schwerwiegende ökonomische Krise zu verantworten und das Volk in einen Schuldensumpf gestürzt haben, dieselben Politiker sind, welche die kurdische Frage nicht zu lösen vermochten. Die gegenwärtige ökonomische Katastrophe ist weniger

das Produkt einer verfehlten Wirtschaftspolitik als das Produkt einer Strategie der Verleugnung, die das Hauptproblem des Landes nicht lösen konnte. Ohne diese Einsicht wird keine Politik die schwerwiegenden politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und diplomatischen Probleme des Landes lösen.

Nur durch ein bewusstes Schüren von nationalem Chauvinismus und mit dem Versprechen, die kurdische demokratische Bewegung zu vernichten, kamen diejenigen Parteien an die Macht, die nach der Wahl vom April 1999 die Regierung bildeten. Die parlamentarische Opposition versuchte die Regierung in ihrer kurdenfeindlichen Politik zu übertreffen. So wurde auf Vernichtung statt auf eine Lösung gesetzt.

Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan sah die Gefahr und Ausweglosigkeit, die von einem möglichen Rachefeldzug und Vernichtungskrieg ausgehen würde. Stattdessen thematisierte er eine demokratische Lösung. Unser Volk und wir als Vertreter der nationalen demokratischen Bewegung folgten dieser Politik und unternahmen die hierfür notwendigen Schritte. Trotz verschiedener kriegsrischer Provokationen von Kreisen inner- und außerhalb der Regierung hielten wir an unserer Position der legitimen Selbstverteidigung fest. Mit ausschließlich demokratischen Methoden versuchten wir unsere neue Linie umzusetzen, die sich an einem freien Zusammenleben der Völker in Einheit orientiert. Auch unser Volk bewies bei den alljährlichen Newrozfeierlichkeiten, dass es an einer demokratischen Einheit und geschwisterlichen Lösung festhält.

Die von der kurdischen demokratischen Bewegung und dem kurdischen

Volk der Türkei unterbreiteten rationalen Lösungsvorschläge stellen eine große Gelegenheit dar. Leider wurde dies von der Regierung und von anderen staatlichen Kräften als Schwäche unsererseits ausgelegt. So glaubten sie, dass die kurdische demokratische Bewegung besiegt sei, was eine vordringliche Beschäftigung mit dem Problem überflüssig mache. Vielmehr meinte man, dass sich das Problem mit der Zeit selbst lösen würde, und man verlegte sich auf eine Zermürbungspolitik. Dies war jedoch der Anfang vom Ende der Regierung.

So waren die von uns unterbreiteten Lösungsvorschläge eine historische Chance für die damalige Koalitionsregierung. Hätte sie in der kurdischen Frage ernsthafte Schritte für eine Lösung unternommen, wäre ihr das jetzige Schicksal erspart geblieben. Vielmehr hätte sie auf eine lange Zeit hinaus ihre Position behaupten und die türkische Politik leiten können. Auch wenn einige der gemachten Schritte für die Türkei wichtig erscheinen, konnte dies die Koalitionsregierung nicht vor ihrem Ende bewahren, da sich diese nicht an einer Demokratisierung und Lösung, sondern vielmehr an einer Hinhaltepolitik orientierte. Indes hat der Umgang mit dem Kurdischunterricht gezeigt, dass keine ernsthafte wirkliche Veränderung zu erwarten war.

Auch wenn unsere seit mehr als drei Jahren betriebene Politik nicht adäquat genutzt worden ist, hat sie dennoch einige positive Voraussetzungen für eine Lösung geschaffen. Insbesondere das Festhalten des kurdischen Volkes an einer demokratischen Lösung und eine relative Abnahme der Vorurteile und des Misstrauens auf der Seite der Türkei sind hier zu nennen. Sollte diese Grundlage ausreichend genutzt werden, lassen sich in den nächsten Monaten hinsichtlich einer Lösung des Problems wichtige Fortschritte erzielen. Ob die neue Regierung die sich ihr bietende Chance nutzt, wird sich zeigen. Die Gelegenheit dazu ist noch nicht vertan. Wenn sie will, können die Fehler der letzten drei Jahre überwunden und eine konstruktive Politik entworfen werden.

Der Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan (KADEK) wird sämtli-

che diesbezüglichen Initiativen unterstützen. Weiterhin werden wir alles unternehmen, was eine Lösung erleichtert. Diese Haltung werden wir so lange einnehmen, bis sich die Richtung der Regierungspolitik geklärt hat.

Nicht nur die kurdische Frage, sondern auch sämtliche Probleme der Türkei sind für den KADEK von Belang. Weiterhin sind wir bereit, unseren Beitrag zur Demokratisierung der Türkei und der Entwicklung einer Sozialpolitik zu leisten. Aus dem selben Grund haben wir die Bewegung für Arbeit, Frieden und Demokratie bei der Wahl am 3. November 2002 unterstützt.

Weder der KADEK noch seine Selbstverteidigungskräfte bilden für die Türkei eine Bedrohung, sondern stellen vielmehr einen konstruktiven Faktor für die Demokratisierung und Bewältigung der wichtigsten Probleme dar. Durch unseren dreißigjährigen Kampf hat sich das kurdische Volk zu einer demokratischen Kraft entwickelt. Somit ist es für die Modernisierung der Türkei eine wertvolle Stütze. Anstatt ihm Misstrauen entgegenzubringen, sollte man mit ihm zufrieden sein. Die Haltung des kurdischen Volkes, die bei den Wahlveranstaltungen zum Ausdruck kam, ist geeignet, sämtliches unbegründetes Misstrauen zu zerstreuen. Auch der

Wunsch, nach dem 3. November seine demokratische Vertretung im Parlament zu sehen, bestätigt diese Haltung.

Diejenigen Kräfte, die in der Türkei Stabilität wollen, werden sich mit der Situation des kurdischen Volkes auseinander setzen müssen. Mit der Verleugnung des kurdischen Volkes wird keine Stabilität zu erreichen sein. Jeder Politiker, welcher dieses Problem übergeht, wird in kurzer Zeit feststellen, dass er sich auf einem Krisenterrain bewegt.

Das kurdische Volk gibt der Türkei ausreichend Gelegenheit zur Schaffung von Stabilität. So hat die kurdische demokratische Bewegung ihren bewaffneten Kampf eingestellt und ihre Verbände auf Territorien außerhalb der Türkei zurückgezogen. Weiterhin hat sie die politische Einheit der Türkei mehrmals anerkannt. Mehrfach hat sie betont, dass es im Interesse der Kurden liege, im Rahmen einer demokratischen Republik zusammenzuleben. Dies kam unter dem Motto „Weder Verleugnung noch Separatismus“ zum Ausdruck. In Anbetracht dieser Realität besteht für den türkischen Staat und seine Regierung kein Grund mehr, einer Lösung der kurdischen Frage auszuweichen.

Wäre der Einzug des Blocks für Arbeit, Frieden und Demokratie in das Parlament nicht durch bürokratische



Präsidialrat des KADEK

Foto: Archiv

Hürden und anderweitige Behinderungen bei der Wahl verhindert worden, hätte er als Teil der politischen Landschaft der Türkei eine konstruktive Politik der Aussöhnung vorantreiben und eine positive Rolle hinsichtlich der demokratischen Einheit des Landes spielen können. Auch wenn demokratischen, kurdischen und türkischen, linken Kräften der Einzug in das Parlament verwehrt blieb, werden sie dies dennoch mit demokratischen Methoden auf der Tagesordnung der Türkei lebendig halten. Weiterhin bleiben sie sich ihrer Verantwortung als Fundamentalopposition bewusst und werden mit demokratischem Verständnis ihren Beitrag dazu leisten, dass bei der Bewältigung der Probleme in der Türkei eine richtige Politik verfolgt wird.

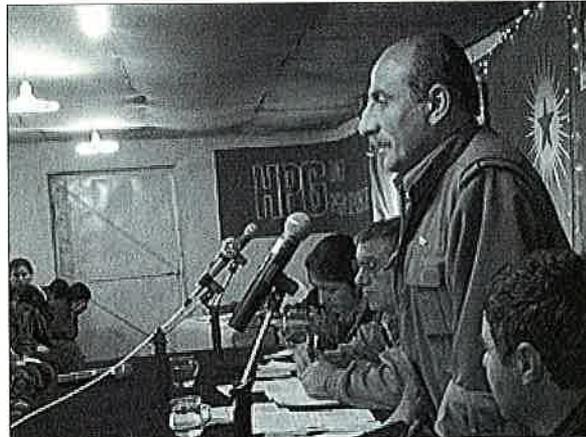
Auch wenn das überkommene Denken der alten politischen Garde überwunden scheint, zeichnet sich dennoch kein neues Denken ab. Das Regierungsprogramm der AKP macht wenig Hoffnung für die Zukunft. Trotz dieser Tatsache möchten wir in untenstehender Deklaration unsere Erwartungen an die neue Regierung unterbreiten, um so zu sozialer Stabilität und zur Demokratisierung der türkischen und kurdischen Gesellschaft beizutragen. Sollten die im dringlichen Aktionsplan der Regierung enthaltenen Irrtümer behoben werden, lässt sich der politische Misserfolg noch vermeiden. Andernfalls wird die neue Regierung das Schicksal der vorherigen teilen.

Wenn die Regierung ihre Legitimität gegenüber unserem Volk aufrechterhalten will, erwarten wir folgende, ohne Verzögerung zu unternehmenden Schritte:

1. Wir betrachten unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan als Garanten für Frieden und Demokratisierung. Seine Lebens- und Kommunikationsbedingungen müssen umgehend verbessert werden.

Deshalb fordern wir:

a) die Aufhebung der Isolationshaftbedingungen unseres Vorsitzenden. Entweder wird für seine Sicherheit in



Duran Kalkan

Foto: Archiv

einem anderen Gefängnis gesorgt oder aber andere politische Gefangene zu ihm verlegt.

b) uneingeschränkter Besuch von seinen Anwälten, seiner Familie und von Vertretern ziviler Institutionen sowie die Möglichkeit zu uneingeschränkter Kommunikation.

c) die Möglichkeit zum uneingeschränkten Gebrauch von TV und Radio, freien Bezug der Tagespresse und keine Begrenzung von Literatur.

d) dass den Gesundheits- und Ernährungsbedürfnissen unseres Vorsitzenden entsprochen wird. Eine diesbezügliche Unterstützung von Anwälten und Familie darf nicht behindert werden.

e) das Recht auf freie Veröffentlichung seiner Verteidigung und anderer schriftlicher Beiträge. Die freie Äußerung und Verbreitung seiner Gedanken darf nicht behindert werden.

f) keine Behinderung von Kampagnen des Volkes und von zivilgesellschaftlichen Institutionen, welche sich für die Freiheit unseres Vorsitzenden einsetzen.

2. den Erlass einer Generalamnestie für alle politischen Gefangenen. Weiterhin fordern wir die Freilassung unseres Vorsitzenden und die Möglichkeit der Beteiligung am politischen Leben für ihn und alle anderen politischen Gefangenen. Hierfür muss eine gesetzliche Grundla-

ge geschaffen werden, die eine Demokratisierung ermöglicht. Weiterhin muss auf die F-Typ-Gefängnisse verzichtet werden, in denen sich eine menschliche Tragödie abspielt. Stattdessen muss zu einem System übergegangen werden, das den menschlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Insassen entspricht.

3. den Erlass eines Gesetzes, das den Guerillakräften und den politischen Flüchtlingen die Rückkehr in das zivile und politische Leben ermöglicht.

4. die Bestrafung der Täter und Auftraggeber, die sich an extralegalen Hinrichtungen beteiligt haben.

5. das Recht auf freie Rückkehr der Menschen, die gewaltsam aus ihren Dörfern vertrieben worden sind. Weiterhin muss hier entstandener Schaden entschädigt und finanzielle sowie soziale Unterstützung für eine Rückkehr geleistet werden.

6. die Abschaffung des Dorfschützersystems, die Bereitstellung von finanziellen Mitteln und die Gewährung sozialer Unterstützung, welche die Rückkehr in ein ziviles Leben ermöglichen.

7. eine Ausweitung des am 2. August 2002 verabschiedeten Gesetzes zur Regelung von muttersprachlichem Unterricht und Fernsehen. Neben der

offiziellen Amts- und Schulsprache Türkisch muss der muttersprachliche Unterricht gesetzlich verankert werden.

8. die Beseitigung sämtlicher Hindernisse für die freie Entwicklung der kurdischen Kultur. Weiterhin fordern wir die dafür notwendige politische, institutionelle und finanzielle Förderung.

9. die Aufhebung sämtlicher Verbote für kurdisches Fernsehen und Radio und kurdische Presse und Bücher. Es darf keine Beschränkungen und Bestimmungen geben, die nicht auch für türkische Publikationen in der Verfassung und den Gesetzen festgeschrieben sind.

10. keine Beschränkung der Meinungs- und Organisationsfreiheit. Hierfür sind alle notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

11. die Anerkennung der kurdischen Existenz und Identität in Verfassung und Gesetz, um so eine vollständige Lösung der kurdischen Frage zu ermöglichen.

12. eine Beschränkung der Befugnisse der Zentralgewalt zugunsten föderaler Entscheidungsstrukturen sowie die Stärkung der Befugnisse und Aufgabengebiete von lokalen Entscheidungsträgern.

13. die Stärkung des demokratischen Geistes in Staat, Gesellschaft und Politik. Hierfür müssen eine Politik entworfen und Projekte entwickelt werden, die eine stärkere Beteiligung der Frauen in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen und ihre gleichberechtigte und freie Beteiligung in der Politik ermöglichen.

14. eine gesetzliche und politische Initiative für ein finanzielles und soziales Sonderprogramm, das die während des Krieges entstandenen Zerstörungen in Kurdistan und den desolaten Zustand des sozialen und wirtschaftlichen Sektors behebt.

15. eine gesonderte Sozial- und Finanzpolitik, welche die Verbesserung der katastrophalen Lage der in den Metropolen lebenden kurdischen Armen verfolgt.

16. die Bereitstellung von finanziellen und sozialen Programmen, die allen Armen in der Türkei zugute kommen.

17. die Entwicklung von sozialen und kulturellen Projekten sowie die Gründung von gemeinsamen sozialen und kulturellen Institutionen, welche ein friedliches Zusammenleben des türkischen und kurdischen Volkes fördern.

18. eine Programmgestaltung im TV und eine Pressegestaltung, welche die Gesellschaft zum Respekt vor anderen Kulturen und Identitäten erzieht.

19. eine Überprüfung und Änderung aller Gesetze, die einer Demokratisierung von Staat, Gesellschaft und Politik im Wege stehen. Hierbei muss eine auf Mehrheiten basierende aktive Demokratie angestrebt werden.

20. eine Neuordnung der Entscheidungsstrukturen und bürokratischen Mechanismen, um diese auf den Dienst am Volk auszurichten.

21. So sehr man sich auch bemüht, die undemokratische Verfassung des 12. September 1980 zu reformieren, sie wird dennoch keinen demokratischen Charakter annehmen können. Aus diesem Grund ist eine neue Verfassung notwendig, die den Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft gerecht wird. Eine solche Verfassung muss sich an den universellen Rechtsprinzipien orientieren, welche den Menschen und die Umwelt unter ihren Schutz stellen und die Grundlage eines gesellschaftlichen Friedens sind, der auch die Interessen der Werktätigen und Armen mit einschließt.

Die von uns oben aufgeführten Punkte halten wir zur Lösung der kurdischen Frage und im Sinne einer Demokratisierung für unverzichtbar. Mit ihrer raschen Umsetzung ließe sich eine wirkliche Stabilität der Türkei erreichen. Andernfalls wird sich das Spannungs- und Konfliktpotenzial weiter verschärfen.

Auch wenn unsere seit drei Jahren betriebene Politik für eine demokratische Einheit zu Entwicklungen geführt

hat, die nicht unterschätzt werden sollten, so ist dennoch das latente Konfliktpotenzial nicht beseitigt. Immer noch wird eine Zermürbungspolitik betrieben, die sich unter dem Motto „weder Krieg noch Frieden“ zusammenfassen lässt und die 1970 den Beginn unseres Kampfes ausgelöst hat. In dieser Hinsicht ist die Skepsis unseres Volkes und unserer Bewegung nicht beseitigt. Dennoch sind wir entschlossen, unserer Verantwortung gerecht zu werden und weiter an dem eingeschlagenen Weg festzuhalten, der mit unserer einseitigen Beendigung des Krieges seinen Anfang nahm. Diesen Weg schlugen wir aus der Überzeugung ein, dass er den Interessen unserer Völker am meisten nütze. Deshalb möchten wir die von uns oben aufgeführten Forderungen für eine demokratische Lösung als Doktrin verstanden wissen, mit der wir unserer oben genannten Verantwortung nachkommen.

Wenn man sich vor Augen führt, dass die Demokratisierung der Türkei noch nicht verwirklicht ist und dass die Spannungsfaktoren nicht beseitigt sind, welche die Konfrontation weiterhin aufrechterhalten, stehen die Regierung und alle anderen Verantwortungsträger vor der Aufgabe, den oben formulierten Erwartungen der Gesellschaft zu entsprechen. Hierbei kommt auch allen anderen politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Medien und internationalen Entscheidungsträgern eine Verantwortung zu.

Mit den von uns oben formulierten Forderungen wollen wir einen Beitrag leisten zur Erfüllung der Erwartungen, welche die Gesellschaft gegenüber der neuen Regierung hegt.

Wir erwarten deshalb von der Regierung, dass sie ihrer Verantwortung nachkommt.

Schließlich rufen wir das türkische und kurdische Volk auf, diese Deklaration zu unterstützen und mit demokratischen Aktionen für ihre Umsetzung zu sorgen.

Präsidentrat des KADEK
22. November 2002

Europarat und Amnesty International zu Intervention wegen verschärfter Haftbedingungen aufgerufen

Verteidigerbesuche bei Abdullah Öcalan verwehrt

von den Anwälten Abdullah Öcalans

Sechs der Anwältinnen und Anwälte Abdullah Öcalans aus der Kanzlei Asrin in Istanbul haben sich am 7. November 2002 mit einem Schreiben an das Komitee zur Prävention gegen Folter beim Europarat (CPT) sowie an Amnesty International gewandt, nachdem ihnen nunmehr seit mehr als vier Wochen Besuche bei ihrem Mandanten verwehrt bleiben. Seit langer Zeit schon äußert das Kurdistan Informations-Zentrum e.V. (KIZ) seine Besorgnis über die schweren Haftbedingungen Öcalans und ruft die Öffentlichkeit dazu auf, sich für eine Normalisierung seiner Haftbedingungen einzusetzen. Grundsätzlich fordert das KIZ für die Türkei eine bedingungslose Generalamnestie, die auch Herrn Öcalan einschließt.

Im Folgenden dokumentieren wir das Schreiben der Istanbul AnwaltInnen an das CPT im Wortlaut. Ein gleichlautendes Schreiben ging an Amnesty International mit der Aufforderung, eine „urgent action“ zu starten.

„Seit dem 15. Februar 1999 ist Herr Abdullah Öcalan, der in Verletzung internationaler Abkommen und geläufiger Rechtspraxis in die Türkei verbracht wurde, auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer Isolationshaftbedingungen unterworfen.

Herr Öcalan ist der einzige Gefangene des Gefängnisses auf der Insel Imrali, die mit einem Umfeld von fünf Seemeilen zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden ist. Der rechtliche Status der Insel Imrali sowie sie betreffende Verwaltungsmaßnahmen unterstehen dem so genannten Krisenstab, einer Einheit, die lediglich in Krisensituationen wie Naturkatastrophen, Kriegen

u.ä. zum Einsatz kommen dürfte. Er ist mit außerordentlichen Befugnissen ausgestattet und sein Aufgabenfeld ist so eingerichtet, dass seine Entscheidungen und Maßnahmen keinerlei gerichtlicher Kontrolle unterworfen sind. Aufgrund seines juristischen Status und der hier angewendeten Verwaltungsbedingungen handelt es sich um ein sehr umstrittenes Gefängnis.

Herr Öcalan ist nicht lediglich aufgrund erforderlicher Sicherheitsmaßnahmen auf Imrali inhaftiert. Die türkische Regierung bevorzugt dieses Gefängnis aus mehreren Gründen. So ist es einfach, die Insel von der gesamten Außenwelt zu isolieren, Besuche der Anwälte und der Familie können mit kaum glaubhaften Begründungen verhindert werden, es lassen sich langfristig bzw. permanent Polizeihaftbedingungen aufrechterhalten und damit verbundene Negativsituationen erwirken.

Offiziell untersteht das Gefängnis Imrali zwar dem Justizministerium der Türkei, tatsächlich handelt es sich aber bei der Insel Imrali um ein militärisches Sperrgebiet, wodurch sämtlicher Zutritt einschließlich dessen des Wachpersonals der Kontrolle von mit Sonderbefugnissen ausgestatteten Militäreinheiten unterliegt. Ebenso werden verteidigungsrelevante sowie sämtliche weiteren Dokumente, die unsererseits an die zuständige Staatsanwaltschaft geleitet werden, der Kontrolle durch das Militär unterzogen und nur mit militärischer Genehmigung an unseren Mandanten ausgeliefert.

Unter schweren Isolationshaftbedingungen hat Herr Öcalan nur Verbindun-

gen zur Außenwelt über Besuche von seinen Anwälten und Verwandten ersten Grades für jeweils eine Stunde einmal wöchentlich (ausschließlich Mittwochs).

Das Erreichen der Insel Imrali ist der Familie und den Rechtsanwälten nur durch ein äußerst primitives Wassertransportmittel möglich, das den Namen Imrali-9 trägt und mit dem Schiffspersonal zusammen ca. zehn Personen transportieren kann. Die Fahrt zur Insel mit diesem Transportmittel dauert zweieinhalb bis drei Stunden, und schon bei geringfügig schlechten Wetterverhältnissen ist eine Überfahrt zur Insel mit diesem Transportmittel unmöglich. Allgemein bedeutet die Fahrt über das Meer mit diesem Transportmittel Lebensgefahr. Von Zeit zu Zeit wird behauptet, dass aufgrund eines Maschinenschadens die Fahrt zur Insel nicht möglich sei, ohne dass allerdings ein Alternativtransportmittel bereitgestellt wird, mit dem die Überfahrt problemlos möglich wäre.

Ausschließlich Herrn Öcalans Anwälte und Angehörige ersten Grades können von ihm Informationen aus erster Hand erhalten. Trotz der laufenden Verfahren vor der 8. Kammer des Strafgerichts Ankara, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und dem Strafgericht Athen wird versucht, unter dem Vorwand schlechter Wetterverhältnisse die ohnehin zeitlich beschränkten Mandantengespräche vollkommen zu unterbinden. Weil wir keine Möglichkeit zur dringend erforderlichen Beratung mit unserem Mandanten über juristische Entwicklungen haben, werden wir in unserer Aufgabe als Verteidigerseite behindert. Des Weiteren kann Herr Öcalan lediglich von seinen

Geschwistern besucht werden, obwohl die in der Türkei gültige Regelung auch Besuche von Verwandten zweiten und dritten Grades vorsieht. Seine Geschwister können aufgrund ihres Alters, ihres Gesundheitszustandes und der weiten Entfernung ihres Wohnortes von Imrali (ca. 1200 Kilometer) nur einmal im Monat zu Besuch kommen. Die genannten Schwierigkeiten zuzüglich des Problems, zur Insel zu gelangen, führen zu einer sehr eingeschränkten Möglichkeit für Herrn Öcalan, Besuch zu bekommen.

Herr Öcalan kann die Tagespresse nur durch unsererseits bereitzustellende Zeitungen verfolgen, die an Auswahl (Hürriyet, Milliyet, Sabah) und Anzahl (acht bis zehn pro Woche) begrenzt werden. An Büchern und anderen Veröffentlichungen, die ebenfalls entsprechend der Beschränkungen von uns übergeben werden, kann er höchstens drei Stück bei sich behalten. Im Gegensatz zu den anderen F-Typ-Gefängnissen [die umstrittenen Hochsicherheitszelltrakte, Anm. d. Ü.] in der Türkei, in denen der Hofgang ganztägig erlaubt ist, ist ihm täglich nur ein Hofgang für zwei Stunden (eine Stunde vormittags und eine nachmittags) erlaubt.

Herr Öcalan hat nicht die Möglichkeit, an sozialen oder sportlichen Aktivitäten teilzunehmen. Die mehrfach gestellten Anträge bezüglich der Aushändigung eines Fernsehgerätes sind abgelehnt worden; er hat lediglich die Möglichkeit, einen einzigen staatlichen Radiosender (TRT) zu empfangen. Von Tausenden an ihn gerichteter Briefe bekommt er lediglich einige wenige ausgehändigt, die durch eine gründliche Kontrolle gehen.

Wie im unlängst veröffentlichten Bericht des Komitees zur Prävention gegen Folter beim Europarat (CPT) dargestellt, ist der Raum für den Hofgang 4,5 m breit, 4 m hoch und oben mit einem Gitter versehen. Obgleich auch in diesem Bericht eine Lockerung seiner Haftbedingungen sowie die zeitweilige Ermöglichung eines Hofgangs in einem größeren Raum gefordert wurde, ist keine Verbesserung diesbezüglich zu

verzeichnen. Wenn man bedenkt, dass diese Situation seit drei Jahren und acht Monaten andauert, kann man sich vorstellen, welches akute Risiko die negativen Auswirkungen dieses Zustands auf Herrn Öcalans physisches und psychisches Wohlergehen bergen.

Diese Situation wird auch in den Berichten des CPT festgehalten, die im Anschluss an zwei Besuche auf der Insel Imrali erstellt worden sind. Da die türkische Regierung keine Verbesserungen hinsichtlich der Haftbedingungen Öcalans vorgenommen hat, machte das CPT die genannten Berichte der Öffentlichkeit zugänglich. Nach wie vor sind die in den Berichten angemahnten Verbesserungen nicht durchgeführt worden.

Als Anwältinnen und Anwälte von Herrn Öcalan haben wir auf Grundlage der CPT-Berichte mehrfach Anträge auf eine Lockerung der schweren Haftbedingungen und ihre Gestaltung im Rahmen des Menschenwürdigen und Annehmbaren an das türkische Justizministerium, die Generaldirektion für Justizvollzugsanstalten und an die zuständige Staatsanwaltschaft von Bursa gestellt. Weder haben wir eine Antwort darauf bekommen, noch sind in den Haftbedingungen von Herrn Öcalan Verbesserungen im Sinne der universellen Mindestrechte von Gefangenen vorgenommen worden.

Obwohl seit dem 3. August 2002 im Rahmen der EU-Anpassungsgesetze die Todesstrafe in der Türkei abgeschafft und Öcalans Urteil in eine schwere lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt wurde und in diesem Rahmen auch seine Lebensbedingungen hätten verbessert werden müssen, ist die offensichtlich avisierte weitere Verschärfung der Haftbedingungen juristisch nicht nachvollziehbar. Die Isolation und die Haftbedingungen, denen Herr Öcalan seit vier Jahren unterworfen ist, basieren auf dem „Todesstrafensystem“. Diese Bedingungen halten jedoch unvermindert an.

Statt die Lebensbedingungen zu verbessern und annehmbar zu gestalten, sind sie in den letzten zwei Monaten

verschärft worden. Seit sechs Wochen (30. Oktober 2002) haben wir unseren Mandanten lediglich eine Stunde besuchen können. In diesem Zeitraum konnten auch seine Familienangehörigen ihn nicht besuchen. In den Berichten des CPT wird festgestellt, dass die Isolation, der Herr Öcalan ausgesetzt ist, sowohl an und für sich negativ zu bewerten sei, als dass sie auch die Grundlage für eventuelle negative Erscheinungen bezüglich der Maßnahmen bildet, die seine Lebensbedingungen regulieren. Diese Umstände verletzen sowohl geltendes türkisches Binnenrecht als auch die Artikel 3, 5, 6, 8 und 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Wir sind aufgrund dieser willkürlichen und diskriminierenden Haftbedingungen in tiefer Sorge um das Leben und die Gesundheit von Herrn Öcalan.

Wie das CPT in seinen Berichten feststellt, birgt die Isolationshaft eine ernsthafte Gefahr für die physische und psychische Gesundheit von Herrn Öcalan.

Angesichts der Tatsache, dass die von uns ausdrücklich begrüßten vorangegangenen Besuche seitens des CPT eine positive Auswirkung auf die Regierung hatten, fordern wir nunmehr, dass das CPT Herrn Öcalan über den Verlauf seiner Haftzeit regelmäßig besucht und seine Beobachtungen und Empfehlungen hinsichtlich seiner Haftbedingungen in Berichten publiziert.“

Kampagnenstart für die Freilassung Abdullah Öcalans am 10. Dezember 2002

Freiheit für Öcalan

Von: Internationale Initiative Freiheit für Öcalan - Frieden in Kurdistan

Während der Fall Öcalan in der Türkei auch weiterhin die politischen Gemüter erregt, gerät dieser in Europa immer mehr in Vergessenheit. Eine trügerische Ruhe. Kein anderer Fall hat bisher zu solchen Polarisierungen in der öffentlichen Wahrnehmung der Türkei geführt wie der des Kurdenführers. Auch heute gilt Abdullah Öcalan in weiten Teilen der kurdischen Gesellschaft als eine nationale Führungspersönlichkeit. Eine Lösung der kurdischen Frage, die nicht seinen Fall mit einbezieht, wäre nur schwer denkbar. Wiederum wird ohne eine Lösung der kurdischen Frage keine Sicherheit und Stabilität in der Türkei möglich sein.

Seit seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung am 15. Februar 1999 aus Kenia und anschließenden Aburteilung zum Tode wird Abdullah Öcalan unter schweren Isolationshaftbedingungen auf der Gefängnisinsel Imrali gefangen gehalten. Immer wieder wird seinen Anwälten die Wahrnehmung der festgelegten Besuchstermine verwehrt. Mit

der Umwandlung des Todesurteils in eine lebenslängliche Freiheitsstrafe wurden auch die Isolationshaftbedingungen verschärft. Aufgrund der schweren Haftbedingungen ist der Gesundheitszustand von Abdullah Öcalan stark angeschlagen. Trotz der Aufforderung des Komitees zur Prävention gegen Folter (CPT) des Europarats, die Isolationshaftbedingungen aufzuheben, hält die Türkei an der bisherigen Praxis fest. Dies will die kurdische Seite im türkisch-kurdischen Konflikt nicht mehr länger hinnehmen.

In einer jüngst veröffentlichten Erklärung fordert sie ultimativ u.a. eine deutliche Verbesserung der Haftbedingungen und den Erlass einer Generalamnestie. Anderenfalls würden zwangsläufig die Spannungen zunehmen, was auch eine erneute bewaffnete Konfrontation nicht ausschließt. So hat der KADEK zu einer Kampagne für die Freilassung von Abdullah Öcalan aufgerufen. Demnach ist ab dem 10. Dezember 2002 mit massenhaften Aktionen zivilen Unge-

horsams, Demonstrationen und Streiks zu rechnen. Dabei soll für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage und eine wirkliche Demokratisierung der Türkei geworben werden.

Als internationale Friedensinitiative unterstützen wir sämtliche Bemühungen für eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes. Deshalb rufen wir zur Unterstützung der kurdischen Kampagne für die Freilassung Abdullah Öcalans auf.



ASITI Nr. 11

aus dem Inhalt:

Der KADEK-Vorsitzende Abdullah Öcalan wird immer mehr von der Außenwelt isoliert
von seinen Anwälten aus Istanbul

Türkei und Irakkrise - Nach dem Regierungswechsel in der Türkei

Interview mit Otfried Nassauer, Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit

Vor dem Gipfel - Der Stand der türkischen Bemühungen um den EU-Beitritt

Interview mit Heinz Kramer, Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin

Die Bevölkerung will Veränderungen - Eine Bewertung der Wahlen in der Türkei aus Sicht der HADEP

von Mehmet Salih Acar

Asiti ist das deutschsprachige Bulletin der Internationalen Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan“, 50445 Köln, Postfach 100511, info@freedom-for-ocalan.com, www.freedom-for-ocalan.com, Redaktion: Klaus D. Bufe, Klaus Becher, Klaus Happel, Stefan Leibold

Der 27. November 1978

Gründungstag der PKK

Von Muzaffer Ayata (Teil I)

Fünfundzwanzig Jahre sind vergangen seit Gründung der PKK. Ein Vierteljahrhundert ist eine bedeutende Zeitspanne im Leben eines Menschen, doch im Kontext der Menschengeschichte eher unwesentlich kurz. Bestimmte Zeiten können allerdings eine wichtige Funktion für das Auftreten wesentlicher Entwicklungen und Ereignisse innehaben, und der bisher fünfundzwanzigjährige Kampf, der mit der PKK beginnt, hat für Geschichte und Gesellschaftsstruktur der KurdInnen eine solche Rolle gespielt. Sicher haben die Gründung der PKK und die ihr folgenden 25 Jahre einen derart entscheidenden Einfluss auf die KurdInnen genommen, wie dies kein Ereignis und keine Organisation getan hat.

Dabei können Rolle und Einfluss der PKK ohne ein Wissen um den Status der KurdInnen im Mittleren Osten und die kurdische Geschichte nur ungenügend verstanden werden. Wir müssen uns also die Atmosphäre bzw. die Umstände vergegenwärtigen, aus denen sie hervorgegangen ist. Andernfalls, d.h. ohne ein Verständnis dieser Eigenheiten, bleibt jede Annäherung an Ereignisse und entstehende Strukturen durchschnittlich und farblos, und das besondere Moment, das die PKK für das gesellschaftliche Leben der KurdInnen ausmacht, entgeht der Sicht. Vorab sei schon einmal bemerkt, dass es ein aussichtsloses Unterfangen wäre, die konzentrierte fünfundzwanzigjährige Geschichte in ihrem Verlauf und ihren Auswirkungen in einem kurzen Artikel in all ihren Aspekten darstellen zu wollen. Anspruch dieses Artikels ist lediglich, einige Aspekte und Besonderheiten kurz anzureißen.

Über Jahrhunderte hinweg lebten die KurdInnen größtenteils unter osmanischer Herrschaft. Die osmanische Periode kannte kein Sprach- und Kulturverbot, sondern zeichnete sich im Gegenteil durch einen gewissen Grad an innerer Autonomie der kurdischen Stämme und Fürstentümer aus. Mit dem Rückgang osmanischer Macht und der gleichzeitigen Beschränkung der Autonomie der KurdInnen begannen im frühen 19. Jahrhundert ethnische Aufstände, die im Allgemeinen niedergeschlagen wurden, ohne dass die KurdInnen eine Einheit unter sich erreicht hätten. Nach Niederlage und Zerfall des Osmanischen Reiches im 1. Weltkrieg beteiligten sich die Kurden am Befreiungskrieg unter der Führung der Anhänger Mustafa Kemals. Nach Beendigung der griechischen Besatzung wurde die Türkische Republik ausgerufen; doch bereits in den Kriegsjahren hatte sich M. Kemal bemüht gezeigt, die kurdischen Organisationen aufzulösen, ohne jedoch die KurdInnen als eine eigene Bevölkerungsgruppe zu verleugnen. Während bei den KurdInnen eine feudale Stammesstruktur vorherrschte, hatte die Bewegung um M. Kemal die Erfahrungen und das Erbe des Osmanischen Reiches übernommen, was ihnen bei der Verwirklichung ihrer Option der Niederschlagung kurdischer Rechtsforderungen einen Vorteil verschaffte. Mit dem Aufstand von Scheich Said 1925 begann sich nicht nur eine Staatspolitik der blutigen Niederschlagung von Aufständen, sondern gleichzeitig eine Verleugnung der Existenz von KurdInnen überhaupt zu etablieren, die über den Aufstand vom Ararat (Agri) 1930 bis zu dem von Dersim 1938 eine nahtlose, gewaltsame Verbannungs- und Unter-

werfungspraxis hervorbrachte. Die Strategie zur Erschaffung eines unitären Staates mit einer uniformen Nation konnte nun ohne weiteren nennenswerten Widerstand und Opposition durchgeführt werden.

Bis in die 70er Jahre hinein rührte sich sprichwörtlich kein Blatt. Schweigsamkeit und zunehmende Entwurzeltheit aus der eigenen Wirklichkeit führten ihr erdrückendes Regime. Ab 1968 sollte sich ein gradueller Wandel vollziehen. Die nach dem Militärputsch von 1960 eingerichtete Verfassung hatte einen bestimmten Standard an Grundrechten und -freiheiten geschaffen, Klassiker der Linken und des Marxismus wurden ins Türkische übersetzt, und es begannen eine eifrige Diskussion wie eine lebendige Opposition.

Die traditionelle Gesellschaftsstruktur der Türkei begann sich aufzulösen, und immer rascher entwickelte sich der Kapitalismus, wobei Kurdistan bewusst von äußeren Entwicklungen abgeschottet und seine sozio-ökonomische Struktur gewissermaßen eingefroren wurde. Hatte der Staat zunächst bewusst Entwicklungen verhindert, so wurde nach der Konsolidierung der militärischen, politischen und ökonomischen Macht in Kurdistan nun gemäß den wachsenden Bedürfnissen der Türkei der Kapitalismus mitsamt seinem Bildungssystem und seinen Assimilationsmethoden hierher getragen. Damit löste sich langsam auch die feudale Stammesstruktur auf, die bei den Kurden überwogen hatte, und es fand, wenn auch unter den Vorzeichen der Türkisierung, eine Öffnung nach außen und eine Alphabetisierung statt.

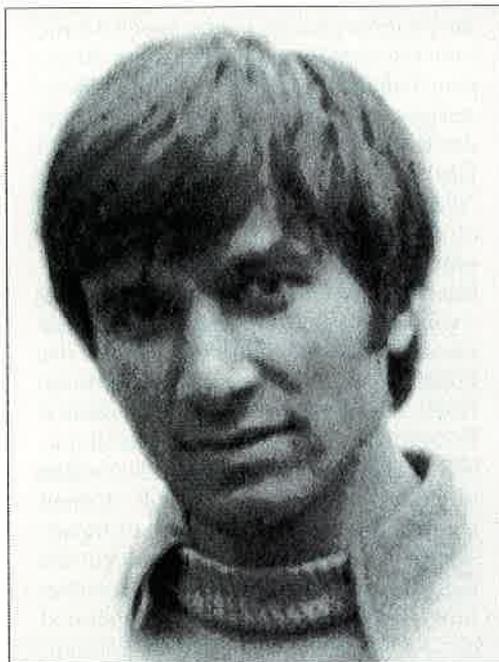
Die kurdischen herrschenden Klassen vertieften ihren Interessen gemäß die Kollaboration mit den türkischen herrschenden Klassen und deren Staat. Von einer eigenständigen gesellschaftlichen Organisierung, von einer oppositionellen Erhebung nationaler Forderungen der Kurden waren sie weit entfernt, so dass die KurdInnen von diesen Schichten nichts zu erwarten hatten, die ihr Hab und Gut mit dem Staat verflochten und kaum zögerten, noch die Organisationen zu bekämpfen, die im Namen des Kurdentums antraten. Bis in die 70er Jahre hinein waren es auch fast ausschließlich die Kinder dieser Schichten, die die Gelegenheit zu weiterführender Bildung bekamen. Jetzt, in den 70ern, konnten mit der Verbreitung des Bildungssystems zunehmend auch die Kinder armer und mittlerer Schichten die Chance erlangen, zu lernen und z.T. zu studieren.

Dies fiel in eine Zeit, in der in Zentren wie Ankara und Istanbul revolutionäre Jugendbewegungen weit verbreitet waren. Größtenteils unter dem Einfluss des Sozialismus und nationaler Befreiungsbewegungen stand diese Jugendbewegung, die de facto eine Führungsrolle in der wachsenden gesellschaftlichen Opposition einnahm und die Gesellschaft oft in einem Maße beeinflusste, das ihre eigene Organisiertheit überstieg. Mit ihrer recht amateurhaften und ungenügenden Organisierung war diese Bewegung recht weit von einer wirklichen Organisiertheit entfernt, die dem System und dem Staat ernsthafte Schwierigkeiten hätte bereiten können.

Dennoch unternahmen die türkischen Herrschenden, die militärische und zivile Bürokratie, den Militärputsch vom 12. März 1971, um die aufsteigende revolutionäre Jugendbewegung und die demokratische Opposition zu zerschlagen. Mit den Leitfiguren der Jugendbewegung, Deniz Gezmiş, Mahir Cayan und Ibrahim Kaypakkaya wurden dutzende von Revolutionären hingerichtet. Verbote und Repressionen führten zur Festnahme der Mehrheit all derer, die in revolutionären Bewegungen aktiv waren. Zunehmend spaltete sich die Bewegung. Es entstand eine Vielzahl

von Organisationen und Gruppen. Die Hegemonie des Sozialchauvinismus über die Linke weitete sich aus, so dass die Kurdistanfrage in diesen Kreisen kaum auf das Interesse stieß, das sie verdiente. Doch auch die kurdischen Jugendlichen, die sich in dieser Atmosphäre bewegten und aufgeklärt waren, begannen, sich ein eigenes Bewusstsein zu bilden und einen Ausweg zu suchen. Die kurdische Aufklärung ging aus der revolutionären Jugendbewegung der Türkei hervor.

Innerhalb dieser Jugendbewegung war Abdullah Öcalan eine Leitfigur einer Gruppierung, die immer größeres Interesse auf sich zog. Bemerkenswert dabei war, dass Öcalan in Ankara seine



PKK-Gründungsmitglied Haki Karer Foto: Archiv

theoretische und praktische Aufmerksamkeit auf die Kurdistanfrage richtete - gewissermaßen eine List der Geschichte, war doch Ankara genau der Ort, an dem Gesetze entworfen und Politiken bestimmt und umgesetzt wurden, kraft derer das kurdische Volk für null und nichtig erklärt werden sollte. Herr Öcalan hatte sich bereits während seiner Universitätszeit in Ankara an der revolutionären Bewegung beteiligt, nach der Hinrichtung Mahir Caysans und der anderen eine Führungsrolle in der Stu-

dentInnenbewegung übernommen und dabei immer tiefgehender die kurdische Frage untersucht, und es war in Ankara, wo er mit einer Organisierung und der Erschaffung einer Ideologie zwecks Lösung dieser Frage begann.

Nach ihrem Gründer, kreativsten Denker und in vieler Hinsicht Vorreiter nannte sich die Gruppe 'die Apoisten'. Sie verfügten über keine Publikation, keine ökonomischen Mittel und keine anderen Möglichkeiten, als durch unmittelbare Mundpropaganda, Bildungsveranstaltungen und Organisierungstätigkeiten anzuwachsen. Dementsprechend organisierten sie sich überwiegend unter der studentischen Jugend in Ankara. Die so entstandene Gruppe trug ihre Aktivitäten 1976 in Provinzen wie Antep, Urfa und Dersim. Auch hier wurde größtenteils eine auf die aufgeklärte Jugend ausgerichtete Arbeit geleistet.

Die Gruppe entstand zu einer Zeit, als die Welt in zwei Systeme gespalten war, die sowohl in sich, als auch in ihrer Spaltung, verknöchert waren. Das Sowjetsystem hatte weltweit ein Gleichgewicht mit dem Westen erreicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg war ein Lauffeuer nationaler Befreiungskriege ausgebrochen, von denen fast alle durch die Sowjetunion unterstützt wurden. Auch in der Türkei gab es eine wachsende revolutionäre Bewegung. Sowohl in der Türkei, als auch weltweit genossen Befreiungsbewegungen und Sozialismus ein hohes Ansehen. Revolutionäre, sozialistische Gedanken waren die Inspirationsquelle für Befreiungsbewegungen und unterdrückte Klassen. Auch die ideologische Formierung der KurdInnen in den 70er Jahren geschah vornehmlich auf dieser Basis; es war unwahrscheinlich, dass die herrschenden Klassen in Kurdistan Gedanken formulieren und eine Bewegung hätten anführen können. Dies konnte nur eine revolutionäre Bewegung, die sich auf die unterdrückten und verarmten Massen bezog. Mit der korrekten wissenschaftlichen Bestimmung dieser Tatsache konnte ein Kampf unter der Leitung einer revolutionären Ideologie geführt werden. Ausgehend von dieser Feststellung wurde die Ideologie des Sozia-

lismus angenommen und eine entsprechende Organisation geschaffen.

Die späteren Gründungskader der PKK intensivierten nun ihre Arbeit in Kurdistan. In dem Maße, wie die Gruppe sich entwickelte, zog sie breiteres Interesse auf sich und geriet auch ins Visier des Staates. Im Mai 1977 wurde Haki Karer, einer der unersetzbarsten Kader der Gruppe, durch ein Komplott ermordet. Schon zu Beginn der Aktivitäten kam Blut ins Spiel. Direkt darauf wurden Faschisten der MHP und lokale feudale Kräfte dazu gebracht, die Gruppe anzugreifen. Ab nun war die Gruppe gezwungen, zu ihrer Selbstverteidigung Waffen einzusetzen, um ihre Arbeit und Propaganda fortführen zu können, obwohl ihr derart zu Leibe gerückt wurde. Es stellte sich heraus, dass sie das Potential hatte, sich in Kurdistan zu entwickeln. Es wurde aber auch gesehen, dass es unmöglich war, mit einer amateurhaften Gruppenarbeit Tätigkeiten über das gesamte Land hinweg zu organisieren. Es bestand Bedarf an einer Partei, einer politischen Avantgarde, die Revolution und nationalen Befreiungskampf anleiten konnte. Auf dieser Grundlage wurde auf dem am 27. November 1978 abgehaltenen 1. Kongress die PKK gegründet.

Angeichts des Anwachsens der demokratischen Opposition in der Türkei und der kurdischen Bewegung unter der Führung der PKK griff der Staat zu neuen Konstellationen und Komplotten. So wurde in Maras durch Kontraguerrilla und Zivilfaschisten der MHP ein Angriff auf kurdische AlevitInnen durchgeführt, der in einem Massaker endete, bei dem mehr als eintausend Menschen ermordet wurden. Dieses Ereignis wurde umgehend zum Vorwand genommen, um in den kurdischen Gebieten das Kriegsrecht auszurufen, dessen konsequente Anwendung dennoch nicht zu einer Schwächung der kurdischen Bewegung führte, bis Schritt für Schritt ein neuer Militärputsch vorbereitet war, der am Morgen des 12. September 1980 durchgeführt wurde. Nun wurde über die gesamte Türkei das Kriegsrecht verhängt, und Massenverhaftungen und Folterungen wurden zu alltäglichen Maßnahmen. Das gesamte Land wurde im wahrsten Sinne des Wor-

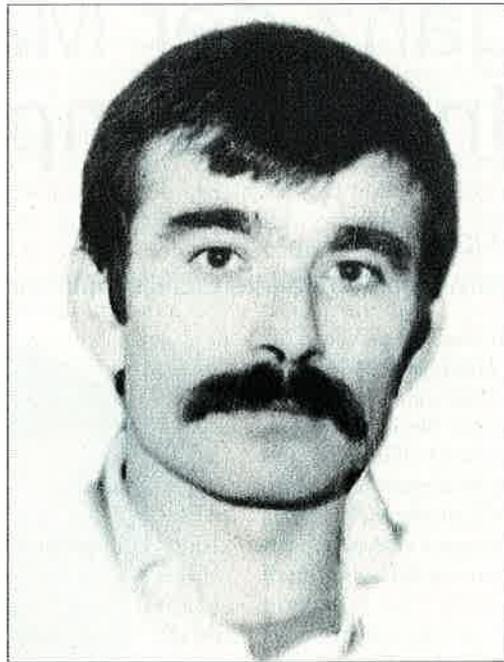
tes zu einem Gefängnis. Über Jahre hinweg wurden in den Gefängnissen die wildesten Foltermethoden sprichwörtlich ohne Verschnaufpause angewandt. Ein Teil der Gründungs- und Führungskader der PKK und dutzende von RevolutionärInnen ließen in den Gefängnissen ihr Leben.

Der PKK-Vorsitzende Öcalan hatte das Kommen des Putsches vorausgesehen und war zur Abwendung der drohenden Gefahren ins Ausland gegangen. Er setzte seine Aktivitäten vom Mittleren Osten aus fort. Durch die harschen Repressionen im Land selbst, die Atemnot der Bevölkerung und die Ermordung von RevolutionärInnen war die Bewegung zur Suche nach neuen Wegen und Mitteln veranlasst worden. Es wurden verschiedene Gruppen in die Türkei geschickt, um dort ihre Aktivitäten fortzusetzen. Diese waren bei ihren politischen und organisatorischen Tätigkeiten bewaffnet, da nicht die Bedingungen gegeben waren, um unbewaffnet zu leben und zu arbeiten. Bis 1984 war ein

gewisses Beziehungsnetz geschaffen worden, auf dem aufbauend ab dem 15. August 1984 mit bewaffneten Aktionen begonnen wurde. Die Konsequenzen der bis in die jüngste Gegenwart hereinreichenden bewaffneten Auseinandersetzungen waren hart. Mehr als 40.000 Menschen starben, 4000 Dörfer wurden niedergebrannt und tausende Menschen fielen Morden von Todesschwadronen zum Opfer.

Muzaffer Ayata, 13. November 2002

(Fortsetzung folgt)



Kemal Pir, PKK-Gründungsmitglied

Foto: Archiv

Arroganz der Macht und Interessenpolitik

Von Werner Ruf (Dr. phil.)

Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik

Warum wollen, so scheint es, die USA diesen Krieg gegen den Irak um jeden Preis? Was sind die Ziele? Weshalb verhalten sich die Kontinental-Europäer so zögerlich? Weshalb und wozu werden die Vereinten Nationen gebraucht, besser: missbraucht? Das Dickicht der Fragen um diesen offensichtlich beschlossenen Krieg scheint unendlich.

Da ist zunächst die Debatte um das Öl: Auf den ersten Blick irritiert, dass die USA vom Öl aus dem Golf keineswegs abhängig sind, importieren sie von dort doch weniger als 10 %, Europa dagegen 40 %, Japan gar 70 %. So konnte schon der Zweite Golfkrieg verstanden werden als die Sicherung jener Ressourcen, die die schärfsten wirtschaftlichen Konkurrenten der USA dringend benötigen, denn er ermöglichte die dauerhafte Stationierung von US-Streitkräften auf der Arabischen Halbinsel. Und natürlich verstanden die USA die Einführung des Euro als einer Währung, die neben dem Dollar Weltgeltung beansprucht, als eine Herausforderung. Damit fügt sich der geplante Krieg in eine Globalstrategie, die mit dem schon vor dem 11. September 2001 geplanten Krieg gegen Afghanistan und der damit verbundenen Stationierung von US-Truppen in den Randstaaten des Kaspischen Meeres den Zugriff auch auf diese Ölreserven ermöglicht. Und sicher ist: Ein Krieg gegen den Irak würde nicht nur die Kontrakte hinfällig machen, die dieser mit europäischen und russischen Konzernen geschlossen hat, er würde den USA die Kontrolle der gesamten asiatischen Ölreserven sichern und, vor allem, einen gewaltigen Preisanstieg des Erdöls bewirken, der dann



Werner Ruf

Foto: Archiv

die Preise der europäischen und japanischen Waren auf dem Weltmarkt nach oben schnellen ließe, so dass diese gegenüber den amerikanischen Produkten nicht mehr konkurrenzfähig sind. Dieser Zusammenhang dürfte die deutsche und französische Zurückhaltung gegenüber dem geplanten Krieg erklären, hat doch die Bundesrepublik sich geradezu darum gedrängt, in Afghanistan mitschießen zu dürfen, um bei den politischen Fragen noch mitreden zu können.

Und der geplante Krieg gegen den Irak ist, wenn man den Verlautbarungen aus dem Pentagon und den politisch-strategischen think tanks der USA glauben darf, nur Teil einer Gesamtstrategie für den so genannten Greater Middle East. Aus diesem Blickwinkel gesehen macht die Forderung von Präsident Bush Sinn, die USA müssten die Fähigkeit entwickeln, US-Truppen weltweit und dauerhaft zu stationieren. Und der alte Freund Saudi-Arabien scheint inzwischen ein unzuverlässiger Partner

geworden zu sein: Blutige Anschläge gegen US-Einrichtungen in den vergangenen Jahren konnten nicht verhindert werden, die Mehrzahl der Todesflieger des 11. September 2001 stammten aus diesem Land. Das saudische Regime selbst scheint auch die Reste von Legitimität verloren zu haben. Vor diesem Hintergrund machen die Szenarien Sinn, die unter der Federführung von Richard Perle, dem Vorsitzenden des defense policy board im Pentagon entwickelt wurden: Der Irak ist der „taktische, Saudi-Arabien der strategische Angelpunkt“. Die Saudis, die „auf allen Ebenen der Terrorkette aktiv sind“, sollen abgesetzt, die Haschemiten wieder die Herrscher über Mekka und Medina und die Ölfelder von US-Truppen besetzt werden. Nicht zufällig wird auf der Basis lange bekannter und lächerlicher Tatsachen jetzt in den USA eine Hysterie geschürt, die die saudische Botschaft der finanziellen Unterstützung von Todesfliegern des 11. September beschuldigt und so den Nachweis konstruiert, das Regime in Riad sei selbst in die Terroranschläge verwickelt gewesen.

All dies entspringt scheinbar grenzenlosen Großmachtfantasien, es reiht sich allerdings in die Pläne, die als nächstes Angriffs- oder Destabilisierungsziel den Iran und Syrien nennen - wahrlich eine „Neuordnung“ des gesamten mittel- und nahöstlichen Raumes. Ob dies allerdings noch den Begriff „Ordnung“ verdient, ist wohl eher zu bezweifeln! Denn unter politischen Gesichtspunkten muss diese geplante „Neuordnung“ der Region Befürchtungen auslösen, die weit über die moralisch und völkerrechtlich gebotene Verurteilung eines eiskalt geplanten Angriffskriegs mit dem Ziel

des Sturzes einer unliebsamen Regierung hinausgehen. Ob dabei alle Unbekannten eingerechnet wurden? Denn noch gibt es in diesem Raum nicht nur Regierungen, sondern auch Völker, deren Hass auf die USA durch solche Arroganz nur weiter geschürt werden wird. Und noch sind die unerreichten Ziele des arabischen Nationalismus, die Erlangung tatsächlicher Unabhängigkeit und Einigung, lebendig - auch wenn sie zunehmend in islamistischem Gewande einher kommen. Die gefährliche Strategie der USA kann zu einem Flächenbrand führen, der die ganze Region - und nicht nur die arabischen Länder - in ein unkontrollierbares Chaos stürzt.

Um diese Arroganz der Macht in die Tat umzusetzen, bedarf es der schrittweisen, aber systematischen Demolierung des UN-Systems, denn sowohl die Vereinten Nationen wie das Völkerrecht stehen solchen Vorhaben im Wege. Auch der gezielte Abbau von Völkerrechtsnormen hat bereits mit dem Zweiten Golfkrieg begonnen, der das Ende der Sowjetunion und des bipolaren Systems symbolisierte: Vergessen wird bei der Diskussion um die Legitimation des bevorstehenden Krieges gegen den Irak immer, dass sich auch die jüngste Resolution 1441 explizit auf die vorangegangenen Resolutionen 687 vom 3. und 688 vom 5. April 1991 beruft. Diese beiden Resolutionen fasste der Sicherheitsrat, nachdem die Kampfhandlungen am Golf eingestellt, der Irak sich aus Kuwait zurückgezogen und dessen Souveränität anerkannt hatte. In diesen Resolutionen wurde ein Streifen irakischen Gebiets zu Kuwait geschlagen, so dass Irak keinen Zugang mehr zum Meer hat, wurde die irakische Ökonomie der Aufsicht der UN, des IWF und der Clubs von Paris und London unterstellt, wurde unter dem Vorwand des Schutzes von Minderheiten die irakische Souveränität in südlichen und nördlichen Landesteilen eingeschränkt - eine Regelung, auf die sich die USA, Großbritannien und Frankreich beriefen, als sie - ohne Mandat des Sicherheitsrates! - nördlich des 36. und südlich des 32. Breitengrades jene „Flugverbotszonen“ über dem Irak verfügten, einem formal

noch immer souveränen Staat und Mitglied der Vereinten Nationen.

In diesem Sinne ist die Resolution 1441 vom 8. November 2002 nicht nur ein weiterer Schritt zur Entsovranisierung des Irak mit erheblicher völkerrechtlicher Konsequenz. Sie ist auch ein weiterer Beitrag zur Beschädigung der UNO und der Aushöhlung ihrer Charta! Genau wie die Resolutionen 687 und 688 liefert die Resolution 1441 den USA ein Feigenblatt für den geplanten Krieg. Dies zeigt sich schon in der Tatsache, dass die USA sich bereits jetzt auf Punkt 13 dieser Resolution berufen, die „schwere Konsequenzen als Resultat fortgesetzter Verletzungen seiner (des Iraks) Verpflichtungen“ androht. Einen solchen Verstoß sehen die USA bereits im (versuchten) Beschuss der die „Flugverbotszonen“ überfliegenden US-Jets. Damit wird abermals überdeutlich klar: Der Krieg ist gewollt und geplant. Und „Verletzungen der Verpflichtungen“ werden auf der Basis der Resolution 1441 konstruierbar sein. Notfalls auch, wie bereits in Washington

angekündigt, ohne ein weiteres Mandat des Sicherheitsrats - obwohl der Irak, wie die ehemaligen Inspektoren Richard Butler und Scott Ritter festzustellen nicht müde werden, keine militärische Bedrohung mehr darstellt.

Und so verschränken sich die Ziele: Hegemoniale Weltherrschaft mit dem Ziel der totalen Ressourcenkontrolle verträgt sich nicht mit dem Völkerrecht. Also muss dieses schrittweise demoliert, die Vereinten Nationen entweder schrittweise ausgehöhlt oder der Hegemonialmacht gefügig gemacht werden. Beides läuft letztlich auf dasselbe hinaus: Eine Pax Americana, die das genaue Gegenteil des viel beschworenen „Kampfes gegen den Terrorismus“ ist, steigert sie doch die Wut der Unterdrückten und trägt selbst dazu bei, die Rechtsförmigkeit internationaler Beziehungen auf den Müllhaufen der Geschichte zu kehren.



Irak mit Nachbarstaaten

Foto: Archiv

Wir sind für Änderungen im Irak, aber wir missbilligen den Krieg

Interview mit H. Abdullah, Partei der Demokratischen Lösung in Kurdistan (PÇDK), Europavertretung

Im März 2002 fand der Gründungskongress der Partei der Demokratischen Lösung in Kurdistan statt. Der März ist der Monat, in dem die kurdische Bevölkerung das Märtyrertum von Halabja erlebte, in dem der Aufstand 1991 stattfand und Newroz, der Tag und das Symbol der Einheit der Bevölkerung der Region gefeiert wird. Die PÇDK gründete sich, um den Genozid zu beenden, um ein weiteres Halabja zu verhindern, um die Errungenschaften des kurdischen Aufstandes zu bewahren und zu entwickeln und um Newroz als eine Festlichkeit des Geistes der modernen Zeit wieder zu etablieren.

Die PÇDK hat sich gegründet, um die Freiheit der Kurden zu sichern und den Weg aller Völker der Region zu Freiheit und Demokratie zu ebnen. Sie wird eine Brücke zur Geschwisterlichkeit aller Völker sein. Sie berücksichtigt die Beziehungen und Verbindungen aller KurdInnen in allen kurdischen Gebieten und betrachtet die nationale Einheit als einen Eckpunkt der freiwilligen Vereinigung aller Völker der Region.

Was sind die Ansichten der Partei der Demokratischen Lösung in Kurdistan (PÇDK) bezüglich der historischen Antagonismen zwischen den verschiedenen Klassen, den Völkern, religiösen Gruppen und verschiedenen Kräften? Welche praktischen Maßnahmen haben Sie bis jetzt ergriffen, um die in diesem Zusammenhang auftretenden Probleme zu lösen?

Unsere Partei, die Partei der Demokratischen Lösung in Kurdistan, wurde auf der Grundlage der Lösung ethnischer, religiöser und Klassenkonflikte gebildet, die im Mittleren Osten im allgemeinen und vor allem im Irak und in Südkurdistan in eine Sackgasse geführt haben. Unserer Ansicht nach stellt die religiöse, ethnische und kulturelle Vielfalt im Mittleren Osten und in der Welt einen Schatz der Menschheit dar. In den Regionen der Welt mit einer solchen Reichhaltigkeit, in denen diese Probleme gelöst wurden, sind große Entwicklungen angeregt worden, obwohl man mit den verbleibenden geringfügigen Konflikten nicht zufrieden war. Aber in einer Region, die erste Basis dieser Vielfalt gewesen ist - ich meine den Mittleren Osten und Mesopotamien - sind diese Konflikte festgefahren und die Lösungen werden behindert. Diese Art von Konflikten sind im ganzen Mittleren Osten zu finden und sie dauern bis heute an. Der Imperialismus, die herrschenden Nationen, und die unter ihnen dominierenden Klassen haben diese Angelegenheiten immer für ihre eigenen Interessen ausgenutzt und diese Konflikte vertieft. Das Praktizieren von chauvinistischem arabischem und engstirnigem kurdischem Nationalismus in Südkurdistan und auch im Irak, der die Grundbesitzer und die Stammesältesten

anspricht, zeigt klare Muster dieser Mentalität. Es ist unnötig zu sagen, dass es keine leichte Aufgabe ist, dieses Problem zu beheben, weil die Mentalität des engstirnigen Nationalismus in der kurdischen Gesellschaft tief verwurzelt und ein soziales, politisches und kulturelles Merkmal der Kurden geworden ist. Dasselbe gilt für den arabischen Chauvinismus und für die Religion, die ebenso stagnieren. Wirklich revolutionär ist, wer diese Konflikte löst. Unsere nationale Frage wartet immer noch darauf, gelöst zu werden, darum ist es heute eine sehr sensible Angelegenheit. Die politischen Kräfte in der Region stecken bis zum Hals in den tiefgreifenden nationalen und religiösen Konflikten, und einige ideologische Richtungen unter linkem Deckmantel verleugnen die Rolle der Religion, was aber keine Lösung darstellen kann. Die PÇDK hat einen revolutionären Kern, der auf dem Manifest der demokratischen Lösung und freier Vereinigung der Völker basiert. Sie wird die Konflikte lösen, indem sie engstirnigen Nationalismus und blinde Religiosität zurückweist und eine demokratische Umwandlung ausführt.

Obwohl die PÇDK bis jetzt nicht von den Parteien Südkurdistans anerkannt worden ist, nämlich von der PUK und der KPD, obwohl diese ihre Aktivitäten verboten und damit viele Probleme geschaffen haben, und obwohl es nicht lange her ist, dass die PÇDK ihre Gründung verkündet hat, war sie doch in der Lage, ihren Standpunkt und ihre Grundlagen der Gesellschaft und anderen Kräften bekannt zu machen. Hunderte von Revolutionären, Demokraten und Intellektuellen haben sich um sie herum versammelt. Außerdem unterhält die

PÇDK Tausende von Guerillas, und eine Anzahl von Menschen aus der Region hat sich mit dieser neuen Partei verbunden.

In Ihrer Parteiliteratur geben Sie an, dass die Frauen die am meisten unterdrückte Schicht der Gesellschaft sind. Was haben Sie für die Organisation der Frauen getan?

Die Sache der Frauen ist eine soziale Sache. Die Sache der Gesellschaft ist die Frauenfrage. Um eine Gesellschaft zu beurteilen, muss zuallererst die Stellung der Frauen in dieser Gesellschaft betrachtet werden. Eine moderne und fortschrittliche Gesellschaft schafft eine moderne und fortschrittliche Frau. Unsere Partei bemüht sich sehr, die Frauen zu organisieren und gewinnt so ihr Vertrauen. Heutzutage sammelt jede der politischen Parteien in Südkurdistan unter der Bezeichnung Frauenorganisation Frauen um sich. Aber diese Art von Organisationen haben im Rahmen jener Parteien, an die sie angegliedert sind, keinen Einfluss und ihnen fehlt die Fähigkeit sich zu ändern und sich für eine demokratische Transformation einzusetzen. Sie können die traditionellen Werte der Gesellschaft nicht aufbrechen, die PÇDK aber hat diese Realität überwunden und packt die Frauenfrage auf eine andere Art an. Die PÇDK an sich ist eine Frauenpartei gegen die archaische männliche Mentalität. Diese neue soziale Revolution, für die unsere Partei in Südkurdistan arbeitet, ist selbst eine Frauenrevolution. Kein Zweifel, die PÇDK ist die einzige Partei im Irak und in Südkurdistan, in der die Frauen wirklich ihren Platz einnehmen. Jede dieser Frauen hat in ihren Familien eine Revolution gegen die Reaktion durchgeführt.

Nach unserer Ansicht ist die Anzahl von Frauen in einer politischen Struktur nicht so wichtig. Was wichtig ist, ist die Qualität der Mentalität der jeweiligen Partei, innerhalb derer die Frauen kämpfen.

Wie ist die Situation Ihrer bewaffneten Kräfte und was ist Ihr Ziel beim Aufbau dieser Kräfte?

Heutzutage kämpft unsere Partei in einer Region, in der man in eine Sackgasse gerät, wenn man die ethnischen und religiösen Konflikte nur dort lösen will. Darüber hinaus ist die Balance zwischen den politischen Kräften so wackelig, dass es unbedingt notwendig ist, zu jeder Zeit die angemessenen Maßnahmen zu ergreifen. Auf der anderen Seite gibt es einige gegen Lösungen gerichtete Kräfte in Südkurdistan, die bis heute verschiedene demokratisch gesonnene Persönlichkeiten und revolutionäre Organisationen eliminiert haben. Darum hat unsere Partei, um die Erfolge der Massen und der Demokratie zu erhalten und um eine Lösung zu erzwingen, im August die Bildung der „Guerillaeinheiten der Lösung“ angekündigt. Diese Kraft besteht aus Tausenden von Guerillas, Revolutionären und militanten Persönlichkeiten, deren Kultur und Charakter anders ist als die der Peshmergas anderer Gruppen aus Südkurdistan. Diese Einheiten setzen ihre Bemühungen und ihren Kampf jetzt in den Meder-Verteidigungszonen fort. (s. Artikel Seite 34)

Was sind die Voraussetzungen für eine demokratische Transformation im heutigen Irak und in dieser Region? Welche Kräfte könnten nach Ihrer Ansicht darin einbezogen werden?

Im letzten Jahrhundert, das als das Jahrhundert des Krieges, der nationalen und Klassenantagonismen bekannt war, erlebte die Menschheit die tragischsten Ereignisse und Katastrophen. Beide Pole, Realsozialismus und Kapitalismus waren nicht in der Lage, die Konflikte der Menschheit, besonders die Konflikte des Mittleren Ostens zu lösen. Wir können sagen, dass sie die Konflikte vertieften und für ihre eigenen Interessen ausnutzten. Nationalismus, blinde Religiosität, Islamismus und Kommunismus konnten keine Antworten auf die Fragen des Mittleren Ostens geben. Sie konnten das nicht tun, selbst wenn sie gewollt hätten, weil die Probleme dieser Region nur durch eine Lösung

behooben werden können, die lange abgelehnt wurde, und das ist die Erneuerung der alten Zivilisation des Mittleren Ostens, die einer demokratischen Revolution und einer demokratischen Transformation bedarf. Diese Revolution sollte auf der Grundlage des Manifests der demokratischen Lösung ausgeführt werden, die von unserem Vorsitzenden Abdullah Öcalan umrissen worden ist. Dies ist der Grund, warum sich die KurdInnen von einer ihnen auferlegten Mentalität befreien konnten, der Mentalität des engstirnigen Nationalismus. So können sie auf der Grundlage von Demokratie, Geschwisterlichkeit unter den Völkern und freiwilliger Einheit die avantgardistische Rolle dieser Revolution spielen, so wie wir heute das Funkeln dieser Revolution im Elan der DEHAP sehen. Es ist unbedingt nötig, dass in naher Zukunft in allen Teilen Kurdistans die Kurden den Prozess der Revolution, basierend auf der demokratischen Transformation, initiieren, die Oligarchie und die Vorherrschaft der Religion abschaffen und an ihrer Stelle eine gemeinsame demokratische Republik aufbauen. Die Geographie und die Verhältnisse des Mittleren Ostens passen dazu, eine andere Lösung wäre undenkbar. Bis heute hat nicht ein einziger einheitlich ethnischer oder religiöser Staat in dieser Region existiert und denjenigen, die einen solchen einführen wollten, war er von keinem Nutzen. Auf der anderen Seite müssen wir uns von der stalinistischen Methode abwenden, die sagt, dass es keine Freiheit ohne Staat gibt, oder um frei zu sein, musst du einen Staat haben. Wir sagen, die Freiheit ist das Hauptkriterium unserer Revolution. Heute wird es möglich sein, einen Staat zu haben, ohne frei zu sein. Heutzutage haben Araber viele Staaten, aber kein einziger von diesen Staaten ist frei. Wenn wir die Frage nicht auf diese Weise betrachten, wird die kurdische Frage zu einem Konflikt ähnlich dem arabisch-israelischen werden, in dem keine der Parteien ihre Konflikte löst und keine der Parteien in Frieden lebt. Wir kritisieren beide herrschenden Parteien Südkurdistans, PUK und KDP, welche die Konflikte aus dem veralteten Blickwinkel des engstirnigen Nationalismus sehen, der mindestens 70 Jahre

alt ist. Unsere Partei versucht, die Mentalität des engstirnigen Nationalismus und Chauvinismus zu überwinden und darauf basierend eine demokratische Gesellschaft zu schaffen. Deshalb erinnern wir die herrschenden Parteien des Südens daran, die Form einer Autonomie und einer Föderation, die auf Ethnizität basiert, beiseite zu legen; so werden sie keine vorhandenen Konflikte lösen. Wenn die Kurden heute den alleinigen Besitzanspruch auf Kirkuk erheben und die Turkmenen, Assyrer und Araber sagen 'nein', dann bleibt der Konflikt ungelöst. Darum führt die von der KDP erhobene Forderung einer ethnischen Föderation zu zwei Möglichkeiten. Entweder beanspruchen die Kurden Kirkuk und Mossul und fordern eine Föderation bis dort, oder sie kämpfen weitere 200 Jahre um Kirkuk und Mossul. Keines davon ist eine Lösung. Die beste Alternative wird von unserer Partei vorgeschlagen, die einen föderalen Irak fordert, in dem die Macht regionenübergreifend aufgeteilt wird. Wie Australien, in dem mehrere Nationen leben und jede Region ihre eigene Regierung und ihr eigenes Parlament hat. Die Geschwisterlichkeit zwischen den Menschen wird dort Tag für Tag gestärkt.

Wie ist das Kräfteverhältnis im Süden? Was wird die Position der PÇDK angesichts einer unerwarteten Entwicklung im Irak sein?

Es gibt nicht so viele verschiedene Kräfte im Süden von Kurdistan. Es gibt Autoritäten, dargestellt von den zwei sektiererischen Parteien PUK und KDP. Der Süden Kurdistans ist für viele Jahre eine Festung des engstirnigen Nationalismus gewesen und er hat andere Teile Kurdistans ebenso beeinflusst. Vor 2000 gab es drei verschiedene Linien in Kurdistan. Die Linie des von der KDP in allen Teilen Kurdistans dargestellten engstirnigen Nationalismus. Die von der PUK repräsentierte mittlere Linie, die Einfluss über einige Regionen in anderen Teilen Kurdistans hatte. Die dritte Linie war die von der PKK dargestellte nationale demokratische Linie. Aber nach den strategischen und taktischen Änderungen, die von der PKK durchgeführt wurden, änderte sich das politische

Gleichgewicht in der Region dramatisch. Es ist wahr, dass die PKK kein Staat war, aber sie konnte als mehr als ein Staat angesehen werden. Sie hatte die Kraft, das politische Gleichgewicht in der Region zu zerstören und zu rekonstruieren. Dies ist der Grund für die Manöver der KDP. Bevor sie sich in Kooperation mit der Türkei mit der Vernichtung der Nationalen Freiheitsbewegung beschäftigte, war sie aber gezwungen, ihre Politik und ihre Kontakte zu überprüfen. Die PUK, die mit dem Iran über die Vernichtung der politischen Parteien in Ostkurdistan Vereinbarungen getroffen hatte, manövrierte zwischen Nationaler Freiheitsbewegung und engstirnigem Nationalismus. Als die PKK einen Waffenstillstand in Nordkurdistan ankündigte und ihre Kräfte zu den Grenzbereichen hin abzog, waren der Iran und Syrien am besorgtesten. Sie hatten Konflikte mit der Türkei und wollten, dass die PKK weiterhin gegen die Türkei kämpft. Deshalb verließ Ende 1998 die nationale Führung den Mittleren Osten und die Änderungen in der Strategie der PKK veränderten das politische Gleichgewicht in der Region dramatisch. Seitdem sucht die KDP neue Kontakte, aber ihr Handeln bleibt unklar. Sie will, dass jede Kraft, die sie kontrollieren kann, dieselbe Position gegenüber dem KADEK einnimmt. Heute hat die KDP eine enge Verbin-

dung mit dem Irak. Sie wird dem Irak leicht um den Hals fallen, wenn die Türkei ernsthaft droht. Die PUK sieht diese Versuche der KDP als Gelegenheit zuzugreifen. Darum steht sie heute auf der Gehaltsliste der Türkei. Sie will die müde Politik der KDP imitieren. Das zeigt, dass die mittlere Linie nicht mehr existiert und es keinen Unterschied zwischen der PUK und der KDP gibt. Die PUK ist das Kind, das 1964/66 von seinem Vater enttäuscht wurde und heute zu ihm zurückkehrt. Der Vater ist die KDP. Obwohl die PUK nicht mit Intrigen gearbeitet hat, will sie doch eine Atmosphäre von „Staatenbildung“ schaffen, und ihr Generalsekretär Jalal Talabani hat den Slogan ausgegeben: „Kirkuk ist das Jerusalem von Kurdistan“. Darauf abzielend, die türkische Armee gegen den KADEK und die PÇDK in den Süden zu ziehen und die KDP vernichten zu lassen, um als einzige Kraft übrig zu bleiben. Die anderen Länder, wie die Türkei, Syrien und der Iran unterstützen eigentlich keinen Angriff gegen den Irak. Aber wenn sie meinen, dass es unvermeidlich ist, unterstützen sie die USA und wollen ihre eigenen Interessen wahren. Darum ist das Szenario der Amerikaner eines Staates für die Kurden im Süden eine Falle für die dortigen politischen Parteien. Wir sind für eine Änderung im Irak, aber wir missbilligen den Krieg, und wir



Antikriegsdemonstration in Istanbul

Foto: DIHA

wollen keine weitere Tragödie in unserem Land. Wir wünschen Transformationen und Änderungen auf Grundlage des freien Willens der irakischen Völker und nicht von außen aufgezwungen. Wenn die Kraft der Massen organisiert wird - im Gegensatz zur PUK und zur KDP, die nur die Rolle einer Spielkarte einnehmen - so wird für die irakische und besonders für die kurdische Bevölkerung auf der Grundlage eines strategischen nationalen Konsens ein Verhandeln mit den USA möglich. Dies liegt im Interesse unserer Menschen und unserer Nation und dient der Zukunft des Irak. Aber wir werden keine Vereinbarung eingehen, die den Interessen unserer Nachbarvölker schaden kann.

Nach 6 Jahren, am 4. Oktober, nahm das kurdische Parlament in diesem Jahr seine Arbeit in Hewler wieder auf. Es wurde nur aus der KDP und der PUK zusammengesetzt. Ohne die Beteiligung von Repräsentanten anderer Minderheiten und ohne die Beteiligung Ihrer Partei. Denken Sie, dass dieses Parlament in seiner gegenwärtigen Form die aktuellen Probleme lösen könnte?

Kein Zweifel, Frieden und Übereinstimmung sind ein positiver Aspekt. Unsere Partei ist für eine Lösung der übrigen Konflikte zwischen der PUK und der KDP. Aber diese beiden Parteien haben jetzt fast 30 Jahre lang widersprüchliche Merkmale. Entweder bekämpfen sie einander, um den Anderen zu schwächen oder um mit den Besetzern von Kurdistan zu kooperieren. Manchmal kommen sie zusammen, um eine dritte Kraft zu bekämpfen und um die engen parteipolitischen Interessen zu erhalten. Wir können sagen, dass diese zwei Parteien weder für eine längere Periode zusammen arbeiten noch ohneinander leben können, denn sie sind Produkte derselben Struktur. Das Regionalparlament von Irakisch-Kurdistan, das 1992 gebildet wurde, hatte viele Schwierigkeiten: Unregelmäßigkeiten bei der Wahl, Einschüchterung und Isolierung der Parteien und Repräsentanten anderer ethnischer Gruppen und Minderheiten und viele andere Probleme. Darüber hinaus konnte kein Parlament legal 4 Jahre sein Mandat ausüben.

Das Parlament war politisch nicht für die Lösung der kurdischen Sache und Demokratie gebildet worden, aber die Interessen des Westens machten es möglich. Der Westen wollte Saddam an der Macht erhalten, aber einen geschwächten Saddam. Dafür musste den Kurden etwas Macht gegeben werden. Auf der anderen Seite konnten Staaten wie die Türkei und der Iran ein kurdisches Parlament und eine Verwaltung akzeptieren, sofern beide Parteien die Befreiungsbewegung in Nordkurdistan bekämpften und die politischen Parteien Ostkurdistans vernichteten und isolierten. Sie entsprachen dieser Aufgabe. Darum betraf die erste Entscheidung des kurdischen Parlaments den Kampf gegen die PKK-Guerilla im Norden. Anfangs wurde beide Parteien bewaffnet und gestärkt, und nachher sie gegeneinander und gegen andere Parteien gehetzt. Das ging so weit, dass sowohl die PUK als auch die KDP bei mehreren Anlässen die Armeen der Besetzer in den Süden führten, sie mit Blumen begrüßten und ihnen die Köpfe kurdischer Jugendlicher anboten. Wir würden gern eine Vereinbarung erreichen, einen nationalen Konsens unter Teilnahme aller Seiten und der Vertreter der politischen Parteien und aller ethnischen, religiösen und anderen Minderheitengruppen. Aber unsere Partei und viele andere wurden nicht eingeladen und es gab keine Beratung mit den Repräsentanten der Nationalen Befreiungsbewegung und der Nationalen Demokratischen Linie, nämlich des KADEK, und Vertretern anderer Teile Kurdistans. Dies ist ein Anlass zur Sorge für uns. Die Vereinbarung ähnelt nicht nur der von 1992 und ist nicht legitim, sondern sie ist auch undemokratisch und basiert auf engstirnigem Nationalismus und Sektierertum. Der Druck auf unsere Partei hat nach dieser Vereinbarung zugenommen, Freunde und Sympathisanten unserer Partei sind festgenommen worden. Diese Vereinbarung entspricht in keiner Weise den Forderungen der Menschen und kann darüber hinaus die Probleme nicht beheben.

Welches sind die dringlichsten Probleme in Südkurdistan, denen Priorität gegeben werden sollte?

Die soziale Struktur des Südens als Folge der Politik der Zentralregierung und der herrschenden Parteien ist in Unordnung. Interne Streitigkeiten, Abwanderung von Jugendlichen, ökonomische Not, Disparität und Selbstmorde sind einige der unmenschlichen Erscheinungen. Die Not des Exillebens hat die Jugendlichen geprägt. Es ist unbedingt nötig, dass eine revolutionäre Organisation auf alle diese Probleme antwortet und die Führung übernimmt, um sie zu lösen. Die Hauptangelegenheiten sind die sozialen und demokratischen Probleme. Wir als kurdische Menschen im Süden Kurdistans haben das Bedürfnis nach Demokratie, mehr als jeder andere, und dies ist der Grund, warum unsere Partei mit ihrer nationalen demokratischen Linie eine Lösung für diese Forderungen sein könnte. Auf dieser Grundlage rufen wir alle Klassen und alle Schichten der Gesellschaft, besonders die Frauen und Jugendlichen auf, sich um die Ziele unserer Partei herum zu organisieren und um die demokratische Revolution zu verwirklichen.

H. Abdullah, 05.11.2002

Die Meder-Verteidigungsgebiete

Der folgende Text ist eine überarbeitete Fassung eines in der Oktoberausgabe der türkischsprachigen Monatszeitung Serxwebun erschienenen Artikels des Präsidialrats

Die Bemühungen internationaler Kräfte, allen voran der USA, im Mittleren Osten zu intervenieren, sind in jüngster Zeit erneut intensiviert worden. Diese versuchen gegebenenfalls auch mit Gewaltanwendung, das Kräftegleichgewicht zu ihren Gunsten zu verändern. Das kurdische Volk ist eines derjenigen, die sehr aufmerksam gegenüber solchen Entwicklungen sein müssen, weil sie davon am stärksten bedroht sind. Die verbreitete Einschätzung, der Krieg werde nicht auf den Irak beschränkt bleiben, sondern die gesamte Region erfassen, weist auf die Größe der Gefahr und auf die bevorstehende Vernichtung hin. Dass jede Kraft in einer solchen umfassenden Kriegssituation ihre unabhängige Politik vertritt und in diesem Sinne ihren Einfluss zu stärken versucht, ist ihr legitimes Recht. In solch einer undurchsichtigen Situation haben die Volksverteidigungskräfte (HPG) am 25. September 2002 gemäß ihrer unabhängigen Linie die Meder-Verteidigungsgebiete ausgerufen, um ihren Beitrag für eine Lösung zu leisten, ohne dabei zu Stellvertretern anderer zu werden.

Die Meder-Verteidigungsgebiete umfassen Kandil, Xinere (bei Bradost), Xakurke und Behdinan (grenznahe Regionen im Nordwesten Südkurdistans, Anm. d. Ü.). Sie sind in erster Linie auf die Verteidigung ausgerichtet und nicht von Dauer. Dieser Status wird beendet werden, sobald die kurdische Frage im Süden (irakischer Teil Kurdistans, Anm. d. Ü.) gelöst, die Gefahr für das kurdische Volk und seine Werte auf der Grundlage der Entwicklung der demokratischen Linie im Norden (im türkischen Teil, Anm. d. Ü.) überwunden und die Guerilla in die politische

Phase integriert ist. Diese Gebiete sollten deshalb als eine Übergangstrategie begriffen werden, bis die anstehenden Fragen eine Lösung gefunden haben.

Des Weiteren werden in den Meder-Verteidigungsgebieten die notwendigen Maßnahmen für die Lösung der ökonomischen, sozialen, Bildungs- und kulturellen Probleme unseres dort lebenden Volkes getroffen werden, um gemeinsam mit den politischen Organisationen vor Ort die notwendige Verwaltung, ein demokratisches System und sozialen Wohlstand zu entwickeln.

Die Meder-Verteidigungsgebiete gründen auf den Interessen der Völker der Region

Die Meder-Verteidigungsgebiete verfolgen das Ziel, die Demokratie in der gesamten Region zu entwickeln, weil die demokratische Linie das wirksamste Mittel bei der Problemlösung darstellt. Sie werden mit dem Verständnis der legitimen Selbstverteidigung kontrolliert, ihre unabhängige Linie wird verteidigt. Daher sind die Meder-Verteidigungskräfte die eigentlichen Garanten für die Lösung der kurdischen Frage und für die Verteidigung der kurdischen Anliegen. Dies ist unsere Hauptperspektive. In diesem Sinne werden wir die Bemühungen um einen garantierten Status für die Anerkennung des Willens unseres Volkes in Südkurdistan verstärken. Die Meder-Verteidigungsgebiete sind daher ausgerufen worden, um bei der Problemlösung eine angemessene Rolle spielen, die Interessen der Völker in der Region vertreten, möglichen Gefahren vorbeugen und eine Kraft in erster Linie gegen Massaker wie die

Anfal-Offensive und Halabja darstellen zu können. Die von den HPG kontrollierten Gebiete sollten allen bekannt gemacht und damit möglichen Fehlern und unerwünschten Situationen vorgebeugt werden.

Die Meder-Verteidigungskräfte werden all diese Gebiete auf der Grundlage der Linie der legitimen Verteidigung schützen und ihren Beitrag zur Lösung der kurdischen Frage gemäß der Linie der demokratischen Lösung leisten, ohne dabei die Interessen der Völker der Region aus den Augen zu verlieren. Die Meder-Verteidigungskräfte streben die Lösung des Problems an, ohne in diesen Gebieten zur Ersatzkraft zu werden, ohne sich ausnutzen und das Gebiet für andere Interessen missbrauchen zu lassen. Die Hauptkampfform der Meder-Verteidigungskräfte ist nicht der Angriff, sondern die legitime Verteidigung auf der Ebene der demokratischen Lösungsstrategie; ihre Existenz richtet sich gegen niemand. Sie werden versuchen, bei der Anerkennung des kurdischen Willens eine Funktion zu erfüllen.

Es ist eine Realität, dass die Meder-Verteidigungskräfte eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Demokratie im Irak und in der Türkei spielen. Sie stellen in keiner Weise eine Gefahr für die Türkei dar. Im Gegenteil, sie werden möglichen Intrigenspielen in den von ihnen kontrollierten Gebieten vorbeugen und funktionell sein für die Politik, die den Interessen der Völker in der Region und des kurdischen Volkes entspricht. Dass sie über eine Perspektive und ein Verständnis von der Demokratie als Hauptlösungsform verfügen, wird bei der Demokratisierung dieser Länder nicht hinderlich, sondern förderlich sein. Durch den Rückzug aus den

Gebieten Nordkurdistans seit September 1999 haben unsere Guerillakräfte eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Demokratisierungsphase in der Türkei geschaffen. Um keiner Provokation Nahrung zu bieten, um die Demokratisierungs- und Friedensphase in der Türkei zu unterstützen und um die Grundlagen für die Harmonie und Demokratisierung reifen zu lassen, haben sich unsere Guerillaeinheiten in die jetzigen Positionen zurückgezogen, die wir seit 1982 im Süden nutzen. D.h., sowohl der Norden als auch der Süden waren die Hauptbewegungsgebiete für die Guerilla. Mit der neuen Phase hat die Guerilla den Hauptteil ihrer Einheiten in den Süden verlegt, um die Demokratisierungsphase in der Türkei zur dauerhaften Entwicklung werden zu lassen. Das war für die Türkei dienlich. Auch in Zukunft werden die HPG ihre Rolle bei der Entwicklung der Demokratisierung der Türkei spielen.

Zudem hat die Türkei Interessen im Mittleren Osten. Die HPG stellen auch dabei im Kern keine Bedrohung dar. Bei einer verständnisvollen Annäherung wird von der Guerilla kein Problem ausgehen. Ohne eine solche Haltung aber, und sollte sie zum Angriffsziel erklärt werden, wird im Rahmen unseres Verteidigungsverständnisses eine Antwort gegeben werden, unabhängig davon, wer angreifen wird.

Weiter wollen wir unseren Beitrag für die Entwicklung angemessener und dauerhafter Problemlösungen im Irak und in Südkurdistan leisten. Hierfür ist es notwendig, dass die südkurdischen Kräfte und unser Volk im Süden im Rahmen ihrer nationalen Interessen eine einheitliche Auffassung erarbeiten. Im Grundsatz sollten die Meder-Verteidigungsgebiete als Ergebnis einer natürlichen Entwicklung demokratischer Strukturen betrachtet werden und Beziehungen zu äußeren Mächten nicht auf Kosten Dritter gehen. Ist dies erreicht, wird eine Basis für die Schaffung effektiver Beziehungen gelegt werden. Die HPG vertreten in diesem Punkt eine unabhängige Linie, machen sich den Willen und die Interessen der regionalen Völker, allen voran des kurdischen Volkes, zu eigen und unterstützen alle Entwicklungen in dieser Richtung.

In diesem Sinne sind sie offen für jede solidarische Beziehung und den Dialog. Wir verfolgen eine solche Politik gegenüber jeder Kraft, in erster Linie gegenüber den südkurdischen Organisationen.

Das Wichtigste hierbei ist eine willensstarke Haltung. Vor diesem Hintergrund wird offensichtlich jede nationale Politik und Strategie unterstützt werden. Unter heutigen Bedingungen ist eine Einheit „demokratischer Irak - demokratisch-föderales Kurdistan“ eine angemessene Lösungsperspektive. Die Meder-Verteidigungskräfte sind offen für jede Entwicklung unter dieser Prämisse innerhalb des Iraks. In Südkurdistan wird das Problem auf dieser Grundlage gelöst werden. Die Wichtigkeit eines gemeinsamen Vorgehens mit einer demokratischen Annäherung im nationalen Rahmen muss erkannt werden. Deshalb wird jeder Schritt zur Einheit unterstützt werden.

Die Annäherung zwischen KDP und PUK sowie das Regionalparlament in Südkurdistan sollten unter Beachtung der nationalen Interessen auf der Grundlage der Problemlösung in Südkurdistan entwickelt werden. Keinesfalls kann akzeptiert werden, dass wie 1992 mit der Parlamentsgründung ein innerkurdischer Krieg für fremde Interessen begonnen wird. Das neue Parlament sollte Lehren aus den Schmerzen der Vergangenheit ziehen und seine Politik an der Aufgabe ausrichten, die Probleme zu lösen. Daher ist es notwendig, die Phase für die Verwirklichung einer am Volk angelehnten demokratischen Parlamentsrealität offen zu halten. Bekannterweise befinden sich auf der Gegenseite größtenteils monarchistische und autokratische Kräfte. Deshalb muss die Flagge der Kurden die Demokratiefolge sein, sie müssen alle demokratischen Offensiven selbst umsetzen. Im Süden existieren ernsthafte Mängel bei der demokratischen Annäherung; diese zu überwinden wird bei der demokratischen Umwandlung im Rahmen des zeitgenössischen Zivilisationsgeistes wichtigen Entwicklungen den Weg ebnen. Daher wird der wichtigste Beitrag der HPG darin bestehen, eine demokratische Atmosphäre zu schaffen.

Die Formierung unserer HPG-Kräfte wird nach Guerilla-Art geschehen, niemand sollte ihre Aufstellung gemäß einer regulären Armee erwarten. Ihre Haupttaktik wird daher die umfassende Nutzung der Verteidigungsgebiete sein - überall und nirgends. Im Fall eines umfassenden Angriffs werden sie ihr Operationsgebiet noch weiter nach Norden und Süden ausdehnen, unsere Kräfte sind hierfür ausreichend ausgebildet. Es ist bekannt, dass der Hauptcharakter der Guerillataktik darin besteht, Widerstand gegen die größten regulären Armeen zu leisten, sie ins Leere laufen zu lassen und sie zu besiegen. Unsere Erfahrungen hierin sind ebenfalls geläufig.

Es ist kein Geheimnis, welche Gebiete die HPG-Einheiten nutzen. Daher wird die Deklaration dieser Meder-Verteidigungsgebiete nicht zur Verwirrung führen, sondern vielmehr Unklarheiten ausräumen, damit alle sich entsprechend verhalten können. Wir sind mit unserer Haltung und Politik eine transparente Kraft, die zur Lösung der Probleme in der Region die demokratische Annäherung zur Grundlage nimmt. Wir haben unsere Meder-Verteidigungsgebiete offiziell dargestellt, wer sie angreift, wird die Konsequenzen tragen müssen. Mit diesem Schritt wollen wir Spannungen vorbeugen und zu einer Lösungskraft werden, welche die Interessen der regionalen Völker vertritt. Daher wird die Klarstellung unserer Situation und unserer Haltung durch den Geist der Meder-Verteidigungsgebiete nicht zur Verstärkung der Probleme in der Region führen, sondern die Lösung erleichtern. Wir glauben daran, dass auf der Grundlage der demokratischen Veränderung und Umwandlung jedes Problem der Völker der Region gelöst werden wird. Wir sind dabei auf der Grundlage der zeitgenössischen demokratischen Zivilisation eine der wirksamsten und aktivsten Kräfte.

Maxmure ist ein Schrei, ein Aufruf!

Interview der Mesopotamischen Nachrichtenagentur MHA mit Nazli Ciftci, Delegationsmitglied

Systematische Dorfzerstörungen, willkürliche Verhaftungen, Folter und Morde durch türkische Sicherheitskräfte zwangen 1993 an die 17.000 Kurdinnen und Kurden aus der Region Hakkari-Sirnak zur Flucht über die Grenze in den Nordirak. Siebenmal mussten die flüchtenden Familien unter vielen Opfern ihre unter schwierigen Bedingungen errichteten Lager wieder aufgeben. Seit Ende Mai 1998 leben die verbliebenen 9.100 Flüchtlinge unter dem Schutz des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) in einem Flüchtlingslager nahe des Dorfes Maxmure auf irakisch kontrolliertem Gebiet.

Verlassen des Lagers nur mit Sondergenehmigung, knappe Nahrungsmittel und Medikamente, Wassermangel und Skorpionplagen in dem wüstenartigen Gebiet, Infektionskrankheiten, mangelnde Gesundheitsversorgung, eine hohe Säuglingssterberate: Trotz der widrigen Umstände und erschwerten Lebensbedingungen gelang es den Flüchtlingen in Eigeninitiative, eine begrenzte Infrastruktur und Verwaltung aufzubauen. (s.a. Kurdistan-Report Nr. 103/März 2002)

Wann wurde das Solidaritätskomitee zur Unterstützung des Frauenzentrums in Maxmure gegründet, welche Art von Arbeiten leistet es?

Unter Beteiligung von Frauen aus verschiedenen Nationen wurde durch die Internationale Freie Frauen-Stiftung mit Sitz in Amsterdam das „Komitee zur Unterstützung des Frauenzentrums in Maxmure“ offiziell im November 2001 ins Leben gerufen. Wir haben diese Initiative aufgrund eines Briefes des Frauenzentrums in Maxmure gestartet. Das Komitee hat durch seine Öffentlichkeitsarbeit finanzielle und moralische Unterstützung geleistet. Es hat mehrere Informationsveranstaltungen organisiert. Neben Informationsmaterialien über Maxmure in Text- und Bildform wird der Spendenaufruf weiter verbreitet. Bei unserem Besuch in Maxmure haben wir die gesammelten finanziellen Hilfen, Gesundheits- und Bildungsmaterialien dem Vorstand des Frauenzentrums übergeben.

Für die Weitergabe der gesammelten Spenden besuchte das Komitee am 13. September Maxmure. Mit wem wurden welche Kontakte hergestellt?

Aufgrund einiger bürokratischer Probleme konnten wir nur drei Tage bleiben, obwohl wir eine Dauer von zwei Wochen und ein dementsprechendes ein Programm geplant hatten. Während unseres Aufenthalts im Lager haben wir öffentliche Institutionen besucht, Vorstand und Mitglieder des Frauenzentrums, die Kommunalverwaltung des Lagers, Friedensmütter, Gemeinschaftseinrichtungen, Krankenhaus, Schneide-

rei, Bücherei und andere nennenswerte Institutionen vor Ort. Die Gespräche unserer Treffen beinhalteten im Grunde den Zustand des Lagers und die existierenden Probleme und Notwendigkeiten.

Was für ein Ort ist Maxmure, wie viele Menschen leben dort unter welchen Bedingungen, inwieweit sind soziales und kulturelles Leben verwirklicht worden?

Das Lager liegt im irakisch kontrollierten Teil des Iraks, mitten in der Wüste, in 2 km Entfernung zur bekannten Flugverbotszone nördlich des 36. Breitengrads. Im Laufe der Jahre hat die Bevölkerungszahl 10.000 erreicht, größtenteils Frauen und Kinder. Die kulturellen und Bildungsaktivitäten bilden den Hauptbestandteil des sozialen Lebens. Das soziale Leben ist auf das Lager begrenzt. Diese Situation ist nicht bestimmt durch die Menschen, die dort leben, sondern durch die dortigen Einschränkungen. Jegliche vorhandenen Möglichkeiten wurden weitestgehend ausgenutzt, um das Leben ein wenig attraktiv und sinnvoll zu gestalten und die lebensnotwendigen Bedürfnisse zu befriedigen.

Maxmure ist in jeder Hinsicht ein Ort ohne Infrastruktur. Wie werden Bildungs- und Gesundheitsfragen gelöst, welche Art von Problemen gibt es und in welchen Dimensionen?

Nach den aktuellen Zahlen gibt es 3.000 Schüler und insgesamt 6 Schulen im Lager. Darunter eine Vorschule, 2 Grundschulen, 2 Mittelschulen und eine Oberschule. Ein weiterer wichtiger Schritt im Bildungsbereich war die diesjährige Gründung der Universität. Außerdem werden vom Frauenzentrum

Schreib- und Lesekurse für Frauen und Kinder angeboten. Die schwerwiegenden Probleme bei der Bildung sind der Mangel an Lehrkräften und Lehrmaterialien. Die Unterrichtssprache im Lager ist kurdisch, daneben gibt es Türkisch, Englisch und Arabisch als Fremdsprachen. Ein weiteres Problem im Lager ist die Gesundheitsfrage. Fünf Angestellte arbeiten im durch die UN erstellten Krankenhaus, aber es erfüllt seinen Zweck nicht. Es wurde im äußersten Winkel des Lagers errichtet und ist in Notfällen schwer zu erreichen. Als einziges Krankenhaus für das von 10.000 Menschen bewohnte Gebiet wird es den Bedürfnissen nicht gerecht. Wegen des schlechten Gesundheitszustands der Leute im Lager kam es bereits zu Verhandlungen mit der UN. Eine Lösung wurde momentan jedoch noch nicht gefunden.

Wie verdienen sich die Menschen in Maxmure den Lebensunterhalt? Gibt es Beschäftigungsmöglichkeiten? Ist das (Über-)Leben dort nur

durch die Hilfe der UN möglich?

Man kann sagen, dass das Einkommen der Flüchtlinge sich überwiegend aus den Hilfen, die aus dem Ausland kommen, und den von den UN ausgegebenen Nahrungsmitteln zusammensetzt. Die Produktivitätshindernisse entstehen hauptsächlich durch den Mangel an finanziellen Mitteln. Hinzu kommt, dass das Lager sich in der Wüste befindet. Durch die teilweise Lösung der Bewässerungsprobleme fällt der Bau von Grünanlagen innerhalb des letzten Jahres auf. Die Unterstützung aus dem Ausland und durch Verwandte der Lagerbewohner trägt lediglich zur Lebenserhaltung im Lager bei. Um die Produktivität des Lagers zu steigern, wurde diesen Monat ein Hühnerzuchtbetrieb gegründet. Die Lagerbewohner können nicht in den umliegenden Dörfern und Städten arbeiten, weil es kaum Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Diesbezüglich werden Beschwerden geäußert, weil die UN in dieser Hinsicht kei-

ausreichenden Beitrag leisten. Man kann sagen, dass es von den UN außer der Nahrungsmittelhilfe fast keinerlei Hilfe in den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit, Produktivität und Kultur gibt. Was im Lager besteht, wurde von den Menschen selbst in eigener Arbeit und Mühe und aus eigenem Antrieb errichtet.

Wie wird die Bevölkerung von Maxmure durch einen möglichen Angriff auf den Irak beeinflusst? Und wie bewertet sie den Irak-Konflikt?

Die Meinung der in Maxmure lebenden Menschen ist, dass sie bei einem möglichen Angriff auf den Irak diejenigen sind, die am meisten darunter leiden werden. Für sie würde das erneute Flucht bedeuten. Wie und wo das enden wird, kann niemand vorhersagen. Die geostrategische Lage des Lagers lässt befürchten, dass es einem umfassenden Angriff verschiedener Kräfte ausgesetzt sein wird.

Gibt es außer dem Frauenzentrum noch andere zivile Organisationen, Institutionen oder Vereinigungen? Auf welchem Stand sind deren Arbeiten und was machen sie?

Von allen zivilen Organisationen sind die Institutionen für Kultur und Kunst wie der Volksrat und die Friedensmütter hervorzuheben. Dies sind die aktivsten Organisationen. Es gibt den Kulturbereich - Folklore, Theater, Erlernen von Musikinstrumenten - zudem Aktivitäten im Bereich Bildung und Kunst, zum Beispiel Zeichenkurse.

Die Aufgabe des von den UN-Truppen offiziell anerkannten Volksrats ist die Bewahrung von Frieden, Gleichheit, Gerechtigkeit und öffentlicher Ordnung.

Welche besonderen Probleme haben die in Maxmure lebenden Frauen und Kinder?

In Bezug auf die Frauen ist es hauptsächlich die soziale Frage der Familienplanung. Eines der wichtigsten Probleme ist der mangelnde Gesundheitsdienst. Wegen des mit Schmutz und Bakterien verunreinigten Trinkwassers folgen vor allem bei Kindern und Frau-



Im Maxmur Camp

Foto: Archiven

en Nierenerkrankungen, Durchfall und eine Vielzahl anderer Erkrankungen.

Unterernährung und Vitaminmangel führen zu ernsthafter körperlicher Unterentwicklung der Kinder. Außer der unzureichenden Bildung und den erheblichen Gesundheitsdefiziten fehlt es ihnen an Kleidung und Schuhen. Solche Sachen werden wirklich dringend benötigt.

Können Sie über das Frauenzentrum berichten, auf welchem Stand sind sie mit ihren Arbeiten, welche Projekte können zur Lösung von Problemen beitragen?

Das vor mehr als einem Jahr gegründete Frauenzentrum hat in der ersten Augustwoche unter hoher Beteiligung seine erste Konferenz abgehalten. Viele Beschlüsse wurden für die Zukunft verabschiedet. Die mit ihren Gewalterfahrungen und sonstigen Problemen vonseiten des Systems allein gelassenen Frauen, Mädchen und Kinder, auch die Kriegsopfer, wurden in Planung und Programm aufgenommen. Es soll ihnen wieder die Möglichkeit zu einem stabilen Leben und zur Produktivität geboten werden. Danach hat man sich auf Beschlüsse geeinigt und die Schaffung von Erziehungsprogrammen für die Verwaltung und zu grundlegenden kulturellen und sozialen Themen vorangestellt. Der Schwerpunkt liegt in der Bildung für die Kinder. Ebenfalls wurden die Steigerung der Produktion und die Bildung von Organisationen zur Heilung der sozialen und psychischen Kriegswunden beschlossen. Eines der wichtigsten Vorhaben ist es, organisierten Widerstand gegen die Bedingungen des Flüchtlingsstatus, denen kurdische Frauen ausgesetzt sind, und gegen die damit verbundene Isolation zu leisten und diesen zum Ausdruck zu bringen. Außerdem ist beabsichtigt, Frauen in den Bereichen Politik und Soziales zu fördern. Weitere bedeutende Beschlüsse der Konferenz des Frauenzentrums betreffen die Fluchtursachen und die Isolierung der kurdischen Frauen, deren Arbeiten zu internationalem Ansehen verholfen werden soll, und die Organisation einer Solidaritätskette, welche auch Frauen anderer Nationen mit einschließt.

Es war die Rede davon, dass Einrichtungen wie Kino und Theater eröffnet werden sollten. Gab es Schritte in dieser Richtung?

Kultur und Kunst sind die zwei grundlegenden sozialen Betätigungsfelder im Lager. Folklore, Theater, Musik, Handarbeiten und Kunstmalerei sind Arbeiten, die es seit der Gründung des Camps gibt, und werden umfassend weiterentwickelt. Das jüngst eröffnete Antike Theater ist erstaunlich. Die Frage, woher die Lebenskraft und die Lebenshoffnung und der Kampfeswille für das Leben stammen, kann am besten mit dem Beispiel der Erschaffung des Antiken Theaters unter erschwerten Bedingungen beantwortet werden: Etwas anderes bleibt den Flüchtlingen nicht.

Ich vermute, dass die örtlichen Probleme seitens der Lagerverwaltung gelöst werden. Seit wann arbeitet dieses System der Lagerverwaltung, welche Arbeiten leistet sie, wie viele Beschäftigte hat sie?

Kürzlich waren Kommunalwahlen. 36 neue Ratsmitglieder sind gewählt worden, darunter elf Frauen. Die Hauptaufgabe des Gemeinderats besteht darin, die Ordnung im Lager zu erhalten, die Infrastruktur zu verbessern und praktische Lösungsvorschläge für die vorhandenen Probleme zu unterbreiten. Offiziell wird das Gemeindesystem seit zwei Jahren angewandt. Eine der wichtigsten Arbeiten der Gemeinde ist die Schaffung öffentlicher Bildungs- und Produktionseinrichtungen für das Volk.

Seit wann leben diese Menschen in Maxmure? Zuvor hielten sie sich in Etrus und Ninova auf. Gibt es Unterschiede zwischen diesen Lagern?

Die Menschen aus dem Lager Etrus leben seit drei Jahren in Maxmure. Der Unterdrückung und Vertreibung ausgesetzt, sind sie in Maxmure zum ersten Mal für einen längeren Zeitraum ansässig und heimisch geworden. Der Hauptunterschied zu den vorangegangenen Lagern ist, dass es sich bei Maxmure um ein befestigtes Lager handelt. In vorherigen Lagern waren die Flüchtlinge der Willkür anderer ausgesetzt. In Maxmure

können sie - wenn auch unter erschwerten Bedingungen - langsam wieder in einen Alltag hineinfinden. Die Kinder haben die Möglichkeit, eine Schule zu besuchen. Es sind die Kleinigkeiten, die ins Auge fallen. Sie machen Maxmure zu einem Domizil für die Flüchtlinge, das Hoffnung auf ein „normales“ Leben zulässt.

Wie lauten die Appelle und Aufrufe der Bevölkerung von Maxmure?

Maxmure selbst ist ein Schrei und ein Aufruf. Es ist eine Burg des Widerstands gegen die Würdelosigkeit. Auf dem trockenen und ertragsarmen Boden ist der Mensch von Maxmure der Kern von Hoffnung und Liebe. Selbst wenn Maxmure eine menschliche Tragödie darstellt, ist es gleichzeitig ein Ort, in dem das Leben Sinn hat. Es ist das beste Beispiel für menschliche Kreativität. Es ist eine Quelle, die sich vermehrt und die Liebe, Frieden, Hoffnung, Menschlichkeit und Geschwisterlichkeit in alle vier Himmelsrichtungen verbreitet. Aber dennoch ist Maxmure wie ein kleines wehrloses, splinternacktes Kind. Selbstverständlich wird der Aufruf von Menschen mit einem erhabenen und großartigen Leben auch etwas Besonderes haben. Dies ist eine Erhabenheit, die nicht mit Worten beschrieben werden kann, sondern in den Tiefen der Augen abzulesen und zu fühlen ist. Der Lebenswiderstand von Maxmure an sich ist ein Aufruf. All jene, die sich als gerechte, demokratische und friedliebende Menschen betrachten und sich für die Freiheit aussprechen, sollten dem Lebenswiderstand und Solidaritätsaufruf dieser sehr wertvollen Vertreterinnen und Vertreter Mesopotamiens Gehör verschaffen und ihnen gerecht werden.

„Unser Aufruf soll keinesfalls Mitleid erwecken. Es ist ein Aufruf zu Solidarität und Unterstützung auf der Grundlage menschlicher Werte. Vergesst uns nicht, unterstützt unseren Friedens- und Freiheitskampf, lasst uns nicht allein!“

Das Frauenzentrum im Flüchtlingslager Maxmure benötigt dringend Hilfe

Aufruf zu internationaler Unterstützung für die Frauen im Flüchtlingslager Maxmure

Krieg und Verfolgung zeigen neben materiellen und körperlichen Schäden auch soziale, seelische und psychologische. Frauen, die aufgrund der feudalen Traditionen häufig noch nicht einmal ihr Dorf verlassen hatten, waren im Zuge der Vertreibung häufig monatelang allein mit ihren Kindern auf der Flucht. Da viele ihre Ehemänner und Angehörigen verloren haben, lastete von nun an die Familienversorgung allein auf ihren Schultern. Zudem waren Frauen bei den Überfällen auf ihre Dörfer häufig auch sexuellen Angriffen durch türkische Soldaten ausgesetzt. Wie u.a. im Krieg in Jugoslawien wurden Vergewaltigung und sexuelle Gewalt als eine strategische Kriegswaffe benutzt, um damit neben der Persönlichkeit der Frau auch die gesellschaftlichen Strukturen zu zerstören.

Um sich gegenseitig bei der Bewältigung ihrer spezifischen Probleme zu helfen, begannen die Flüchtlingsfrauen im Frühjahr 2001 mit dem Aufbau eines Frauenzentrums im Lager. Ihr Ziel ist es, kulturelle Arbeiten, Gesundheitsberatung, Alphabetisierungs- und Ausbildungskurse für Frauen zu organisieren. Insbesondere sollen behinderte und alleinstehende Frauen sowie Waisenkinder unterstützt werden. Die Vorsitzende des Frauenzentrums Maxmure, Frau Selamet Erdogan, wandte sich mit der Bitte um Unterstützung an uns: „Vor allem wollen wir mit permanenten, systematischen Angeboten im Bereich Ausbildung und Gesundheit den Frauen helfen, ihre körperlichen und seelischen Verletzungen zu überwinden. Hierfür haben wir alle organisatorischen Voraussetzungen getroffen. Jedoch werden wir unsere Rolle nur dann wirklich spielen können, wenn uns einige grundlegende Mittel zur Verfügung stehen. Aber diese Möglichkeiten gibt es innerhalb unseres

Flüchtlingslagers nicht. Auch ist es uns nicht möglich, diese Voraussetzungen mit eigenen Mitteln selbst aufzubauen.“

Für das Frauenzentrum Maxmure werden dringend benötigt:

- physiotherapeutische Geräte
Schul- und Wörterbücher in kurdischer und englischer Sprache
- Schreibmaterialien
- Musikinstrumente, Nähmaschinen, Webrahmen und dazugehörige Materialien
- medizinische Geräte und Medikamente zur Diagnose und Behandlung von Typhus, Ruhr und gynäkologischen Krankheiten
- therapeutische Mittel und Geräte zur Förderung und Versorgung behinderter Kinder
- medizinisches Fachpersonal (Gynäkologin, Hebamme, Physiotherapeutinnen, Allgemeinärztin)
- Lehrerinnen für Naturwissenschaften, kurdische und englische Sprache, Musik und Kunst

Diesen Ruf wollen wir nicht ungehört lassen. Wir laden alle interessierten Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen ein, sich aktiv am Aufbau einer grenzübergreifenden Initiative und Hilfskampagne für das Frauenzentrum Maxmure zu beteiligen.

Wie können Wir helfen?

- durch aktive Beteiligung an der Initiative zur Vorbereitung und Durchführung von Projekten und Zusammenstellung einer Fachdelegation
- durch Geldspenden, die direkt an das Frauenzentrum im Flüchtlingslager Maxmure weitergeleitet werden; Stichwort „Women's Centre Maxmure“

- durch namentliche Unterstützung des Aufrufs der International Free Women's Foundation
Wibautstraat 3,
1091 GH Amsterdam / Niederlande
Tel: + 31 (0) 205 962 015
Fax: + 31 (0) 205 961 174
E-Mail: ifwf@hotmail.com

Bankverbindung:
Postbank (NL)
Giro-Nr: 62 18 545
Stichwort: „Women's Centre Maxmure“

Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Grupellostr. 27
40210 Düsseldorf / Deutschland
Tel: + 49 (0) 211 171 10 80
Fax: + 49 (0) 211 171 10 78
E-Mail:
kurdish.woman.peace.office@gmx.de

Bankverbindung:
Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Konto Nr.: 36 025 799
BLZ: 300 501 10
Stadtsparkasse Düsseldorf
Stichwort: „Spende Frauenzentrum Maxmure“

KATAGI - Initiative zur Entwicklung der Frau

Wir machen Politik gegen das Patriarchat

Von Pinar Selik

Das Patriarchat ist eine Herrschafts- und Gewaltkultur, die in dem historisch ungelösten Frau-Mann-Widerspruch reproduziert wird und sich zusammen mit anderen Herrschaftsformen zu einem sozialen, politischen, ideellen und kulturellen Herrschaftssystem verwandelt hat. So ist das patriarchale System in einem historischen Kontext entstanden, durch verschiedene Herrschaftsformen genährt, und hat sich bis heute reproduzierend gestärkt.

Das Patriarchat basiert auf Willenlosigkeit und Versklavung, nicht auf dem Streben nach Freiheit. Die Mann-Frau Beziehung, bestimmt als die grundlegendste gesellschaftliche Beziehung, alle gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen. Deren Grundcharakteristikum ist, dass sie auf Herrschaft und Gewalt basieren. Die bestimmende Beziehungskultur in der Gesellschaft ist mit der Herrschaftskultur verbunden.

Das Patriarchat besitzt die Eigenschaft, die verschiedenen Formen der Gewalt zu reproduzieren, zu nähren und umzusetzen. Es wendet verschiedene Formen gesellschaftlicher Gewalt an, die auf der Ausbeutung der Arbeit, dem Sexismus, Militarismus, Nationalismus, Rassismus, Heterosexismus, der Altershierarchie, u.ä. basieren, manchmal eines hervorhebend, manchmal gemeinsam. So reproduziert das Patriarchat immer wieder die sexuellen, kulturellen, sozialen, religiösen und ethnischen Unterdrückungs-, Ausbeutungs- und Ausgrenzungsmechanismen. Eine daraus entstandene Klasse entwickelt ihre Herrschaft auf der Basis der patriarchalen sozialen, kulturellen und politischen Struktur.

Das Patriarchat beinhaltet alle histori-

schen Eigenschaften der Herrschaftskultur. Ausgrenzung, Verleugnung, Diskriminierung, abhängig machen, Verschwörung, Ausbeutung, Assimilation, Normalisierung, Einhämmern, Einsperren, Unterdrückung, Rehabilitation, Marginalisierung, Erziehung, nackte Gewalt und Vernichtung sind typische Herrschaftsformen der patriarchalen Gewaltkultur.

Das patriarchale System verdinglicht die Natur.

Das Patriarchat hat den Menschen gegen die Natur gestellt und ihn ihr entfremdet. Nach dieser Sichtweise sieht sich der Mensch im Zentrum des Lebens und betrachtet alle Lebewesen in der Natur nicht als eigenständige Subjekte mit Willen und Rechten, sondern als Werkzeuge zu seinen Diensten. Seinen Verstand benutzt er für seine Herrschaft über die Natur. Das Niveau der Beziehung eines Menschen zur Natur bestimmt aber das Niveau seiner sozialen Beziehungen.

Die patriarchale Politik nährt sich aus dem patriarchalen Verständnis, das in den Traditionen, gesellschaftlichen Institutionen und Werten vorherrscht. Die Bildung von Gegensätzen wie Tier - Mensch, Kind - Erwachsener, Natur - Mensch, arm - reich, homosexuell - heterosexuell, primitiv - zivilisiert, Subkultur - herrschende Kultur, Unterdrückte - Unterdrücker, Minderheit - Mehrheit, schwach - stark, unbewaffnet - bewaffnet, krank - gesund, hässlich - hübsch, schwarz - weiß, uninformiert - informiert, unbegabt - begabt, verrückt - schlau, und ähnliche entwickelte und vor der Gesellschaft angeeignete Herr-

schaftskultur bieten einen reichhaltigen Nährboden für patriarchale Politik.

Das Fundament des patriarchalen Systems wird in der Familie gestärkt.

Die patriarchalen Herrschaftsverhältnisse und die Gewaltkultur werden in der Familie als kleinster soziologischer Einheit reproduziert. Obwohl die Familie von der Gesellschaft heilig gesprochen und ihre Bedeutung für die Sozialisation permanent betont wird, hat sie im Grunde genommen die Funktion, die Einzelnen voneinander zu isolieren, sie zu marginalisieren und zu individualisieren. Die Institution der Familie, deren Existenz ständig durch Begriffe wie Misstrauen und Angst genährt und gesichert wird, ist eigentlich der Bereich, in dem die gesellschaftlichen Hierarchien und Geschlechterrollen permanent reproduziert werden. Die Familie wendet Beziehungsmethoden an - ein Auge zudrücken, abhängig machen, vorziehen, das Gefühl für Privateigentum stärken, die Angst verstärken - wodurch eigentlich die Vergesellschaftung der Individuen behindert und die patriarchale Kultur eingepägt wird. Die Funktionsweise und der Geist der herrschenden gesellschaftlichen Institutionen werden völlig auf die Familie übertragen. Was als Sozialisation benannt wird, bedeutet eigentlich die Gewöhnung der Individuen, besonders der Kinder, durch die Familie an die patriarchalen Verhältnisse und Institutionen. All dies geschieht unter dem Vorwand der Liebe. Diese zwanghafte Liebe basiert nicht darauf, das geliebte Wesen zu achten und seine Existenz zu respektieren, sondern es einzugrenzen. Die Familien-

und Verwandtschaftskultur wird auf alle in der Familie anerzogenen sozialen Beziehungen übertragen. Dort, wo Gefangenschaft herrscht, wird die Liebe getötet. Unsere Ablehnung der Familie gilt nicht für die Individuen einer Familie, sondern für die Art ihrer Beziehungen untereinander. Wir denken, dass die Flucht vor der Familie weder die grundlegendste Institution der Familie selbst noch das Patriarchat verwandeln kann.

Frauen sind mitschuldig am Patriarchat.

Das Patriarchat ist nicht nur das Werk der Männer. Auch wenn die Frauen eigene Widerstandsformen entwickeln, haben sie sich dem System angepasst und sind von patriarchalen Verhältnissen geformt. Das Patriarchat hat bei der gesellschaftlichen Organisation der sexuellen Ausgrenzung die Frauen nicht nur rücksichtslos ausgeschlossen, sondern der Inhalt des Frau-Seins wurde durch Symbolisierung, Heiligsprechung, Instrumentalisierung, Objektivierung gefüllt. Genauso wie das Patriarchat das Verhältnis Kultur - Natur aufbaut, konstruiert es eine ähnliche Beziehung durch die Identifizierung der Frau mit der Natur. Deshalb ist das Männliche genau wie auch das Weibliche ein Produkt der patriarchalen Kultur. Diese Kultur beinhaltet auch Einflüsse des Widerstands.

Wir befinden uns in einer Blütezeit des Patriarchats.

Der auf der ganzen Welt herrschende und auch als „Neue Weltordnung“ bezeichnete globale Kapitalismus, der sich durch die Überwindung nationaler Grenzen neu strukturiert, entspricht der entwickeltesten Phase des Kapitalismus. Dabei befindet sich die Welt unter der Herrschaft einer kleinen Minderheit. Diese bietet Wissenschaft im Dienst der Gewalt an: die Entdeckung neuer Energiequellen, die Nutzung der nuklearen Energie durch die Spaltung des Atoms, die enorme Entwicklung im Kommunikationsbereich, die neuen Erfindungen in Chemie und Biologie, die sogar die Möglichkeit der Kontrolle über die Gene und der technischen Revolution

bieten, die Spezialisierung bei den Gewaltmitteln zur Effektivierung der Gewaltanwendung. Auch die Erfahrungen aus der Herrschaftskultur von Tausenden Jahren und aus den Kämpfen gegen verschiedene Freiheitsbewegungen haben das Patriarchat weiter gestärkt.

Der gesellschaftliche Wille ist zentralisiert wie nie zuvor. Trotz seiner differenzierten Erscheinung zentralisiert sich das Patriarchat weiter, bindet jedes Teil



Pinar Selik

Foto: DIHA

durch spezielle Methoden an sich und gibt ihm eine Funktion. Z.B. werden Grenzen ständig neu bestimmt und die Überbleibsel der alten Arbeitsteilung beseitigt. Andererseits verwirklichen verschiedene politische und wirtschaftliche Kräfte diverse Projekte, um die Welt neu zu ordnen. Dementsprechend werden neue regionale Bündnisse geschlossen; nationale und internationale Sektoren, Parlamente und ähnliche alte Staatsorgane werden neu strukturiert, die Privatisierung wird vorangetrieben, Städte neu gebaut und durch die Informationstechnologie wird die Welt von einem Herrschafts- und Ausbeutungsungeheuer umschlossen. Die Informationskanäle bestimmen den Kreislauf der Wörter und bauen jeder Dynamik vor, die sich

potentiell frei entfalten könnte; in diesem Rahmen entsteht ein neuer Menschentypus ohne eigenen Willen und abhängig von der Technologie. In der heutigen Epoche werden wir bis in unsere Zellen kontrolliert.

Die Lebensbereiche und die Gefühle werden ausgebeutet. Der Wandel in Produktion, Konsum, Politik, Justiz, Ideologie, Kultur, usw. bringt räumliche und soziale Veränderungen mit sich. Mit der technischen Revolution wurden die Beziehungen in den Finanz-, Telekommunikations-, Industrie-, Unterhaltungs- u.ä. Sektoren neu geschaffen. Die Zugehörigkeit zum Staat und zu einer Stadt wird aufgehoben; obgleich religiöse und ethnische Gruppierungen scheinbar die Tagesordnung bestimmen, werden auch sie gespalten, dadurch entsteht eine neue Basis für die Ausbeutung: der Mensch selbst. Das Patriarchat unterwirft den Menschen inkl. seines Wesens, durch die Kastrierung seiner Gefühle werden all seine Lebensbereiche ausgebeutet, nicht nur im Produktionsprozess.

Das patriarchale System hat den Menschen gefangen genommen wie noch nie zuvor. Es gibt keinen Fluchort mehr; kein Wald, in dem frei geatmet wird, keine Insel, auf der das Leben neu entdeckt werden kann. Auch die Auswechslung der Herrschenden wird uns nicht die Freiheit bringen. Es muss die Herrschaftskultur, das patriarchale System auf der Basis der Gewalt verändert werden.

Deshalb haben wir uns zusammengefunden.

Die Eigenschaften des türkischen Patriarchats

„Pferd, Weib, Waffe...“

Die heutigen Eigenschaften des türkischen Patriarchats verschmelzen verschiedene Männlichkeitsformen aus Tausenden von Jahren. Deshalb sind seine Stützen, Quellen und Wurzeln sehr stark, darunter auch die islamischen Motive.

Die herrschende türkische Politik

institutionalisiert sich seit ihrer Entstehung in verschiedenen Männlichkeitsformen und -symbolen. Wie alle spät sesshaften Völker stützte sich die Existenz der Türken auch auf ihre inneren patriarchalen Strukturen und Werte, und auch ihre politischen Institutionen haben darauf gebaut. Der Staat ist mit dem „Vater“ identifiziert worden; die Machthaber im Staat sind die stärksten Vertreter der gesellschaftlichen Männlichkeit.

Im türkischen Patriarchat ist die Sexualität ein Herrschaftsbereich.

Die Männlichkeit stärkt sich durch Sexualität, kann Privateigentum haben, nimmt den Partner gefangen. Deshalb sind Vergewaltigung, Verschleppung und Einsperren in den Harem für den Staat die wichtigsten Kriegs- und Herrschaftsmethoden. Es herrscht der Glaube, dass der sexuelle Angriff gegen alle Wesen, nicht nur gegen die Frauen, die Macht stärkt. Die türkische Herrschaft, „bis in ihre Zellen männlich“ und „Playboy“, führt einen Entmachtungskrieg gegen alle Lebewesen in ihrer Umgebung, mal tatsächlich, mal verbal.

Die nicht sesshafte Lebensweise hat von Beginn an auf eine militärische Politik orientiert. Zu Beginn der gesellschaftlichen Organisation und auch später haben Plünderung und Raub, die Basis der türkischen Wirtschaft, die politische Institutionalisierung zum Kriegssystem verwandelt. Die Struktur des türkischen Staates ist die einer Kriegsorganisation. Auch der soziale Bereich ist eine Teilorganisation hinter der Front.

Die türkische Moderne begann in den Kasernen, auch ihre Verbreitung basierte auf patriarchaler Propaganda und Traditionen, alte Werte bildeten den Inhalt neuer Identitäten. Das republikanische Regime hat ein vollkommen militärisches und männliches Erbe übernommen. Die zentrale Abhängigkeit der Gesellschaft, die keine neue Dynamik erzeugte, von der politische Herrschaft blieb genau wie sie war, die politischen und gesellschaftlichen Werte sind scheinbar männlich weiter verflochten.

Die türkische patriarchale Politik ist sammlerisch. Das türkische Patriarchat verneint die Freiheit anderer Lebewesen, es verleugnet sie. Alle Individuen

und alle gesellschaftlichen Gruppierungen unter seiner Herrschaft versucht es ihm ähnlich werden zu lassen. Dafür nimmt es gefangen, wenn nötig, erzieht um, kastriert und stellt in seinen Dienst. Auch die Herangehensweise an die Frauen basiert darauf.

Die Art und Weise und der Stil, die mit „Männlichkeit“ gleichgesetzt werden, gelten in den politischen und sozialen Beziehungen als Tugend. Stark sein, Herrscher sein, „mit-einem-Schlag-Umwerfer“, „Augapfel-des-Feindes-Rausreißer“, „Rächer“ sein, „nicht-ertragen-können“ werden in der türkischen patriarchalen Kultur hoch geschätzt. Das legitimiert das Bandentum, die Mafia und die Kriegslust.

Die im Schatten der Waffen geschaffenen Symbole werden nicht nur in der staatlichen Politik, sondern auch im Alltag immer wieder benutzt. In der Türkei werden die geringsten sozialen Fragen mit Fahnen, Hymnen und „Allah-Allah“- Geschrei angegangen.

Die Kompliziertheit der Widersprüche verlangt nach radikalen Lösungen.

Anatolien und Mesopotamien, in denen das Patriarchat sehr stark ist und auch die Widersprüche kompliziert geworden sind, verlangen nach Lösungen.

Wir sind für tiefe Revolutionen.

„wenn es einen umfassenderen Begriff als die Revolution gäbe, hätten wir ihn benutzt“ (Firestone)

Wir sind nicht für eine, sondern für viele Revolutionen. Unter „Revolution“ verstehen wir nicht den Umsturz der Herrschaft. Wir bezwecken vielseitige Revolutionen, die gesellschaftliche Umwandlungen ermöglichen und alte Widersprüche aus Tausenden von Jahren lösen.

Wir suchen nicht blutige, sondern radikale Revolutionen. Bevor nicht mit



KATAGI - Frauen gehen aufeinander zu

Foto: DIHA

dem Patriarchat abgerechnet wird, sind sowohl in der Politik als auch in den gesellschaftlichen Institutionen radikale Veränderungen unmöglich. Andererseits muss die Veränderung des Patriarchats auch radikal sein, weil es tief verwurzelt ist. Deshalb nennen wir die Veränderungen, für die wir eintreten, „tiefe Revolution.“

Gegen jegliche Herrschaft sagen wir Freiheit.

Gegen die patriarchalen Herrschaftssysteme ist unsere grundlegende Forderung die Freiheit. Wir verstehen unter Freiheit nicht eine begrenzte vorbestimmte Situation. Die Freiheit entwickelt sich auf der Basis einer Lage, einer Tatsache und einer Wirklichkeit. Sie hat in sozialen, politischen, kulturellen, psychischen und körperlichen Bereichen unterschiedliche Bedeutungen. Deshalb ist der Kampf für die Freiheit nicht einseitig, sondern vielseitig. Der physische Wille kann den Menschen gegen die Bedingungen bis zu einem gewissen Punkt frei machen. Das heißt aber nicht, dass dieser Mensch frei ist. Auch die erkämpften Rechte im Bereich der Kultur können dem Individuum kulturelle und sprachliche Freiheiten gewähren, aber dasselbe Individuum kann in fürchterlicher Klassen- oder sexueller Versklavung leben oder sich in der Zange der Traditionen und Gewohnheiten befinden. Außerdem beeinflusst jede Sklaverei auch die anderen Beziehungen. Z.B. spiegelt sich das Beziehungsniveau einer Frau mit einem Mann in all ihren Beziehungen. Auch für die unterdrückten Völker existiert nicht nur die kulturelle Unterdrückung, sondern auch ökonomische, auf der Basis der Klassenzugehörigkeit, politische, religiöse, u.a. Jede Art der Sklaverei nährt eine andere, ebenso wie jede Freiheit die Freiheit in anderen Bereichen fördert. Das heißt, es gibt keinen Moment der absoluten Freiheit. Jede Freiheit ist relativ; wird eine Sklaverei überwunden, beginnt eine andere. Deshalb gilt für jeden Menschen, wie auch für die Gesellschaften, nicht einen bestimmten Freiheitsgrad zu erreichen, sondern sich in einem permanenten Freiheitsprozess zu bewegen. Befreiung ist ein nie enden-

der Prozess der Erleichterung. Die Permanenz gewährt die nötige Konzentration für freiheitliche Sprünge. Das ist ein endloser Kampf.

Es ist nun unmöglich, dass ein plumper Freiheitskampf erfolgreich ist gegen die neue Weltordnung, die die Sklaverei immens verfeinert hat. Wenn wir die Freiheit nicht tiefer analysieren und entwickeln als jemals zuvor, ist es unmöglich dieses System umzustürzen. Ein eindimensionaler Revolutionskampf, der unser Leben eingrenzt, die Eigenheiten der Widersprüche nicht erkennt, der nicht in der Lage ist, die gesellschaftlichen Dynamiken als Ganzes zu analysieren und sich deshalb aufgrund deterministischer Erwartungen entwickelt, kann kein mehrdimensionales Ausbeutungsnetz zerstören. Für ein glückliches und gehaltvolles Leben müssen wir das reiche und komplexe Verhältnis Mensch - Mensch und Mensch - Natur analysieren. Wenn wir die Probleme aus Tausenden von Jahren von neuem betrachten, wenn wir unsere Epoche verlassen und die Geschichte der Menschheit als Ganzes sehen und aus dieser Perspektive revolutionäre Projekte entwerfen, die auf den gemeinsamen Problemen der Menschheit basieren und nicht vom Leben abgekoppelt sind, können wir die Zange, in der die Menschheit steckt, aufbrechen und aus der modernen Unterdrückung unserer alten und müden Welt ausbrechen. So können wir die immer stärker werdende Herrschaft vom Fundament her zum Wanken bringen.

Die Männer-Herrschaft vieldimensional zu hinterfragen ist die Aufgabe eines jeden Freiheitsliebenden, aber die Avantgarde werden nicht die Männer, sondern die Frauen bilden. Beim Geschlechterwiderspruch, als dem grundlegendsten Widerspruch, ist die Frau die Unterdrückte. Außerdem leiden die Frauen mehr unter allen Formen der patriarchalen Gewalt. Bei diesem Widerspruch wird die Herrschaftskultur durch den Mann reproduziert. Aufgrund seiner verinnerlichten Rolle in dieser Herrschaftskultur kann der Mann bei Infragestellung und Umwandlung des Patriarchats nicht die Avantgarde

bilden. Die Frauen haben ein größeres Interesse an dessen Umwandlung. Da sie nicht zu den Gründern des Systems gehören und im Allgemeinen nicht in die Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden, können die Frauen das System, seine Ausläufer und die gesellschaftliche Situation von Frauen und Männern genauer hinterfragen.

Wir halten uns fern von der traditionellen Politik, die das Patriarchat aufrechterhält. Das Patriarchat hat die Politik durch Entfremdung vom gesellschaftlichen Leben in einen reinen Herrschaftskampf verwandelt. Die Übernahme der Herrschaft durch andere Klassen hat das Patriarchat nicht geschwächt, im Gegenteil, das Patriarchat wurde stärker. Denn die Gesellschaften blieben weiterhin willenlos. Wir bemühen uns darum, statt um traditionelle klassische Politik, die Hindernisse für Gesellschaftspolitik zu beseitigen und damit den Weg für die gesellschaftliche Umwandlung frei zu machen.

Wir machen Politik, damit wir fühlen, dass wir existieren. Die patriarchale Politik ermöglicht keine Fröhlichkeit, Freiheit und Lebenslust. Und jetzt werden sowohl die Herrschaft, die Entfremdung, als auch das Unglück wieder stärker; sie umzingeln den Menschen bis zur Erstickung. Für unsere Existenz müssen wir, auf der Basis des Verständnisses einer breiten Freiheit gegen die tiefen Sklaverei-Verhältnisse, die Politik neu definieren und daraus Politik betreiben. Wir verstehen unter Politik die Gründung und Verwirklichung des Lebens.

Unsere Bewegung ist keine Reaktions- und Protestbewegung. Wir streben eine aktive Politik an, die die Tagesordnung bestimmt. Durch das Aufdecken verborgener Widersprüche beabsichtigen wir die Realisierung von Projekten, die eine gesellschaftliche Umwandlung ermöglichen.

Da wir das Prinzip vertreten, dass „das Private politisch ist“, sagen wir, dass es sich um eine politische Haltung handelt, nicht nur im öffentlichen, sondern auch im privaten Bereich gegen jegliche Auswüchse des Patriarchats

Stellung zu beziehen. Deshalb muss kein Widerspruch dem anderen geopfert werden, ein unbeachteter Widerspruch kann eine Hauptnahrungsquelle des Patriarchats sein. Aus diesem Grunde treten wir für eine differenzierte Betrachtungsweise gesellschaftlicher Widersprüche ein.

Autonomie ist eines unserer Grundprinzipien.

Das heißt, dass wir keine organische Verbindung mit einer patriarchalen Partei eingehen und es nicht zulassen werden, dass sie Einfluss auf unsere Entscheidungsprozesse nehmen.

Wir treten für offene demokratische Beteiligung und Transparenz ein. Die patriarchale Politik basiert auf Verdeckung und nicht Kontrolle. Wir denken, aus welchem Grund auch immer entsprechend zu handeln, dem Patriarchat dienlich sein wird.

Den Pragmatismus halten wir für illegitim. Die Zweck-Mittel-Beziehung betrachten wir als eine ineinander greifende Einheit.

Nicht durch Gunst oder Ernennung, sondern nach gemeinsamen Entschei-

dungen erfolgt unsere Arbeitsteilung. Wir sind nicht zusammengekommen, um irgendwelche Gruppen, Stammesstrukturen oder Familien zu stärken, sondern um mit der alten Politiktradition zu brechen. So ist unser Ziel nicht das Gruppeninteresse, sondern die Etablierung demokratischer und partizipativer Beteiligung. Demnach kann es keine Fürsprache oder Ernennung in unserer Arbeit geben.

Wir halten den Informationsaustausch in allen Bereichen der Politik für wichtig. Wir treten ein für eine Politik, die sich immer wieder reproduziert, verändert, überdenkt und hinterfragt. Der Austausch der Informationen zwischen verschiedenen Bereichen wird die Transparenz, das Hinterfragen und das Überdenken erleichtern.

Wir arbeiten nicht hierarchisch, sondern nach Differenzierung der Verantwortlichkeit. Die Politik gegen das Patriarchat kann nicht mit seinem Produkt, der Hierarchie, verwirklicht werden.

Wir beziehen klar Stellung gegen die Bewegungen und Parteien, die patriarchale Politik immer wieder reproduzieren. Aber wir sind gegen Gewaltanwendung und jegliches Verbot gegen sie. Zu

diesen Gruppierungen nehmen wir eine kritische Haltung ein und streben einen Diskussionsprozess an.

Wir wollen die Politik wieder mit dem Leben zusammentreffen lassen. Dieses Zusammentreffen kann nicht allein durch soziale Organisation stattfinden. Wenn die Politik mehrsprachig und vieldimensional sein soll, muss der Bruch zwischen Politik und Kultur, Kunst und Philosophie durch verschiedene Aktivitäten überwunden werden.

Unser Bündnisverständnis

KATAGI tritt mit allen Gruppen, Strukturen und Organisationen in ein Aktionsbündnis ein, die gegen verschiedene Unterdrückungs-, Ausbeutungs- und Herrschaftsformen des Patriarchats kämpfen. Sie ist der Ansicht, dass das Zusammenkommen der Erfahrungen aus verschiedenen Unterdrückungsformen nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch die Weltanschauung erweitert und sowohl quantitativ als auch qualitativ zur Stärkung beiträgt.

Die Art unseres Zusammenkommens

Statt quantitativer Erweiterung beabsichtigen wir, unsere Tätigkeiten zu vertiefen.

Frauen, die dem Manifest zustimmen bzw. die Grundprinzipien des Manifests annehmen, können in ihren Interessens- und Spezialgebieten innerhalb der KATAGI arbeiten.

Männer können die Arbeit unterstützen und von unseren Tätigkeiten profitieren, ohne an Entscheidungsprozessen teilzunehmen.



Der Weg zum vierten Frauentreffen ist mit Tüchern bedeckt

Foto: DIHA

Baskenland: Das Verbot gegen Batasuna

Sie haben uns unsere Stimme geraubt

Interview mit Maria Miguez, ehemaliges Mitglied von Batasuna

Bei den Regionalwahlen 1998 entfielen 17,9 % der Stimmen im Baskenland auf Batasuna, eine linke, baskische Partei, die sich seit Jahren für ein Referendum einsetzt, in dem die baskische Bevölkerung selbst über ihre Zugehörigkeit zum Spanischen Staat entscheidet. Am 25.08.2002 wurde ein Verbotungsverfahren gegen Batasuna eingeleitet. Ihre Jugendorganisation SEGI ist bereits verboten - so wie verschiedene baskische Menschenrechtsorganisationen, Zeitungen und eine Radiostation. Die Partei hatte es versäumt, sich explizit von den Anschlägen der ETA zu distanzieren. Verfassungsexperten halten ein Verbot, das auf einem eigens kreierten „Unterlassungs-Vergehen“ beruht, für hoch problematisch. Obwohl das Verfahren noch läuft, wird das Verbot bereits in aller Härte umgesetzt. Es ist ein weiteres Beispiel dafür, wie das Argument „Kampf gegen den Terrorismus“ fast überall in der westlichen Welt dazu genutzt wird, den Abbau von und Verstoß gegen Bürgerrechte zu „legitimieren“.

Maria Miguez, die bereits vor zwei Jahren im Baskenland-Buch porträtiert wurde, war Mitglied der offiziell nicht mehr existierenden Partei. Die Zeitschrift „Wir Frauen“ traf Maria im Oktober im spanisch-baskischen Zaldibia.

Was hat sich seit dem Verbotungsverfahren gegen Batasuna verändert?

Ich kann heute nur als Privatperson, als Baskin mit dir sprechen. Die Organisation, in der ich mich engagiert habe, existiert nicht mehr. Sie gilt heute als illegal und wird als terroristisch denunziert. Unser Gemeinderat in Zaldibia besteht also nur noch aus Privatpersonen, ohne Parteizugehörigkeit. Die Parteibüros wurden geschlossen, wir dürfen uns nicht mehr versammeln und nicht mehr zu Demonstrationen aufrufen. Batasuna war wichtig für die Menschen im Baskenland, sie ermöglichte ihnen, ihre Anliegen auf politischem Wege zu artikulieren. Auch und vor allem die Jugendlichen sind davon schmerzhaft betroffen. Tausende von Menschen haben ihre Stimme verloren. Dies bedeutet den totalen Zusammenbruch der linken, baskischen Bewegung, die nach einem friedlichen, politischen Weg zur Lösung des Konfliktes gesucht hat. Auf diesem Weg wurden wir jetzt weit zurückgeworfen. Wir sehen keine Perspektive im bewaffneten Kampf und wissen nicht, wie es jetzt weitergehen soll. Der Konflikt hat sich verschärft, die Spannung und die Angst sind stärker als je zuvor. Ich fühle mich wie geknebelt, meiner Stimme beraubt.

Zugleich hat sich die Repression gegen die baskische Bevölkerung verschärft. Wir fühlen uns erinnert an die Situation in Chile nach dem Sturz Allendes. Auch dort wurde plötzlich wieder alles möglich. Die Menschen haben zu Anfang nicht glauben können, was ihnen da widerfährt, in welcher Härte die Diktatur agiert. Wer heute im Baskenland die baskische Fahne aus dem Fenster hängen hat oder gar ein



Marie Miguez

Foto: Wir Frauen

Zeichen von Batasuna, macht sich eines Vergehens schuldig. 15-jährige werden bei Demonstrationen verhaftet und angeklagt, weil sie ein Transparent tragen oder ein Flugblatt verteilen. Auch mein 16-jähriger Sohn hat eine Anklage erhalten. Es kommt vor, dass Angehörige der Guardia Civil wie hier nach Zaldibia in die Dörfer kommen, die Leute zusammentreiben und sie zwingen, sich mit erhobenen Händen und dem Gesicht zur Wand aufzustellen. Man hält ihnen einen Gewehrlauf in den Rücken und zwingt sie, faschistische Lieder zu singen. Hier im Dorf wurde kürzlich ein Mann von der Guardia Civil aus seinem Haus geschleift. Sie zogen ihm eine schwarze Kapuze über den Kopf, fesselten seine Hände mit Kabeln und nahmen ihn mit. Später stellte sich heraus, dass sie seinen Bruder gesucht hatten.

Die aktuelle Situation betrifft mich in vielerlei Hinsicht: als ehemaliges Mitglied einer nicht mehr existierenden Partei, als Baskin, als Mutter. Ich habe große Angst. Ich fühle mich ohnmächtig, weil mir auf umfassende Weise die Freiheit genommen wurde. Man muss

aufpassen, was man überhaupt noch sagt, denn man kann ohne Begründung verhaftet und ohne Anklage festgehalten werden - für Tage, Wochen oder Monate. Wir müssen hier erst wieder lernen, damit umzugehen und neue Wege finden, uns zu äußern und zu bewegen. Wie damals unter der Franco-Diktatur. Nach Franco haben wir ein Stück bürgerlicher Demokratie erlebt. Auch wenn sich personell, in den Apparaten der Polizei und Justiz z.B., nicht viel verändert hatte. Dass wir dieses Stück Demokratie nun wieder verloren haben, können wir noch gar nicht fassen. Es ist, als müssten wir den „Chip“ in unserem Kopf auswechseln, einen Schalter umlegen.

Die Angst aus den Zeiten Francos ist wieder da. Ich kann nicht mehr gut schlafen und schrecke auf, wenn nachts um drei ein Auto vorbeifährt. Oder wenn ich auf dem Weg zur Arbeit an einem Wagen der Guardia Civil vorbeifahren muss. Ich habe meinen Urlaub abgesagt, weil Freunde mir dazu geraten haben. Ich wäre im Flughafen für einen kurzen Moment mit der Guardia Civil allein gewesen. Das kann schon zu viel sein.

Madrid hat die baskische Bevölkerung zu Terroristen erklärt. Wir kennen dieses Muster aus vielen Kriegen. Erst wird jemand zum alleinigen Schuldigen am Konflikt erklärt, immer wieder, in endloser Wiederholung. Zugleich wird den Angeklagten die Stimme genommen. Sie finden in der Weltöffentlichkeit kein Gehör, die Medien berichten einseitig. In unserem Fall heißt das: im Interesse von Madrid. Was ist über unsere Situation bekannt, außer, dass wir kein Spanisch sprechen und keine Spanier sein wollen? So werden Kriege vorbereitet. Das haben wir im Krieg gegen Afghanistan gesehen und erleben es heute in der Vorbereitung des Krieges gegen den Irak.

Könntest Du am Beispiel von Zaldibia verdeutlichen, für welche Politik Ihr steht?

Die Möglichkeiten einer kleinen Gemeinde wie Zaldibia (1.700 EinwohnerInnen) sind begrenzt. Aber wir nutzen unseren Spielraum bei der Verteilung unseres Haushalts. Wir orientieren

uns stark an sozialen Kriterien und engagieren uns für den Schutz der Umwelt (Anmerkung: die Anti-Atomkraftbewegung z.B. ist im Baskenland sehr stark).

Wir haben zwei Arbeitsplätze in unserer Gemeindegänge geschaffen. Gegen einen jährlichen, kleinen Beitrag kann jeder die Küche nutzen, um hier mit seiner Familie, seinen Freunden zu kochen und zu feiern. Die beiden Frauen, die hier angestellt sind, kochen mittags für die Schulkinder. Damit werden die Familien entlastet. Auch die große Sportanlage ist eine Gemeinschaftseinrichtung, die von allen jederzeit genutzt werden kann.

Der Erhalt der baskischen Kultur und Sprache ist ein ganz wichtiger Aspekt für uns. In diesem Sinne investieren wir in die Schul- und Erwachsenenbildung (Anmerkung: Die baskische Sprache gilt als die älteste Sprache Europas).

Und noch etwas liegt uns am Herzen: die Integration der ImmigrantInnen hier in Zaldibia. Die Integration derjenigen, die aus dem spanischen Staat hierher kommen, verläuft absolut unproblematisch. Vielleicht aufgrund unserer Erfahrungen haben wir großen Respekt vor anderen Nationen, ihren Lebensweisen und Symbolen. Ich kenne niemanden mit Ressentiments gegen SpanierInnen und auch nicht gegen ihre Fahne. Wir wehren uns dagegen, gegen unseren Willen zu Spaniern gemacht zu werden, gegen das Verbot unserer Fahne und den Zwang, die Symbole des Spanischen Staates zu übernehmen. Das ist ein großer Unterschied.

Schwieriger ist die Situation einer Gruppe von Immigranten aus Marokko, die hier in Zaldibia leben. Sie sind zu einem festen und einflussreichen Bestandteil unserer Gemeinde geworden, haben von der Zentralregierung in Madrid aber teilweise noch keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Wir unterstützen sie dabei, ihren Status zu legalisieren, indem wir die Möglichkeiten unserer Gemeinde ausschöpfen. Das heißt, wir stellen ihnen Dokumente aus, die einer Aufenthaltsgenehmigung in Zaldibia gleichkommen und ihnen ermöglichen, unsere kostenlose Gesundheitsversorgung zu nutzen, die Schule zu besuchen etc.. Darüber hinaus

unterstützen wir die Gruppe finanziell. Das ist eine unserer Formen, internationale Solidarität zu praktizieren.

Seit 6 oder 7 Jahren gehen 1,2 % des baskischen Haushaltes an Projekte in Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Chiapas... Wir arbeiten jedoch nicht mit NGO's zusammen, sondern fragen die Betroffenen vor Ort, wofür sie das Geld verwenden wollen. In Nicaragua z.B. unterstützen wir ein Untersuchungsgefängnis, in dem es an sanitären Einrichtungen fehlt. Das ist natürlich nicht gerade ein Prestige-Projekt. Wer die Zustände dort gesehen hat, weiß aber, wie wichtig das ist. Nicaragua ist ja auch so ein Land, das in den Medien nicht mehr existiert.

Die Organisation, die diese Haushaltsgelder verteilt, ist bemerkenswert: In ihr arbeiten alle Parteien des Baskenlandes zusammen, konservative wie linke, unabhängig von ihren mitunter großen Differenzen untereinander. Allen Parteien ist klar, dass die internationale Solidarität darunter nicht leiden darf.

Auch diese Arbeit wird nun schwieriger. Ich zeichne für diesen Fond, meine Unterschrift taucht also dabei auf. In den letzten Wochen wurde ich deshalb in der spanischen Presse immer wieder namentlich bezichtigt, den „bewaffneten Kampf der ETA im Ausland“ zu unterstützen. Das ist vollkommen absurd. Ich habe mich immer wieder und in aller Deutlichkeit gegen den bewaffneten Kampf ausgesprochen. Ich glaube nicht an ihn und sehe in ihm keine Perspektive. Zugleich habe ich keine Möglichkeit, mich gegen diesen Rufmord zu wehren. Eine Gegendarstellung in der baskischen Presse? Ich fürchte, dass würde alles noch schlimmer machen.

Wie erklärst Du Dir das Ausmaß der Repression durch den Spanischen Staat?

Weißt du, warum Frauen unter Franco verboten war, sich scheiden zu lassen? Franco argumentierte: Wenn Frauen dazu das Recht hätten, dann würden sich ja alle Frauen scheiden lassen. Es sind vermutlich die gleiche Angst und Geisteshaltung, die den Spanischen Staat motivieren, eine Art von politi-

schem Machismo und Überlegenheitsdünkel. Die Argumente ähneln sich: Du bist mein Eigentum, ich erlaube dir nicht, unabhängig zu werden. Hinzu kommen die Drohungen: Du wirst dich nicht allein versorgen können, deine wirtschaftliche Kraft reicht nicht aus, du wirst vollkommen schutzlos sein. Und wenn all das nichts nutzt, dann bleibt noch der Mord. Es ist ein großes Problem im Spanischen Staat, dass immer wieder Frauen von ihren Expartnern verfolgt und ermordet werden. Das erleben wir nun hier auch auf politischer Ebene.

Als Baskin will ich nicht mehr und nicht weniger als das Recht, mich zu entscheiden, in welcher Beziehung ich zum Spanischen Staat leben möchte. Es gibt viele Modelle: Unabhängigkeit, Föderation, ein Teil des Spanischen Staates bleiben... Hierin ist sich die baskische Bevölkerung nicht einig. Wir wollen nicht mehr als die freie Wahl, ein Referendum. Damit wir frei atmen können. Aber das sieht die Spanische Verfassung nicht vor.

Als es um die Unabhängigkeit von Estland, Lettland und Litauen ging, gab es keine solchen Diskussionen in der westlichen Welt. Der Zusammenbruch der Sowjetunion wurde begrüßt, er ermöglichte den kapitalistischen Nationen, ihre Einflussphäre auszudehnen. Aber eine Unabhängigkeitsbewegung mitten in Europa, die stellt das Selbstbild in Frage.

Nationale Befreiungsbewegungen werden in Teilen der deutschen Linken mit Skepsis beäugt. Was würdest Du darauf antworten?

Das ist nachvollziehbar im Hinblick auf die deutsche Geschichte und den Nationalsozialismus, der sich aus einem ungeheuerlichen Überlegenheitsdünkel speiste.

Die Baskische Befreiungsbewegung ist dagegen mit den Befreiungsbewegungen in Lateinamerika und Afrika verwandt, mit den Kämpfen gegen die Kolonialmächte. Die an solchen Kämpfen beteiligten Kräfte bündeln natürlich eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen, auch weniger fortschrittliche, bürgerlich-nationale. Dennoch kann man

meines Erachtens grundsätzlich zwischen defensiven und offensiven Nationalismen unterscheiden. Die baskische Bevölkerung hatte zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Großmächts- oder Kolonialinteressen.

1986 gab es im Spanischen Staat ein Referendum zum Verbleib in der NATO. Nur im Baskenland stimmte die Bevölkerung mit einer großen Mehrheit gegen die NATO-Mitgliedschaft. Ein hoher Anteil der baskischen Jugendlichen verweigert sich dem Militärdienst und geht dafür ins Gefängnis. Ein kleines Volk von 2,6 Mio. Menschen, mit ausgeprägt antimilitaristischer Gesinnung - solche Querdenker kann der Spanische Staat nicht dulden.

Deshalb werden wir zu Terroristen erklärt.

Wie würdest Du die Situation insbesondere der Frauen im Baskenland beschreiben?

Wie in allen kriegerischen Situationen sind Frauen besonders hart betroffen, gerade weil sie Frauen sind, und mitunter auch als Mütter. Es sind vor allem die Mütter, welche die baskische Sprache an ihre Kinder weitergeben.

Die Menschen in Europa sehen meist in die Ferne, in die islamischen Länder und kritisieren dort die Unterdrückung der Frauen. Gerade in Konfliktsituationen wie hier im Baskenland zeigt sich jedoch, wie weit wir in Europa tatsächlich sind. Den Baskinnen und Basken, die verhaftet werden, drohen Isolationshaft und schwere Folter. (Anmerkung: Zudem werden die politischen Gefangenen in der Regel und wider dem Strafvollzugsgesetz in Gefängnisse weit außerhalb des Baskenlandes gebracht. Besuche werden dadurch erheblich erschwert. Oft erfahren die Angehörigen erst bei ihrem Besuch, dass der/die Gefangene verlegt wurde. Daher lautet eine Forderung, die auf vielen Plakaten im Baskenland zu lesen ist, die politischen Gefangenen ins Baskenland zu verlegen.) Zur „obligatorischen“ Folter kommt für Frauen noch die sexuelle hinzu. Als politisch denkende und handelnde Frau bin ich also auch in Gefahr, vergewaltigt zu werden.

Hinzu kommt meine Angst als Mut-

ter. Auch den Jugendlichen hat man durch das Verbot der Jugendorganisation ihre Stimme genommen. Sie werden besonders hart verfolgt. Das Strafrecht für Jugendliche wurde verschärft und viele Fälle von Vandalismus werden nun als „terroristische Akte“ behandelt. Einem Jugendlichen, der ein Mädchen vergewaltigt, drohen 4 Jahre Haft. Zündet er einen Papierkorb an, erhält er 12 Jahre. Ich weiß, dass es Jugendlichen schwer fällt, ihre Impulse zu kontrollieren - welche Alternativen kann ich ihnen aufzeigen?

Was wünschst Du Dir für die Zukunft?

Ich hoffe, dass die Menschen außerhalb des Baskenlandes nicht vergessen, dass Lügen nicht wahrer werden, wenn man sie ständig wiederholt. Dass sie die Informationen, die sie über die Medien erhalten, hinterfragen, im Bewusstsein, dass ihre Meinungen manipuliert werden, um Kriege und Repressionen zu rechtfertigen, und dass wir nun keine Stimme mehr haben, um selbst zu sprechen. Ich hoffe, dass sie aufmerksam verfolgen, was hier im Baskenland, in Gefängnissen und auf Polizeistationen geschieht. Das Baskenland ist nah, es liegt mitten in Europa - sie sollten herkommen und selbst sehen.

Wir bedanken uns bei Melanie Stütz, die das Interview führte, und der Zeitschrift 'Wir Frauen' die uns dieses Interview zur Verfügung stellten.

Zum Weiterlesen:

- Gerd Schumann, Florence Hervé: Baskenland. Frauengeschichten - Frauengesichter. Berlin 2000. Porträts in Wort und Foto durch die Geschichte und von heute und - nicht nur - literarische Spezialitäten aus dem Baskenland.
- Unter info@antifakomitee.de kann beim Antifaschistischen Komitee Duisburg ein Infopaket bestellt werden.
- Josef Lang: Das baskische Labyrinth Widerstand und Unterdrückung in Euskadi. Frankfurt am Main 1983.

Demokratie auf spanische Art

Vom Bündnis Euskal-Herritarrok

Die Regierung der Volkspartei (PP) unter José María Aznar bereitet die politische Diskussion und die spanische Legislative auf das Verbot unserer politischen Partei Batasuna vor. Dies ist der Gipfel in einer Situation, in der schon die minimalen Grundlagen der Demokratie völlig missachtet wurden.

Es ist kein Zufall, dass diese Entscheidung genau in dem Moment getroffen wurde, in dem die Präsidentschaft der EU in den Händen der PP liegt, und dass es zur selben Zeit passierte, in der Batasuna ihren Vorschlag für Frieden und die Lösung des Konflikts unterbreitete. Wir sollten uns erinnern, dass die Regierung der PP bereits 1996 versuchte, die politische Gruppierung Herri Batasuna zu illegalisieren; genau zu der Zeit, als der politische Lizarra-Garazi-Prozess stattfand mit dem Ziel, ein Szenario für Frieden und Selbstbestimmung zu schaffen. Diese Entwicklung dauerte fast zwei Jahre an und wurde trotz des Waffenstillstands der ETA von den Medien und auf politischer Ebene von Madrid zerstört. Die Mehrheit der sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Kräfte, die an diesem Prozess teilhatten, wurden kriminalisiert. Sogar ein ETA-Vertreter in den Gesprächen mit der spanischen Regierung wurde verhaftet und ein weiterer Militanter jener Organisation, J. L. Geresta, außergerichtlich exekutiert.

Die Ergebnisse dieses Versuchs, Herri Batasuna zu kriminalisieren, waren einerseits die Gefangennahme der nationalen Führung der Partei - eine Situation, die beinahe zwei Jahre andauerte - und andererseits die Bildung des Euskal-Herritarrok-Bündnisses, das nicht nur Herri Batasuna ersetzte, sondern deren politische und soziale Basis erweitern konnte.

Heute sind die Ziele von José María Aznar dieselben: Batasuna zu illegalisieren, so dass unser Bündnis weder bei der kommenden Wahl im Juni 2003 noch bei der Europawahl 2004 antreten kann. Damit soll der für die Unabhängigkeit eintretende und sozialistische politische

Ausdruck illegalisiert werden, der heute mehr als 800 gewählte VertreterInnen vorweisen kann: Ratsmitglieder, Bürgermeister, Abgeordnete, sogar einen Abgeordneten im Europäischen Parlament und mehr als 250.000 Wahlstimmen (von 2 Millionen).

Wir sollten uns auch daran erinnern, dass die spanische Regierung der PP sich bemühte, Batasuna in eine Liste „terroristischer Organisationen“ aufnehmen zu lassen, die nach den Anschlägen des 11. September in den USA zusammengestellt worden war. Allerdings ohne Erfolg, da sie in Europa keine politische Gruppierung verbieten konnte, die in zwei Mitgliedsstaaten der Union wie Frankreich und Spanien legal arbeitet.

Diese Aktivitäten der PP-Regierung reihen sich in weitere politisch-juristische Initiativen ein, die zur Schließung der Zeitung Egin, des Radiosenders Egin Irratia und der Zeitschrift Ardi Beltza sowie zur Illegalisierung von Organisationen wie Gestoras Pro-Amnestia und Askatasuna oder der Jugendorganisationen Haika oder Segi führten. Der berühmte Fall 18/98 unter Richter Garzon beinhaltete weitere juristische Schritte gegen soziale Organisationen wie die ABK, die das Recht auf Selbstbestimmung verteidigt, die AEK, die mit Erwachsenenbildung in baskischer Sprache befasst ist, oder die Josemi-Zumalabe-Stiftung, die zivilen Ungehorsam unterstützt und weitere soziale Bewegungen. Die Rechtsverletzungen im Baskenland erreichen ein Ausmaß, dass wir nicht davon sprechen können, in einer Demokratie zu leben, sondern eher in einem Ausnahmezustand, wo sogar Folter zu den üblichen Praktiken gehört, wie es von Amnesty International und dem EU-Anti-Folter-Komitee und im jüngsten Bericht von N. Rodtley, dem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Folter, festgestellt wurde.

Aus diesen Gründen gehen wir davon aus, dass es das Ziel der PP und Jose Maria Aznars ist - neben der Auslöschung der baskischen zivilen und politischen

Unabhängigkeitsbewegung und der Verletzung der grundlegendsten demokratischen Rechte - ein demokratisches Szenario in Euskal Herria zu verhindern, in dem die baskische Bevölkerung unter demokratischen Bedingungen und gleichberechtigt, abgesichert durch das Recht auf Selbstbestimmung, frei über ihre Zukunft entscheiden kann.

Die soziale, gewerkschaftliche und politische Mehrheit der BaskInnen hat gezeigt, dass sie die Initiative Jose Maria Aznars ablehnt, weil offensichtlich die Illegalisierung von Batasuna in keinem Fall eine positive und politische Lösung des Konflikts in Euskal Herria fördert und nur die Verlängerung der derzeitigen Situation garantiert.

Trotz allem hat Batasuna entschieden, keinen Millimeter von ihrem politischen Weg abzuweichen, weder in die Berge noch in den Untergrund zu gehen, sondern weiter daran zu arbeiten, dass ganz Euskal Herria in Richtung einer friedlichen Lösung fortschreitet. In diesem Zusammenhang unterbreitete Batasuna am 27. April ihren politischen Vorschlag „Euskal Herria Eraikitzen“ („Das Baskenland aufbauen“), in dem ein Modell für die demokratische Entwicklung vorgestellt wurde.

Jede Baskin und jeder Baske ist sich im Klaren darüber, dass die Franco-Diktatur die baskische Frage nicht loswerden konnte, ebenso wenig wie der spanische Präsident Suarez oder Gonzales mit dem Aufbau der GAL (schmutziger Krieg); und auch Jose Maria Aznar wird in zwei Jahren das politische Feld verlassen, ohne seine Ziele erreicht zu haben.

Wir rufen aus diesem Grund die internationale Gemeinschaft auf, die politische Lösung des baskischen Konflikts zu erleichtern, soweit es ihr möglich ist, und die Annahme der neuen politischen Maßnahmen der PP zu verhindern, die einen bedeutenden Teil der baskischen Gesellschaft vom politischen und parlamentarischen Spektrum ausschließen will.

Hoffnung für Hasankeyf

Von Nick Brauns

Für die antike mesopotamische Stadt Hasankeyf besteht wieder Hoffnung. Noch vor einem Jahr sah es so aus, als würde dieses einzigartige Kulturerbe der Menschheit in den Fluten des Tigris untergehen. Durch den Bau des Ilisu-Staudammes sollte im Rahmen des Südostanatolienprojektes GAP der mit 313 Quadratkilometern größte Stausee der Türkei geschaffen werden. Neben der Vernichtung unschätzbare archäologischer Kulturgüter hätte der Staudambau die Zerstörung von rund 70 Dörfern und die Vertreibung von 36.000 Menschen bedeutet.

Viele Kurden sahen die drohende Überflutung Hasankeyfs im Zusammenhang mit der Verleugnung ihrer Kultur durch die Türkische Regierung. So hängen Bilder der antiken Stadt, die als nationales Symbol gilt, in vielen kurdischen Wohnzimmern.

Da sich die Türkei weigerte, völkerrechtlich bindende Abkommen mit den betroffenen Nachbarstaaten Irak und Syrien, die ebenfalls vom Wasser des Euphrat und Tigris abhängen, einzugehen, versagte die Weltbank jegliche Unterstützung. Finanziert werden sollte das Mammutprojekt vor allem mit europäischen Geldern.

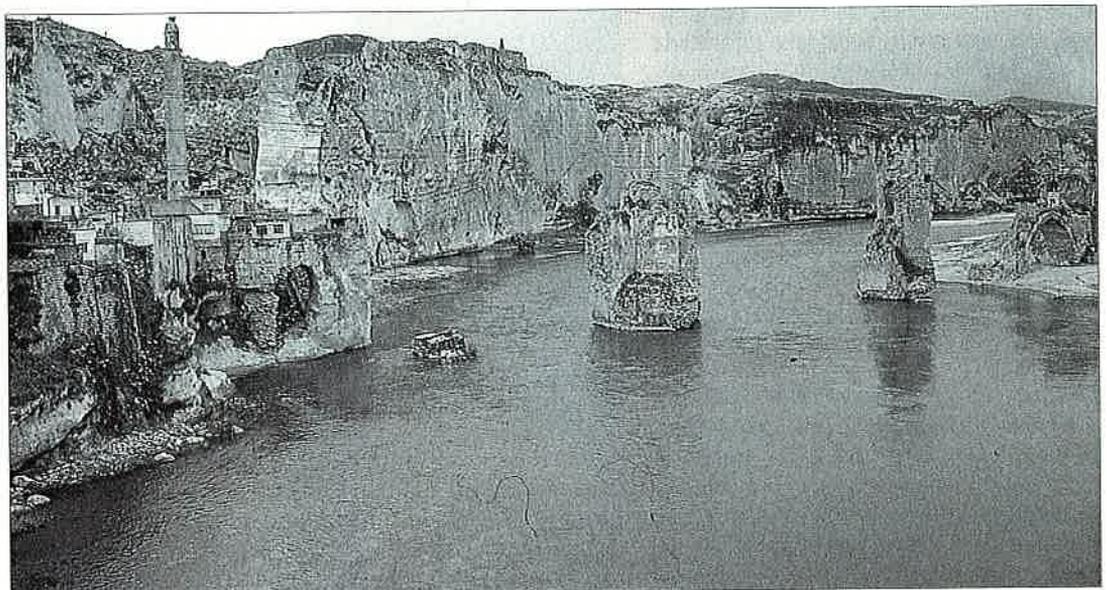
Inzwischen haben sich fast alle beteiligten Firmen und potentiellen Geldgeber zurückgezogen. So erklärte im November 2001 die bri-

tische Firma Balfour Beatty ihren Ausstieg und Ende Februar 2002 verkündete die Schweizer Großbank UBS ihren Rückzug aus dem Projekt aufgrund der verheerenden Folgen für die Menschen und die Umwelt in der betroffenen Region. Auch aus Italien und weiteren Ländern gab es Absagen.

Die deutsche Bundesregierung war von der Ravensburger Firma Sulzer um eine Hermes-Bürgschaft von 150 Millionen DM angefragt worden. Gegen die Vergabe dieser Kredite hatten Menschenrechtsgruppen wie medico international, WEED, der Verband der StudentInnen aus Kurdistan YKK und die Deutsch-Kurdische Gesellschaft e.V. im Jahr 2000 die Kampagne „Let's Save Hasankeyf“ durchgeführt. Bundesweit wurden vor allem an Universitäten Fotoausstellungen, Podiumsdiskussionen,

Unterschriftensammlungen und Konzerte durchgeführt und das Medienecho war bemerkenswert. Die PDS brachte mehrere Anträge und Anfragen im Bundestag sowie dem zuständigen Ausschuss ein.

Nun war die Kampagne, die von Menschenrechtlern, Umweltschützern und Archäologen gleichermaßen getragen wurde, endlich von Erfolg gekrönt: Es wird keine deutschen Hermes-Bürgschaften zum Bau des Ilisu-Staudammes in Türkisch-Kurdistan geben. Das erklärte die Ministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit Heidemarie Wiczorek-Zeul bereits am 1. September 2002 auf dem Weltgipfel in Johannesburg gegenüber einem Korrespondenten der Mesopotamischen Nachrichtenagentur. Mitte Oktober bestätigte Frau



Der Dicik in Hasankeyf

Foto: A. Bender

Wieczorek-Zeul diese Zusage mündlich. Allerdings liegt bis heute keine schriftliche Stellungnahme des Ministeriums vor, da die Bundesregierung wohl hofft, sich stillschweigend aus der Affäre zu ziehen, ohne die türkische Regierung zu verärgern.

Dagegen verwies der Petitionsausschuss im Bundestag, dem eine formelle Petition mit Tausenden von Unterschriften gegen die Vergabe der Hermes-Bürgschaften vorlag, im Oktober 2002 in einem Schreiben an medico international darauf, dass die Petition bei der Bundesregierung, den Fraktionsführungen der Parteien und den zuständigen Ministerien außerordentliche Beachtung gefunden habe.

Der Entschluss der Bundesregierung dürfte - nach dem Rückzug fast aller anderen Beteiligten an dem Projekt - das Aus für den Bau des Ilisu-Staudammes und die Rettung für Hasankeyf bedeuten.

Das in der Provinz Batman 30 Kilometer vom geplanten Ilisu-Damm entfernt liegende Hasankeyf ist die älteste erhaltene obermesopotamische Stadt. Schon vor 10.000 Jahren lebten entlang des Tigris Menschen, wie die archäologischen Funde in Tausenden von Höhlen, von denen einige bis heute bewohnt sind, beweisen. Überragt wird die Stadt von der in den Felsen gebauten Festung, von der sich auch der Name der Stadt Hisn Kayfa - „Felsenburg“ - ableitet. Eine Nebenstrecke der berühmten Seidenstraße führte durch Hasankeyf. Noch heute künden die gigantischen Pfeiler einer von den Aturkiden erbauten Steinbrücke aus dem Mittelalter von der strategischen Bedeutung der Stadt. Eine der ältesten Münzprägereien der Welt befand sich in Hasankeyf. Eine Vielzahl von Zivilisationen hat die Stadt in ihrer vieltausendjährigen Geschichte gesehen. Byzantiner, Perser, Araber, Turkmenen und Osmanen herrschten hier unter anderem. Im fünften Jahrhundert war die Stadt Sitz eines nestorianischen Bischofs und noch heute leben viele Christen in der Umgebung.

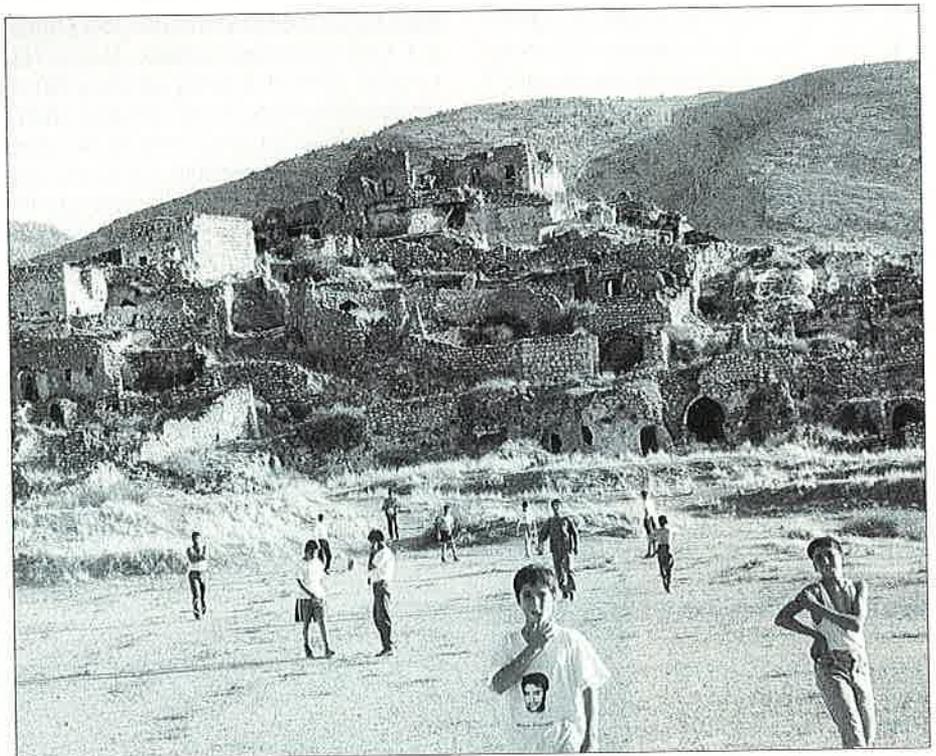
Dass die Bewohner von Hasankeyf der Zukunft wieder hoffnungsvoller

entgegenschauen können, ist schon beim Gang durch die Stadt zu spüren. Die in den letzten Jahren laufenden Vertreibungen aus der Stadt und den umliegenden Dörfern - mal mit Drohungen und Gewalt, mal mit Versprechen und Bestechung verbunden - haben aufgehört. Kein Geheimpolizist folgt mehr misstrauisch jedem Besucher der antiken Stätten. Stattdessen werden Touristen willkommen geheißen. Der steile Aufstieg zur Felsenburg wurde mit neuen Stahlgerüsten abgesichert. Kleine Kinder, an umgehängten Ausweisen als offiziell zugelassene Fremdenführer erkennbar, stehen mit Broschüren über die Geschichte der Stadt bereit. Und entlang des Tigris warten strohgedeckte Fischlokale auf Besucher.

Fröhliches Kindergeschrei ertönt auch über dem Burgberg von Hasan-

keyf. Der große Platz neben der zerfallenen Moschee und dem islamischen Friedhof ist zum Fußballfeld geworden. Es ist wieder Leben in die eben noch dem Tode geweihte Stadt eingekehrt.

„Let's save Hasankeyf“ - angesichts des oftmals schlechten Zustandes der jahrhundertealten Bauwerke behält diese Parole ihre Gültigkeit. So, wie inzwischen mit internationalen Finanzhilfen die historischen Stadtmauern von Diyarbakir restauriert werden, ist zu hoffen, dass bald auch das Kulturerbe von Hasankeyf gesichert wird.



Hasankeyf

Foto: Nick Braun

Für das Überleben der 'oral culture'

Von Erdal Alcipinar

Der Sänger Delil Dilanar hat seine neue Kassette „Ji bo Biranina Dengbej Huseno“ seinem verstorbenen Onkel, dem Dengbej Huseno, gewidmet. Auch stilistisch richtet er sich nach dessen Kunst: Dengbej (wörtlich: Stimmerzähler) ist nämlich nicht nur ein Ehrentitel, sondern eine Berufsbezeichnung, die Ausübende der alten Tradition des geschichtenerzählenden, d.h. epischen Volksgesangs bezeichnet. Höchste Zeit dafür, findet Delil Dilanar, denn diese vom Aussterben bedrohte Form der oralen Kultur ist bisher kaum in Tonaufnahmen festgehalten worden.

Delil Dilanar stammt aus einer Musikerfamilie. 1973 kam er im Dorf Cukurbas bei Mus als eines von 10 Kindern zur Welt. Mit ihm unterhielten wir uns über seine neue Kassette, die er zu Ehren seines verstorbenen Onkels Dengbej Huseno aufnahm.

Was veranlasste Sie dazu, diese Kassette ihrem Onkel Dengbej Huseno zu widmen?

Ich nahm diese Kassette zu Ehren meines vor eineinhalb Jahren verstorbenen Onkels Dengbej Huseno auf, da er für mich ein sehr wertvoller Mensch war, den ich zu seinem Todestag auf würdige Weise ehren wollte. Mir ging es vor allen Dingen darum, die Wärme in seiner Musik einzufangen und dazu ein der Dengbej-Kunst angemessenes Konzert zu geben, und zwar soweit möglich vor dem gesamten Volk. Gemeinsam mit anderen Künstlern hatten wir ein derartiges Projekt im Sinn, das jedoch unseren Möglichkeiten nach nur schwer zu verwirklichen gewesen wäre.

Mein Onkel wurde, wie auch die

anderen Dengbejs geehrt, geliebt und gehört. Auf jedem meiner Konzerte wurde mir dieses von den Menschen bestätigt. Wie kann also meine Arbeit eine Bereicherung des Volksgesangs, des Dengbejtums darstellen? Zum Beispiel hat das Publikum an jemanden, der aus einer Dengbejfamilie stammt, recht klar umrissene erwartungshaltungen, die mit den Namen der bekannteren Verwandten verbunden sind. Sie fragten sich sicherlich, welcher Art von Musik ich mich in Europa widmen würde, dem modernen Pop oder dem legendären Rock?

Was veranlasste sie dazu, sich der Tradition der Dengbej zuzuwenden?

Diese Tradition zu lieben lehrten mich ein wenig die Freunde vom Mesopotamischen Kultur Zentrum MKM in Istanbul, welches ich 1994 aufsuchte. Diejenigen von ihnen, die sich mit Dengbej-Gesang beschäftigten, waren der Meinung, dass meine Stimme für diese Gesangsart geeignet wäre. Anfangs hatte mich vor allem die politisch geprägte Protestmusik (özgün müzik) beeinflusst, denn um uns herum fand eine revolutionäre Entwicklung statt, unter deren Einfluss viele Menschen standen. Der Dengbej-Gesang galt da eher als sehr altmodisch. Dennoch kam mit der kurdischen Nationalbewegung auch der Wert des traditionellen Volksgesangs der Dengbej-Art - und damit die Notwendigkeit, ihn lebendig zu halten - zunehmend zum Vorschein. Denn unsere eigentliche Geschichte ist in diesen Volksgesängen versteckt, wird in ihnen reflektiert. Wir alle wissen, das ansonsten so gut wie nichts Niederge-

schriebenes über uns existiert. Die Ausbeutung unserer Nation und die Tatsache, dass unsere Werke in die Hände von Ausbeutern gefallen sind, führte dazu, dass kaum schriftliche Zeugnisse mehr existieren. Wenn du keine niedergeschriebene Literatur oder Geschichte hast, wo suchst du dann deine Quellen? Wie es auch bei vielen anderen Völkern der Fall ist, überlieferten uns die älteren Menschen durch ihren Volksgesang unsere Geschichte und damit unsere Realität. So gaben die Väter ihre Geschichten an ihre Söhne weiter und diese wiederum an uns. Auf diese orale Weise wurden uns die Geschichten um Memo und Zin, Siyabend und Xece etc. überliefert.

Wie haben Sie mit Musik angefangen?

In den 90ern wurde ich in Istanbul am MKM ernsthaft mit Musik vertraut gemacht. Zuerst spielte ich Saz, doch nach 6 Monaten fing ich bei der Gruppe Koma Rojhilat als Sänger an. Ab 1996 trat ich dann Solo auf. Nach einer Zeit verließ ich das MKM und ging nach Russland.

Was prägte ihren Entschluß, nach Russland zu gehen?

Ich kann Russland für mich als einen Neuanfang bezeichnen. Russland war für mich aufgrund seiner kurdischen Sänger und ihrer Balabans (eine Art Baritonflöte), die wir schon als Kinder im Radio Eriwan hören konnten, ein bewußt gewählter Aufenthaltsort gewesen. Der zweijährig Aufenthalt dort eröffnete mir neue Horizonte. Ich hatte

Gelegenheit, die von mir so bewundern yezidischen und moslemischen Volksänger/Dengbejs kennenzulernen. Am prägendsten war für mich die Bekanntschaft mit Agite Cimo und dem in Erivan lebenden kurdischen Dengbej Qelile Abdullah. Mit Agite Cimo verbindet mich eine zweijährige Zusammenarbeit auf der Bühne. Dies entfachte in mir eine neue Liebe, die Liebe zum Balaban. Ich nahm dieses Musikinstrument, das ich schon immer bewundert hatte, langsam in die Hand und begann zu spielen.

Teils wurden recht einfache, spärliche Arrangements für den Dengbej-Gesang gewählt, teils aber wurde die Musik wohl auch für materielle Interessen instrumentalisiert.

Einige Interpreten singen Stücke nach ihren eigenen Vorstellungen, ohne die Gefühle der Dengbej zu kennen. Wenn wir die alten Dengbej nicht annehmen wissen, werden wir diese Kunst nicht in die Zukunft tragen können, und das wäre ein Verrat an dem Anspruch, ein Dengbej-Sänger zu sein. Wir können heute die Dengbej-Stücke ohne eigene Interpretation, ihren Kern schützend, instrumental unterfüttert vortragen. Dengbej wurde zu kommerziellen Zwecken missbraucht, da erkannt wurde, dass die Menschen diese Musik hören wollen. Es ist allerdings ein Irrtum anzunehmen, dass man ein Dengbej-Stück singen könnte, ohne seinen Inhalt zu verstehen. Es gibt sehr schöne Stücke, die die Menschen bezaubern. So gibt es Stücke über Lebensgeschichten, die wahr sind. Zur Zeit scheint es, als ob es keine klassischen Stücke gibt, die wir später auch noch hören werden. Die literarische, inhaltliche und interpretative Bedeutung der Stücke, die ich in meiner Kassette zusammengetragen habe ist groß.

Sie sagten zur Zeit scheint es, dass es keine klassischen Stücke gibt, die man auch später noch hören könnte. Was ist der Grund dafür?

Wir haben allgemein ein recht oberflächliches Verhältnis zur Musik, die wir oft mit blossen Slogans auffüllen oder

mit z.B. Liebesgeschichten, die zumeist nichts mit der Realität zu tun haben. Weil die Jugend rhythmische Lieder mag, fühlen wir uns verpflichtet, rhythmische Stücke zu machen, die sich auf der Ebene des „ich liebe dich“ bewegen. Das ist ein großer Irrtum. Ich habe mich nicht danach gerichtet. Menschen, die Karriere machen wollen, haben Dengbej nach solchen Erwartungen interpretiert. Aber diejenigen, die um die eigentliche Bedeutung von Dengbej wissen, die die kurdische Folklore und Literatur kennen und darzustellen versuchen, haben sich davon nicht beirren lassen. Auf meine Konzerte kommen auch Menschen, die in Europa groß geworden sind und Kurdistan nie gesehen haben. Einige Stücke erzählen über Verrat und das tragische Ende von Liebesbeziehungen unter feudalen Verhältnissen. Auch Stücke über Aufstände gegen die damaligen despotischen Herrscher sowie über den Reichtum der kurdischen Sprache und Literatur kommen vor.

Auf Ihrer Kassette singen Sie auch ein Stück mit ihrem Onkel. Welchen Unterschied gibt es beim Singen zwischen Ihnen und Ihrem Onkel?

Ein Stück, das mein Onkel vor Jahren gesungen hat, kann ich nicht so vortragen wie er, weil die ältere Generation ihre Stimmen selbständig ausgebildet hat. Die Art, wie sie ihren Kehlkopf einsetzen, ist einzigartig. Diese Art des Kehlkopfesanges ist meines Erachtens bei anderen Völkern nicht zu finden. Genau das macht ja die Besonderheit des Dengbej aus. Der Unterschied zwischen der kurdischen Musik bzw. dem Dengbej und europäischer Musik liegt unter anderem darin, dass wir unsere Historie im Gesang ausdrücken. Ähnliches tun auch andere Völker. Heute wird überall auf der Welt Popmusik gemacht, ihr rhythmischer und melodischer Aufbau sind fast immer gleich, egal in welcher Sprache die Lieder gesungen werden.

Welche Rolle spielt Musik in der kurdischen Kultur, insbesondere bei heutigen Jugend?

In der letzten Zeit sind einige Künstlerfreunde von mir in Sorge darüber, welchen Musikstil sie entwickeln müssen, um die heutige Jugend anzusprechen und von ihnen gehört zu werden. Sie haben unsere eigentliche Realität, den Dengbej, verleugnet. Ich habe meine Kassette zum Andenken an den Dengbej Huseyno gemacht, aber eigentlich habe ich sie für alle Dengbejs gemacht und werde in Zukunft für andere Dengbejs ähnliche Arbeit machen. Es ist wichtig, den Dengbej in die neue Generation zu tragen. Es gibt nur noch einige wenige, sehr alte Dengbej-Sänger, wie wollen die jungen Menschen diese Tradition am Leben halten? Es reicht nicht aus, ein-zwei Kassetten herauszubringen, wenn man den Dengbej gerecht werden will. Es geht vielmehr darum, neue Werke zu schaffen, die in die Geschichte eingehen, die noch nach Jahren gehört werden.

Werden Sie an Ihrem bestehenden Musikstil festhalten oder können Sie sich vorstellen, etwas anderes auszuprobieren?

Ich möchte mich in diesem Stil professionalisieren. Die Musik, die ich mache, muß in erste Linie mich erfüllen. Sie soll sich in einer Tradition verankern, die von differenzierten Gefühlen und Gedanken durchdrungen ist. Ich möchte der eigentlichen kurdischen Volksmusik neue Werke hinzufügen, den kurdischen nationalen Kampf mit seiner schönen Sprache, seiner anspruchsvollen Literatur und seiner bedeutungsvollen Gefühlen mit eigener Interpretation zur Sprache bringen und den Dengbej weiterführen. Nach meiner zweiten Kassette werde ich zum Andenken an Sakiro, Reso und andere ältere, noch lebende Dengbej aus den Gebieten Serhat, Botan und Erivan deren Stücke aufnehmen. Ich habe vor, ihre Werke, die sie uns anvertraut haben, mit meinem Musikverständnis auf einer Kassette zu veröffentlichen, die ihnen würdig sein soll.

Abdullah Öcalan: „Vom sumerischen Priesterstaat zur Demokratischen Zivilisation“

Das Zeitalter der Demokratie

Von Oliver Kontny

Abdullah Öcalan legt mit seinem neuen Buch den Versuch einer Kritik der Zivilisation vom Bau des Ziggurats bis zum Einsturz des World Trade Centers vor.

Als sich im Lateinamerika der siebziger Jahre eine geistige wie praktische Bewegung herausbildete, die religiöse und kulturelle Vorstellungen der armen Bevölkerung mit radikalen Ideen sozialer Befreiung verband, war nicht nur eine bis dahin undenkbare Kreuzung von Marxismus und Theologie entstanden, sondern gleichzeitig ein authentischer Beitrag eines geschundenen Kontinents der Peripherie zu global diskutierten Konzepten menschlicher Emanzipation. Ein konkreteres Verständnis der Realität Lateinamerikas sollte ebenso als ein Korrektiv verdogmatisierter eurozentrischer Gesellschafts- und Geisteswissenschaften dienen, wie eine um es bereicherte zeitgenössische Theoriebildung zum Aufbrechen rückständiger Vorstellungswelten beitragen sollte.

Ähnliches gelingt für den Mittleren Osten mit Abdullah Öcalans Versuch einer systematischen Zivilisationskritik, wie er ihn in seinem zweibändigen Werk „Vom sumerischen Priesterstaat zur Demokratischen Zivilisation“ vorlegt. Das Werk erschien im Oktober 2001 zunächst in Istanbul und Anfang 2003 soll der erste Band in deutscher Übersetzung auf den hiesigen Markt gebracht werden. Es handelt sich dabei um den Text, den der PKK-Gründer und jetzige KADEK-Vorsitzende im Rahmen seines Beschwerdeverfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verfasst und vorgelegt hat. In seiner Isolationszelle auf der Marmarainsel Imrali hat Öcalan für die

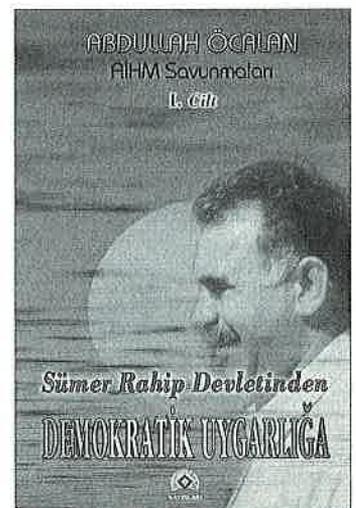
kurdische Bewegung eine authentische Denkweise formuliert, in der sich Geschichtsphilosophie und Geistesgeschichte zu einer neuen Sozialtheorie vereinen. Damit meldet sich der Mittlere Osten genau zu der Zeit mit einer originären Stimme zum Diskurs über die Zukunft der Menschheit, als er den Notwendigkeiten der Globalstrategien scheinbar unbrembarer Mächte entsprechend gerade zum Feindbild der westlichen Zivilisation überhaupt erklärt wird.

In jeder Hinsicht versucht Öcalan, eine eigene Sprache zu entwickeln - und zwar so eigen, dass sie für westliche LeserInnen manchmal schwer zu verstehen ist. So habe er seine Gedanken zu einer allgemeinen „Analyse der Zivilisation“ ausgebaut, ohne die weder seine eigene Verhaftung, noch die kurdische Frage im Allgemeinen zu verstehen seien: „Da die Bedingungen, die zu meiner Verhaftung führten, und die Kräfte, die sie durchführten, die der hegemonialen Mächte der zeitgenössischen Zivilisation sind, musste ich logischerweise auch eine Verteidigung von entsprechender Beschaffenheit vorlegen.

[...] Es ist in erster Linie eine Verteidigung ... des Ostens gegen den Westen, ... mit der ich mich an ein Forum des demokratischen Rechts wende, um Worte vorzubringen, die hier im Namen der Völker der Erde ausgesprochen werden sollten.“ Ein Kapitel dieser „Verteidigung“ ist unter dem Titel „Europäisches Recht und kurdische Frage“¹ bereits in deutscher Sprache erschienen. Kürzlich wurde auch unter dem Titel „Wege zu einer Lösung der kurdischen Frage“² ein weiteres Kapitel aus dem Buch veröffentlicht, das sich mit praktischen Vorschlägen zu einer Lösung der

kurdischen Frage in allen vier Staaten beschäftigt, denen je ein Teil der traditionellen kurdischen Siedlungsgebiete angehören.

Das vorliegende Werk erhebt den Anspruch, die theoretischen Grundlagen des viel diskutierten Strategiewechsels anzufordern. Von Anfang an war es der Bewegung um ein Zerschneiden des Status quo des Mittleren Ostens gegangen - schon als sie noch aus ein paar kurdischen und türkischen Studenten in Ankara bestand, die sich Mitte der siebziger Jahre um Abdullah Öcalans Ideen versammelten. Ihr Ziel war eine sozialistische Union des Mittleren Ostens, deren erster Schritt in der Beendigung der Unterdrückung der KurdInnen in 4 Ländern lag. Für Kemal Pir, türkischen Mitbegründer der PKK, war damals klar: „Die Revolution in der Türkei führt über Kurdistan“. Mit Zusammenbruch des Realsozialismus



Umschlag der türkischsprachigen Ausgabe Foto: Archiv

wurde deutlich, dass dieses Ziel fern von den Dogmen der Bipolarität und ohne die utopische Perspektive der bevorstehenden Weltrevolution verwirklicht werden müsste. Es aber deshalb zugunsten einer Verengung der Zielperspektive auf nationale und kulturelle Rechte für KurdInnen im Status quo des zerstrittenen Staatenverbandes des Mittleren Ostens aufzugeben, war für die PKK keine Konsequenz der neuen Weltordnung. Öcalan geht es vielmehr darum, die politischen Grenzen der mittelöstlichen Staaten unverändert zu lassen, aber den Inhalt der Gemeinwesen, die sie umfassen, radikal zu ändern. Seine Vorschläge zur Lösung der kurdischen Frage sind allein in diesem Kontext zu verstehen.

Oligarchie und Demokratie

Der mit Ende des Ersten Weltkrieges festgelegte Status quo des Mittleren Ostens scheint insbesondere seit dem 11. September stark ins Wanken gekommen zu sein. Aktuelle politisch-strategische Konflikte führt Öcalan auf eine allgemeinere Tendenz der jüngsten Weltgeschichte zurück: „Der aktuelle Widerspruch in diesem Kontext ist ein doppelter. Er entwickelt sich einerseits zwischen den chauvinistischen Inhabern von Nationalstaaten, die sich in moderne Stämme verwandelt haben, und den kosmopolitischen Vertretern des supranationalen Finanzkapitals; und andererseits zwischen allen Völkern und beiden der genannten Mächte. Die protektionistischen Kräfte des Nationalstaates schließen also einerseits ihre Bevölkerungen vor dem bereichernden Einfluss zeitgenössischer Demokratie und technischer Entwicklung weg, und geraten andererseits bezüglich der Globalisierung in Konflikt mit dem supranationalen Finanzkapital. In beiden Positionen spielen sie eine reaktionäre Rolle. Auch wenn noch der Slogan der nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen benutzt wird, der einmal gegenüber dem Imperialismus eine begrenzte Fortschrittlichkeit aufwies, so befinden sie sich angesichts der Tatsache, dass die Bedingungen jener Zeit nicht mehr vorhanden sind, objektiv gesehen in der Position der Vermittler der [ihren Län-

dern zugemessenen] Rolle als Ultrakolonien der übernationalen Ordnung. Drastischer denn je entblößen sie sich im Gegenzug für Brosamen dazu, mit vollen Händen zu verschenken, was dem Volk gehört, sobald sie nur etwas in Bedrängung geraten. Dies ist der Rahmen, in dem sich die Institutionalisierung der Neuen Ordnung zwischen dem Imperialismus des Finanzkapitals und den kollaborationistischen Repräsentanten der Nationen vollzieht.“

Das oft benutzte Schlagwort von der Demokratisierung gewinnt deshalb eine zentrale Bedeutung, weil Öcalan in ihm den Geist unseres Zeitalters erblickt: „Der Zeitgeist ist ein Gemisch aus der allgemeinen Krise der auf Klassengesellschaften beruhenden Zivilisation und ihren Zerfallserscheinungen einerseits und den Merkmalen einer Übergangsphase, in der sich die Identität einer neuen gesellschaftlichen Zivilisationsform herausbildet, andererseits. Obwohl die unterschiedlichen Eigenschaften beider Welten miteinander in großen Schlachten liegen, bringt keine von ihnen die Kraft auf, die jeweils andere zu überwältigen und zu vernichten. Außerdem stünde ein solcher Schwarz-Weiß-Dualismus im Widerspruch zu den Grundgesetzen der Natur. [...] Die Menschheit wird leben, indem sie den Farbenreichtum, den wir aus der Natur kennen, in der Gesellschaft verwirklicht. [...] Zeitgenössische Demokratie stützt sich auf den Reichtum gesellschaftlicher Formen. Es geht also weniger um einen Kompromiss zwischen zwei Extremen, als vielmehr um Respekt vor dem Reichtum an Formen, die eine Gesellschaft historisch durchlebt hat und noch durchleben wird, so dass zeitgenössische Demokratie von ihren Grundprinzipien her als ein System bezeichnet werden kann, in dem all diese Formen sich frei ausdrücken und ausleben können.“

Demokratie dürfe nicht bloß als eine Form der Bestimmung politischer Macht aufgefasst werden, warnt Öcalan. Sie sei vielmehr „ein System, in dem sich alle Teile der Gesellschaft, allen voran die Frau als älteste unterdrückte Klasse und die Kinder frei ausdrücken können. Sie ist ein System, das nicht nur innergesellschaftliche Widersprüche, sondern

auch die wachsenden Widersprüche zur Umwelt durch wissenschaftlich-technische Entwicklung zu begreifen und zu lösen trachtet und bestrebt ist, Veränderung und Wandel unter friedlichen Bedingungen durchzuführen.“ Dementsprechend komme es darauf an, bestehende Konflikte von Gewaltanwendung zu befreien. Für den Mittleren Osten setzt sie zudem eine „mentale Revolution“ voraus, die im Dreischritt einer authentischen Renaissance - Wiedergeburt der zivilisatorischen Werte des Mittleren Ostens -, einer Reform der Religion(en) und einer die Bevölkerung erfassenden Aufklärung besteht, und mit der für ihn eine „Trennung von seiner reaktionären ideologischen Identität und Persönlichkeit“ verbunden sei.

Von der neolithischen Siedlung zum globalen Dorf

Den Hauptteil des ersten Bandes macht eine Auseinandersetzung mit den Errungenschaften, Institutionen und historischen Bewegungsgesetzen von Zivilisation aus, die mit dem Neolithikum im Fruchtbaren Halbmond beginnt. In der gesellschaftlichen Ordnung vor Entstehung der patriarchalen Familie, des Staates, der Sklaverei und der im von Priestern verbreiteten Mythos begründeten Religion sieht Öcalan ein Moment der Menschheitsgeschichte, das unser heutiges Leben mindestens so sehr geprägt hat wie die schriftliche Geschichte der Klassengesellschaft. Aus der neolithischen Gesellschaft geht mit der Etablierung von Patriarchat und Sklaverei der Staat hervor, der von den Sumerern bis zur Gegenwart „wahrscheinlich das älteste unveränderte Werkzeug der Weltgeschichte“ darstelle. Die Entfaltung der Dynamiken von Unterdrückung, Ausbeutung und Gewalt ebenso wie der von Widerstand, zivilisatorisch-kultureller Weiterentwicklung und Freiheitsvorstellungen zeichnet Öcalan in einer farbigen und teils recht poetischen Weise nach, die besonderes Augenmerk auf ebenso originelle wie subtile Interpretationen religiöser und sozialer Bewegungen in der Geschichte des Mittleren Ostens richtet. Die in Kanaan/Palästina entste-

hende monotheistische Religion, der Zarathustrakult, die klassische antike Philosophie, mystisch-naturphilosophische Geheimbünde; Stammeskonföderationen, die sich gegen die frühgeschichtlichen Weltreiche auflehnen, das Urchristentum und der frühe Islam, sie alle werden sowohl in ihrer mentalitätsgeschichtlichen als auch sozialgeschichtlichen Dimension durchleuchtet und als Elemente einer pulsierenden Geschichte des Mittleren Ostens erkannt, der immer schon multikulturell war und der Europa über Jahrtausende hinweg zivilisatorisch gespeist und inspiriert hat. Europas große Erfindung, die der Individualität, mit der die Renaissance gegen religiöse Dogmen und Stagnation verursachende Unterdrückungsformen ankämpft, hat für Öcalan allerdings solch einen Reiz, dass er eben diese Wiedergeburt und aufklärerisch-antidogmatische Reform des Geistes für den entscheidenden Impuls hält, aus dem heraus die heterogenen Völker des Mittleren Ostens ihre eigenen historischen Werte aktualisierend beleben können. Hierin sieht er den einzigen Ausweg aus der Krise, in welcher der Mittlere Osten seit dem ausgehenden Mittelalter verkümmert: „Noch die durch die osmanischen Türken vertretene Form des östlichen Feudalismus drängt den europäischen Feudalismus in die Defensive. Erst mit der Geburt des Kapitalismus kann sich Europa aus dieser Verteidigungsposition retten. Mit diesem Umschlag beginnt eine ununterbrochene und an stetiger Intensität gewinnende Superiorität und Vorherrschaft der westlichen Zivilisation über die Formen der östlichen Zivilisation.“

Mit der Triade von Renaissance, Reformbewegungen und Aufklärung vollzieht Europa den Sprung von Handelskapital und Manufakturwesen (deren Existenz sich tatsächlich bis in die Tage Sumers zurückverfolgen lässt!) zur Errichtung von Fabriken, die mit Dampfmaschinen und später Treibstoffmotoren betrieben werden. Geistes- und mentalitätsgeschichtliche Entwicklungen wie die Entstehung neuzeitlich-philosophischen Denkens und der experimentellen Naturwissenschaften, einer von den Ketten traditionell-dogmatischer Zwänge befreiten Individualität

sowie eines diesseitigen Humanismus sind für Öcalan nicht nur Widerschein der Produktivkräfte, sondern bedingen deren Entwicklung. Neben einer Diskussion der politischen Errungenschaften der europäischen Neuzeit wie der Nationalstaatlichkeit, des Republikanismus, Säkularismus etc. sowie der weltweiten Expansion des kapitalistischen Systems beschäftigt Öcalans Buch sich eingehend mit dessen gegenwärtiger Krise, die für ihn gleichzeitig eine allgemeine Krise der Zivilisation ist:

„Bestand der Widerspruch in der klassischen Epoche des Kapitalismus noch hauptsächlich in der inneren Struktur der Gesellschaft und brachte daher insbesondere Entwicklungen hervor, die sich um die Achse der Frage nach gerechter Verteilung von Gütern drehten, so hat er in der neuen Epoche den Charakter eines Widerspruchs zwischen Natur, Umwelt und allen gesellschaftlichen Regierungsformen angenommen. Hauptverantwortlich für das Anwachsen des Widerspruchs sind die nationalen und internationalen herrschenden Mächte, die technischen Fortschritt aufgrund der Partikulärinteressen ihrer Klasse, ihrer Clique oder gar ihrer Person nicht zum Zwecke einer richtigen Organisation aller Gesellschaften und deren Verhältnisses zur Umwelt nutzen und dazu auch gar nicht in der Lage wären. [...] Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass für das Fortdauern dieser Zustände vor allem anderen die alte Produktionsstruktur und politische Ordnung verantwortlich sind.“ [...] Zwischen den Besitzern oligarchischer Ordnungen, die auf die skizzierte Weise entstehen und untereinander eng verknüpft sind, und der Menschheit besteht also ein umfassender Antagonismus. Die Dimension der Gefahren, die er birgt, liegen auf der Hand. Nicht nur Hunger, Krankheiten und Tote in regionalen Kriegen, sondern auch beinahe schon lebensbedrohliche Umwelt- und Klimaschäden sowie ein seinen Ketten entfleuchter, unkontrollierter Individualismus auf seinem Endspurt zum Animalischen steuern gemeinsam mit dem riesigen Bevölkerungswachstum auf den jüngsten Tag zu.“ Gleichzeitig enthalten die technisch-wissenschaftlichen Revolutionen des 20. Jahrhun-

derts aber ein positives, ja emanzipatorisches Moment: „In Fortsetzung dieser Revolution hat die Informations- und Kommunikationstechnologie die Welt in ein Dorf verwandelt, in dem ein Hirte in den [kurdischen] Bergen und ein New Yorker Businessman potentiell über die gleichen Informationsmöglichkeiten verfügen. Eine umfassende Globalisierung ist täglich 24 Stunden 'on the road'. Die Technologie hat somit einen Sprung weit über die bestehenden gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Strukturen hinaus getan.“

Solange letztere jedoch nicht radikal verändert werden, werden Wissenschaft und Technik zu einem Faktor, der die Menschheit bedroht und das 20. Jahrhundert blutiger und katastrophenreicher machte als die Summe aller vorherigen. „So sehr wir auch von unserem Zeitalter als dem der Information und Kommunikation sprechen, sind in allen Unterbau- und Überbauinstitutionen der Gesellschaft, insbesondere in den politischen Institutionen, Gesetze und Verhältnisse in Kraft, die noch aus dem mythologischen Zeitalter der Sklaverei stammen. Gegen Ende unserer Analyse der kapitalistischen Zivilisation werden wir deutlicher sehen, dass insbesondere jene gesellschaftliche Tradition, deren Zentrum die Institution des Staates besetzt hält, sich seit fünftausend Jahren nicht verändert hat, wohl aber permanent gekräftigt worden ist. [...] Aus diesem Grunde besteht ein fundamentaler Widerspruch zwischen dem Staat, der in der Mythologie, der Religion und der idealistischen Philosophie ideologisch besiegt worden ist, aber seine Existenz als Repressionsapparat noch fortführt, und der Wissenschaft, welche die Gesellschaft nach wissenschaftlichen Prinzipien neu formieren müsste. [...] Das glorreiche Zeitalter der Individualität ist zu einem Zeitalter geworden, in dem triebgesteuerter, verräterischer Diebstahl offizielle Anerkennung und das Interessenskalkül eines immoralischen Individualismus Schutz durch strengste Sicherheitsvorkehrungen erfahren.“

Irrealer Sozialismus

Angesichts der Bedrohlichkeit dieser allgemeinen Krise der Zivilisation ist natürlich die Diskussion um lokale Wege zu einer globalen Alternative zur kapitalistischen Zivilisation umso dringlicher. Die Vorstellung von einem 'Ende der Geschichte' (Fukuyama) lehnt Öcalan ebenso ab wie die von einem 'Konflikt der Zivilisationen' (Huntington). Doch allein schon aufgrund seines Scheiterns an der Praxis kann der Realsozialismus für ihn keine Alternative zum kapitalistischen System darstellen. Historisch resümiert er dessen Schicksal: „Es gelingt [dem Realsozialismus] nicht, eine ihm eigene Persönlichkeit und Verwaltungsform zu institutionalisieren, sondern er geht in Strukturen auf, die den Einrichtungen der herrschenden Klasse ähneln und verfällt dadurch in kurzer Zeit der Degeneration. Was in Antike und Mittelalter mit vielen ähnlichen Bewegungen geschah, nämlich von der je herrschenden Klasse entweder erstickt oder aber assimiliert zu werden, wiederholte sich noch einmal in der Praxis des Realsozialismus.“ Allerdings war die kurdische Bewegung schon vor Jahren zu dem Schluss gekommen, dass dies keine zufällige, sondern eine strukturell bedingte Entwicklung sei und hatte eine entsprechende Sozialismuskritik formuliert, die sich in ausgearbeiteter Form auch im Programm des neugegründeten KADEK wiederfindet. In Öcalans Buch werden jedoch die gemeinsamen Diskussionen aus der Zeit vor seiner Gefangenschaft mit der von ihm ausgearbeiteten Zivilisationskritik in einer Weise verflochten, die eine Alternative konkreter und greifbarer erkennbar machen als je zuvor. Stichwortartig soll dies hier angedeutet werden:

Erstens sei die Theoriebildung bei Marx und Engels zwangsläufig vom mangelhaften Wissensstand des 19. Jahrhunderts ausgegangen, der eine Analyse früher Gesellschaftsformen nicht zuließ und insbesondere über den 'Orient' so gut wie nichts wusste: „Über die Sumerer war noch nicht eine einzige Tonscherbe an Informationen ans Tageslicht befördert worden, und selbst die klassische Antike wurde alles andere

als zutreffend dargestellt. Über die neolithische Gesellschaft gab es weder ernsthafte archäologische Arbeiten, noch theoretische Abhandlungen.“ Darüber hinaus sei im Kampf gegen den bürgerlichen Idealismus auf Grundlage des Wissenschaftsbegriffes des 19. Jahrhunderts die historische Funktion der Religion - ein brennendes Thema gerade für den heutigen Mittleren Osten - reduktionistisch und undialektisch vernachlässigt worden: „Die Theorie Marxens hat der Wissenschaftlichkeit wertvolle Dienste geleistet, doch kommt es mir so vor, als ob seine Auffassung von der ideologischen Kraft an der Wurzel des Staates als bloße Widerspiegelung den ernsthaftesten Mangel und dementsprechend ein Gefahrenpotential seiner Theorie bildete. Das Ganze mit der Bemerkung 'Religion ist Opium' abzutun, als sei das alles ganz hundsgewöhnlich und simpel, scheint mir einer der Hauptgründe für das beharrliche Scheitern des Marxismus an der Praxis zu sein. Meines Erachtens brauchen wir eine Analyse der 'Gotteslehre' mindestens ebenso dringlich wie eine Analyse des 'Geldes' und des 'Staates'. Die sumerische Wirklichkeit zeigt dies auf eindringliche Weise: Um die sumerische Zivilisation zu verstehen, müssen wir ihre Theologie verstehen.[...] Die Mentalitätsstrukturen aller Gesellschaften tragen das Siegel der Theologie. Ohne es entziffern und abkratzen zu können, lässt sich keine positive Gesellschaft auf wissenschaftlicher Grundlage einrichten.“

Zweitens habe sich der Glaube an den Staat als eine heilige Institution seit seiner historisch erstmaligen Entstehung bei den Sumerern über alle je herrschenden Klassen der Weltgeschichte bis zu den „realsozialistischen Revolutionären“ fortgesponnen. Aus dem Wissen der herrschenden Klassen, ohne Staatsapparat nicht einen einzigen Tag überleben zu können, habe sich eine mächtige Tradition der jeweiligen unhinterfragten Übernahme vorgefundener Staatsstrukturen gebildet, die noch in den Versuchen, einen Arbeiterstaat zu errichten, fortgeführt wird: „Dass es aber nichts anderes als Selbstbetrug ist, den Gedanken vom heiligen Staat sowie die Repression und den Arbeitszwang, die wesentliche Grundlagen jedes Staates sind, als

'Diktatur des Proletariats' zu verkaufen, wurde zwar spät, dafür aber umso deutlicher verstanden. [...] Die Diktatur des Proletariats mag wohl vom Wortsinn her mit arbeitenden Menschen etwas zu tun haben, doch jegliche Diktatur ist Ausbeutung, und eine Diktatur auch nur einen Tag fortzuführen heisst, sich zum Werkzeug der Ausbeutung machen zu lassen. Was den sowjetischen Sozialismus zum Zusammenbruch gebracht hat, war sein Irrtum in Bezug auf Staat und Diktatur.“

Damit verbunden ist auch eine selbstkritische Reflexion über den früheren Gewaltbegriff der PKK: „Die eigentliche Quelle der Unzulänglichkeiten und Verirrungen in Ideologie und Aktionsstruktur der PKK der Geburts- und Entwicklungsphase waren ihr Staatsbegriff und die Art der Gewaltanwendung. Die Beziehung zwischen der Diktatur des Proletariats des Sozialismus und der Auffassung von einer auf Gewaltanwendung beruhenden Revolution ist offenkundig. Revolutionäre Gewalt und die Diktatur des Proletariats als ihr institutioneller Ausdruck im Falle ihres Erfolges haben ihren widersprüchlichen Charakter im Realsozialismus offenbart: Sie konnten sich nicht davor bewahren, sich in ein Gewaltmittel des Kapitalismus zu verwandeln.“

Nationale Befreiungsbewegungen, die „von den Zentren des Realsozialismus als Gegenstand der Außenpolitik angesehen wurden“, hätten in den meisten Fällen „qualitativ minderwertigere und degeneriertere“ Staatswesen hervorgebracht, als selbst noch die „Regimes klassischer Kolonialregierungen“ es waren, da sie in Entfremdung von eigener gesellschaftlicher Kraft und Geschichtsbewusstsein eine „second hand-Kopie von klassischem Kapitalismus und Realsozialismus“ zu verwirklichen versuchten. Dementsprechend schwach entwickelt seien demokratische Gesellschaft und zivile Institutionen im Realsozialismus gewesen, obwohl „der Sozialismus selbst eine theoretische Prognose ist, die sich einzig infolge einer umfassenden Demokratisierung verwirklichen kann“.

Drittens ist für Öcalan die Beschäftigung mit dem Individuum eine Voraussetzung für eine sozialistische Gesell-

schaft. Wo es keine Gelegenheit bekommt, die psychische Disposition abzustreifen, die ihm in feudalen und/oder kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen implantiert wurde, kann von einer befreiten Gesellschaft nicht die Rede sein. „Der Realsozialismus aber hat die Individualität als eine negative Folgeerscheinung des Kapitalismus propagandistisch niedergemacht, was dann zu einem völlig rückständigen Zustand in puncto individuelle Rechte führte. Dabei hätte sich der Sozialismus viel intensiver mit diesem Problem auseinandersetzen müssen als der Kapitalismus. [...] Denn der wahre Wert eines Regimes lässt sich am präzisesten durch die Eigenschaften des Individuums charakterisieren, das aus ihm hervorgeht.“ Unverkennbar finden sich in Öcalans Kapitalismuskritik, aber auch in seiner Bemühung, dem Scheitern des Realsozialismus eine Wissenschaft vom 'neuen Menschen und der neuen Gesellschaft' entgegenzusetzen, Parallelen zu Ideen, die etwa Erich Fromm in 'Haben oder Sein' (1976) formulierte. Wenn Öcalan wiederholt davon spricht, dass er mit seinem Buch vor allem eine „Revolution in der Mentalität“ auslösen möchte, so bezieht er sich darauf, dass der Mensch mittelöstlicher Gesellschaften erst dann zur Freiheit fähig ist, wenn er Autoritäts- und Dogmenhörigkeit abstreift, die ein Widerhall des theokratischen Absolutismus mittelalterlicher islamischer Reiche (und jahrtausendealter vorhergehender Formen von gesellschaftlicher Regulation durch materielle und geistige Macht) sind. Letztlich geht es hier um die Herausbildung einer Individualität, die bisher unter der Last sozialer Zwänge und Sittencodices von Jahrtausenden zerdrückt wird. Damit nähert Öcalan sich Michel Foucaults Machtbegriff an, der darauf hinweist, dass es bei einer Analyse der Macht weniger um die staatliche Souveränität in ihrem einheitlichen Gebäude gehe, als vielmehr um Macht netze, die die Körper, die Sexualität, die Familie, die Verhaltensweisen, das Wissen, die Techniken und vieles mehr durchziehen, und vom Staat als Übermacht nur koordiniert werden. Tatsächlich weist ein in der Türkei erschienener Artikel einer anonymen kurdischen Frau, die sich mit Öcalans Texten vor

dem Hintergrund der Frauenbefreiungsbewegung auseinandersetzt, darauf hin, dass Staaten zwar als Anwender und herrschende Klassen als Profiteure von Unterdrückung aufträten, aber „das System, das Repression und Ausbeutung erst ermöglicht, grundlegend im Geschlechterverhältnis geformt wird und dort seinen Ausdruck findet.“ Unmöglich sei es, den „darüber errichteten Überbau zu zerschlagen oder zu überwinden“, solange mensch den „organisatorischen Zellkern, über dem sich diese Ordnung formt“ unhinterfragt annehme und reproduziere.

Gender und Demokratie

Mit zunehmender Deutlichkeit wird für Öcalan die Lösung des Geschlechterwiderspruchs, der auch schon in früheren Texten und Reden eine Rolle spielte, zur entscheidenden Frage von Befreiung überhaupt: „Geschichte ist die Geschichte des Mannes, der mit der Klassengesellschaft an Stärke gewinnt. Der hegemoniale Klassencharakter bildet sich gemeinsam mit dem hegemonialen männlichen Charakter. [...] Bis heute hat der hegemoniale männliche Charakter der Gesellschaft nicht einmal Möglichkeiten zu einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Geschlechterfrage gelassen, die stärker tabuisiert wird als selbst die Religion. [...] Die Tatsache, dass die Frau über den gesamten Verlauf der Geschichte hinweg ihrer Identität und Persönlichkeit beraubt und ununterbrochen als Gefangene des Mannes gehalten wurde, hat verheerendere Auswirkungen als selbst die Herausbildung sozialer Klassen mit sich gebracht. Die Gefangenschaft der Frau ist Maßstab der allgemeinen Sklaverei und Erniedrigung, ein Kriterium für die gesellschaftliche Verbreitung von Lüge, Diebstahl und Gewalttätigkeit, Maßstab von Verschmutzung und Servilität. Unweigerlich wird ein Umkehren dieser Geschichte tieferschürfende soziale Konsequenzen haben. Die freie Wiedergeburt der Frau wird zwangsläufig eine allgemeine Befreiung, Aufgeklärtheit und Gerechtigkeit nach sich ziehen.“

Natürlich wäre alle Kritik am Patriarchat wenig wert, wenn es bei den Ein-

sichten eines einzelnen Mannes bliebe. Öcalan zielt allerdings nicht nur auf das Verständnis seiner männlichen Leser ab, sondern fordert die kurdische Frauenbefreiungsbewegung auf, sich in der Auseinandersetzung mit den Begrifflichkeiten seiner Zivilisationstheorie eine eigenständige, neue Programmatik zu erarbeiten und eine Geschichtsauffassung zu gewinnen, die jeden sozialen oder nationalen Widerspruch in seinem Verhältnis zum Grundwiderspruch des Geschlechterverhältnisses angeht. Insofern stärkt die denkerische Linie, die aus dem Priesterstaat hervorgeht, insbesondere die Partei der Freien Frau (PJA), die mit ihrer autonomen politisch-organisatorischen Tätigkeit zum Dreh- und Angelpunkt des kurdischen Kampfes wird - und zu der Stelle, an der der ethnisch-nationale Horizont am ehesten nach einem feministisch orientierten Internationalismus hin überschritten werden kann.

Stolz nimmt Pelsin Tolhildan, eine Sprecherin der PJA, kurz nach Erscheinen der beiden Bände Stellung: „Gesellschaftliche Aufklärung ... [und] ... der ultimative Sieg der Demokratie werden erst mit der Freiheit der Frau möglich. Die bestehende Zivilisation ist durch und durch maskulin geprägt und daher ihrem Wesen nach antidemokratisch. Das Aufwachen der Frau wird ein erster Schritt dahingehend sein, die gegebenen antidemokratischen Strukturen zu zerbrechen und das kulturelle Mosaik der Völker wieder zusammensetzen. [...] Die Suche der Frau nach Freiheit ist die Suche des Mittleren Ostens und seiner Völker nach sich selbst. In diesem Sinne wird die neu entstehende ideologische Identität eine feminin geprägte sein. [...] Bei der Formierung ihrer ideologischen Identität muss die Frau die historischen kulturellen Werte [des Matrizenismus] zum Leitfaden machen und ihre eigenen Farben in alternativen Projekten widerspiegeln, die in Bereichen wie Ökonomie, Politik, Recht, Kunst und Kultur, Gesellschaft, Familie, Umwelt - also in allem, was mit dem menschlichen Leben zu tun hat -, von Frauen gegründet werden. [...] Die Partei der Freien Frau, PJA, ist der beste Beweis dafür, dass dies machbar ist. [...] Da sie eine Bewegung ist, die ihre Kraft aus den akkumulierten

historischen Werten des Mittleren Ostens schöpft, gehört es zu ihrer Grundphilosophie, ihren Freiheitskampf und die Schönheiten, die sie durch ihn gewinnen wird, mit allen Frauen des Mittleren Ostens zu teilen, ob Araberinnen, Perserinnen, Armenierinnen, Türkinnen, Assyrerinnen oder anderen. [...] Erwartungen und Hoffnungen sind höher denn je. Die voneinander isolierten Schritte, mit denen sich die Frau des Mittleren Ostens zu rühren beginnt, werden in dem Maße bedeutungsvoll und emanzipatorisch, wie sie einen gemeinsamen Ausdruck in Organisation und Dialog finden.“

Der Zusammenschluss der Frauen des Mittleren Ostens auf zivilgesellschaftlicher Ebene als erster Schritt zu einer Demokratischen Union des Mittleren Ostens ist die praktische Konsequenz der Sozialtheorie, die Öcalan in seinem zweibändigen Werk 'Vom sumerischen Priesterstaat zur Demokratischen Zivilisation. Eine Verteidigung des freien Menschen' aufstellt. Eine konkrete Vision eines neuen Mittleren Ostens also, die für die brennenden Fragen unserer Zeit, namentlich die Zukunft Israel-Palästinas und des Iraks, nachvollziehbare, realisierbare Konzepte bereit hält (auf die hier aus Platzgründen nicht mehr eingegangen werden kann). Für die kurdische Frage selbst soll eine demokratische Lösung in allen vier Teilen erarbeitet werden, die die regionalen Staaten einander näherbringt. Es ist sicherlich eine Minimallösung, aber ihre Attraktivität gewinnt sie aus ihrem Realismus. Und daraus, dass sie Energien freisetzt für so vieles mehr.

Eine Lektüre der deutschen Übersetzung des Priesterstaates kann daher für viele LeserInnen, die des Türkischen nicht mächtig sind, neue Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit dem Denken des mittelöstlichen Revolutionärs, Realpolitikers und vielseitigen Theoretikers eröffnen. Zum ersten Mal erscheint eines der Hauptwerke Öcalans vollständig in einer westlichen Sprache. Ebenso, wie das Buch bei vielen der langjährigen WeggefährInnen Öcalans für Erstauen, kontroverse Diskussionen, unorthodoxe Querdenkenprozesse und neue Anregungen gesorgt haben soll, wird es sicher auch bei den hiesigen LeserInnen

anderes hervorrufen als eine Bestätigung der je vorhandenen Gedanken, wie auch immer diese beschaffen sein mögen. Ich weiß nicht mehr, auf wen der Ausspruch „Es kommt weniger darauf an, die alten Fragen zu beantworten, als vielmehr darauf, die alten Antworten zu hinterfragen“ zurückgehen soll - bei der Lektüre der Eingaben Öcalans an den Strasbourger Gerichtshof ist er mir jedenfalls des öfteren durch den Kopf gegangen.

Die Geschichte nur aus den Augen (Schriften) der Sieger zu erfahren, war über Jahrhunderte hinweg ein auf der Menschheit lastender Fluch. Wenigstens die Gegenwart nicht durch deren Augen, sondern mit unseren eigenen zu sehen, ist eine Chance, die uns die Informationsgesellschaft parat hält. Es liegt an uns, sie zu nutzen. Die Demokratie, die entsteht, wenn viele Menschen dies tun, kann in der Synthese der Zivilisationen eine echte Alternative zum 'Konflikt der Zivilisationen' bieten, in den der 11. September uns alle einbinden möchte.

Fußnoten:

1 - Abdullah Öcalan - 'Europäisches Recht und kurdische Frage'

Hrsg. Internationale Initiative

ISBN 3-00-009366-4

3,- Euro

2 - Abdullah Öcalan - 'Wege zu einer Lösung der kurdischen Frage'

Auszüge aus der Eingabe an den EGMR

Hrsg. Kurdistan Informations-Zentrum e.V.

ISBN 3-936541-00-0

5,- Euro

Dersim - Zentrum des Widerstandes

Von Ercan Ayboga, YXK - Darmstadt

Der Name dieser Provinz war bis 1937/38, wie sie von der Bevölkerung weiterhin noch genannt wird, Dersim. Die türkischen Machthaber haben nach dem barbarischen Massaker im Jahr 1937/38 den Namen der Stadt in Tunceli (türkisch: eiserne Hand) umgeändert, was soviel heißen soll wie „Ich werde euch mit eiserner Hand vernichten“.

Die besondere geographische Lage dieser Stadt bot den Aufständischen Rückhalt und eine Fremdherrschaft konnte sich in ihrer ganzen Geschichte nicht festsetzen. Aus diesem Grund ist Dersim in seiner geschichtlichen Rolle zum Silbernen Tor Kurdistans geworden, das die Kolonialisten nicht durchlässt.

In der kurdischen Sprache bedeutet „Der“ Tor und „Sim“ Silber. Dieser Name kommt von den Dersim umgebenden Bergen, die sehr steil sind und an ihren Durchgängen wie ein Tor erscheinen und silbrig leuchten. Diese Bergkulisse war für die Eroberer immer ein wichtiger strategischer Punkt.

Geographie

Der geographische Raum Dersim hat eine Fläche von ca. 7.800 km² und bezieht sich auf jenes Gebiet, in dem die KurdInnen 95% der Bevölkerung stellen. Heute beträgt die Zivilbevölkerung gerade mal ca. 70.000 Menschen, halb soviel wie vor dem Beginn des Spezialkrieges des türkischen Staates ab 1992.

Dersim liegt an einer Stelle, wo sich das anatolische Hochland, Ararathochland, Obermesopotamien und die Berge des Schwarzen Meeres treffen. Nordnordwestlich von Dersim fließt der Fluss Euphrat von Osten kommend

vorbei. Dann führt er an Dersim vorbei in Richtung Südwesten. Der Süden von Dersim wird vom Fluss Murat abgegrenzt. Südwestlich von Dersim ist der Keban-Staudamm errichtet, was zur Folge hat, dass der ganze Murat südlich von Dersim in einen Stausee umgewandelt wurde.

Dersim ist ein sehr bergiges Gebiet. Hier verlaufen die nördlichsten Ausläufer des Osttaurus-Gebirges von West nach Ost. Diese treffen hier die südlichen Ausläufer der Schwarzmeer-Berge. Dersim hat im Norden die kaum bewaldete Bergkette Munzur/Mercan, mit einer Höhe von bis zu mehr als 3300 Metern. Die Gesteine haben einen metamorphen und vulkanischen Charakter. Felsen treten an besonders vielen Stellen hervor. In den höchsten Lagen liegt sogar im Sommer noch Schnee.

Nach Süden hin werden die Berge zerklüfteter, niedriger und bewaldeter. Besonders in den Flusstälern ist der Waldbewuchs verbreitet. Ursprünglich war Dersim viel bewaldeter als es heute der Fall ist. In Kurdistan gehört Dersim zu den bewaldetsten Regionen.

Die Provinzhauptstadt Dersim befindet sich genau dort, wo der aus dem Nordwesten kommende Fluss Munzur und sein aus dem Nordosten kommender Nebenarm Harcik sich treffen. Der Munzur hat eine Gesamtlänge von etwa 144 km bis zur Mündung in den Keban-Stausee, der Harcik-Fluss dagegen ist etwa 69 km lang. Der Munzur ist ein relativ sauberer Fluss. Menschen holen sich in der Stadt Dersim noch selbst Wasser aus dem Fluss, um es zu trinken.

Im Fluss Munzur gibt es seltene Arten von Fischen. Vor allem die Forellen, die rot gefleckt sind und die zu den schönsten ihrer Art auf der Welt gehö-

ren, sind hier zahlreich anzutreffen.

Auf den Gipfeln, an den Hängen und in den Tälern dieser Berge befindet sich eine der reichhaltigsten wildwachsenden Pflanzen- und Tierwelt des Nahen Ostens. Bergziegen, Bergschafe, Bären, Wildschweine, Wölfe, Schakale, Füchse, Hasen, Steinmarder, Stinktiere, Dachse, graue Eichhörnchen, Igel, Kriechtiere jeder Art (Eidechsen, Schlangen usw.); Luchse, Fischotter, Schildkröten, Frösche sind hier anzutreffen. An Vögeln gibt es Falken, Wanderfalken, Wachteln, Sperber, Geier, Adler, Eulen, Rebhühner, Kraniche, Störche, Tauben, Gänse, Papageien, Nachtigallen, Schwalben, Spechte, Wiedehopfe, Amseln, Raben und Fledermäuse. Darüber hinaus sind die Berge mit hunderten verschiedenen Pflanzen und Blumenarten bedeckt: Tulpe, Hyazinthe, Narzisse, Schneeglöckchen, echte Kamille, Veilchen, wohlriechender Gänsefuß, Anafatma, Tragant, wilder Thymian usw. Hagebutte, wildwachsende Äpfel und Birnen, Pflaumen, Walnuss und Zeder gehören dazu. Einige Orte - zumeist in den hohen Lagen - sind für die Bevölkerung heilige, religiöse Orte, wie z.B.: Düzgün Bava, Munzur Bava, Sultan Bava, Arap kizi.

Folgende Baumarten wachsen in Dersim: Eiche, Buche, Weide, Pappel, Walloneneiche, Spitzahorn, Birke, Schwarzerle usw.

In der Region Dersim herrscht Festlandsklima. Die Sommer sind heiß und trocken, die Winter kalt und sehr schneereich. In Pertek und Mazgirt ist das Klima etwas milder, was auf den in den 50er Jahren gebauten Keban-Staudamm zurückzuführen ist. Die Jahreszeiten mit den meisten Niederschlägen

sind Frühjahr und Winter. In den hohen Bergen beginnt es schon sehr früh zu schneien.

Geschichte

Das heutige Dersim wurde von den Hethitern, die um 2000 v. u. Z. ihr Reich gründeten und das bis 1500 v. u. Z. unter ihrem Einfluss stand, ISSUVA genannt. Als dann das Hurri-Mitanni-Reich entstand, geriet es mehr unter deren Einfluss, blieb aber im Endeffekt immer unabhängig. In den Jahren 1400-1385 v. u. Z. versuchten die Hethiter Dersim zu erobern; doch wurden sie von der Bevölkerung von Issuva bis nach Meledi (Malatya) zurückgeschlagen.

Einige Zeit später hatten die Hethiter unter Suppiluliuma I. (1375-1335 v.u.Z.) gemeinsam mit dem Hurri-Mitanni-Reich Nordsyrien den Krieg erklärt und dabei das Gebiet Issuva erobert. Kurze Zeit später schwächte sich die Vorherrschaft über Issuva wieder ab. 1335 wurde das jetzt AZZI-HAYASA genannte Gebiet vom Hethiter-Herrscher Mursili II. unter Kontrolle gebracht. Die Annalen dieses Herrschers berichten, dass die Bevölkerung dieses Landes in verstärkten Festungen wohnte, eine sehr gut ausgebildete Armee besaß und Pferdefuhrwerke für Kriegszwecke verwendete.

Nachdem sich das Hethiterreich im 12. Jh. v. u. Z. auflöste, begannen die Assyrer mit Eroberungszügen in Mesopotamien. Diese nannten die Menschen in Dersim zur damaligen Zeit Muski. Der Einfluss der Assyrer nahm um 1000 v.Chr. in der Region wieder ab.

Dann gewannen im 9. Jh. die Urartäer, welche die Nachfolger der Hurrer darstellten, im Ararat-Hochland an Stärke und gründeten um den Van-See ein Reich, das sich bis Erzingan erstreckte. Wie sehr Dersim insgesamt unter deren Herrschaft geriet, ist weniger bekannt. Aber es wird von vielen Geschichtsforschern gesagt, dass die Urartäer, die eine der vielen Vorgänger der heutigen Kurden waren, eine direkte Verbindung zu den heutigen Dersim-Kurden besitzen.

Das Aufblühen des Urartu-Reiches währte nur kurz, dann wurden sie von den Assyrern auf ihr Kernland zurück-



Dersim Foto:

Archiv

gedrängt. Trotz eines langen Widerstandes gegen die Assyrer geriet die Region um das heutige Dersim im 8. Jh. unter deren Herrschaft. Nach der Entstehung des medischen Reiches im Zagros-Gebirge 612 v. u. Z. mit dem Sieg über das assyrische Reich, geriet alles bis zum mittelanatolischen Fluss Hatti (Kizilirmak) unter die Herrschaft der Meder. Jetzt fand u.a. eine Annäherung zwischen den iranischen Völkern und Kulturen dieser Region, die im medischen Reich lagen, statt, aus der bekanntlich die Kurden hervorgegangen sind.

Hier in Dersim haben die Meder unauslöschbare Spuren, vor allem im Bereich der Religion hinterlassen. In dieser Phase wurde die Bevölkerung Dersims von der verbreiteten Religion Zarathustras stark beeinflusst. So haben große Teile der Bevölkerung bis heute noch viele ihrer Eigentümlichkeiten bewahrt und die Traditionen lebendig gehalten.

Nachdem die Perser das Mederreich 550 v. u. Z. stürzten, geriet ganz Kurdistan unter persische Herrschaft. So musste Dersim ab diesem Zeitpunkt jedes Jahr 400 Talant Silber und 20000 Pferde als Steuern an die Perser bezahlen. Dersim lag in der Satrapie - das persische Reich wurde in Satrapien aufgeteilt - Medya, daneben gab es noch die medischen Satrapien Kappadokien und Mesopotamien, die Kurdistan umfassten.

Alexander der Große erringt durch einen Sieg 334 v. u. Z. die Macht über Kurdistan und das persische Reich. Es gelingt ihm aber nicht, eine dauerhafte Herrschaft durchzusetzen. Wegen neuer Eroberungen macht er sich auf den Weg Richtung Indien. Diese Gelegenheit wird vom Volk genutzt. Es kommt zu Aufständen, besonders in der Umgebung von Dersim, die von Alexander dem Großen nicht niedergeschlagen werden können. Nach seinem Tod jedoch marschiert der von ihm eingesetzte Perdikkas mit seiner Armee in Dersim ein, schlägt die Aufstände nieder und gliedert die Stadt Mazedonien ein. Im Jahre 301 v. u. Z. wird Kappadokien gegründet, in dem Dersim auch bis 230 v. u. Z. eingegliedert wird.

Im Jahre 140 v. u. Z. kommt Dersim unter den Einfluss der aus dem Osten kommenden Parther. Die politischen Auseinandersetzungen in dieser Phase laufen sehr kompliziert und verworren ab. Abwechselnd herrschen mal die Parther, mal die Römer. Wegen dieses ständigen Hin und Hers kommt es zu keiner stabilen Herrschaft.

Die Erben des Parther-Staates, die Sassaniden, bekämpfen zunächst die ab 240 v. u. Z. von Westen eindringenden Römer, die eine längere Zeit, von 50 v. u. Z. bis 395 u. Z., Dersim (hier wird allerdings keine starke Herrschaft aufgebaut) und Nordwestkurdistan erobern und es beherrschen. Dann finden gegen die

Nachfolger der Römer, die Byzantiner, Kämpfe statt. Auch in dieser Epoche kann keine Rede von Stabilität in der Region sein, bis die Sassaniden im Jahre 503 wieder die Herrschaft über Dersim erlangen. Da Dersim eine gebirgige Region ist, war es für die Sassaniden jedoch, genauso wie für alle Staaten während der Geschichte, ein schwer zu kontrollierendes Gebiet und daher blieb auch ihre Herrschaft instabil.

634-644 u. Z. dehnten sich die arabisch-islamischen Eroberungszüge in Richtung Nordkurdistan nach Anatolien aus. Der armenische Gouverneur Sembat, der im byzantinischen Reich herrschte, unterlag den arabischen Eroberungszügen. Und somit wurden Dersim und Erzingan zu einer Provinz der Araber. Zwischen 653 und 699 geriet Dersim unter die Herrschaft der Byzantiner und wurde 699 vom Kalifen Abdul Malik (685-705) wieder zurückerobert. In den Jahren 705-847 u. Z. war Dersim eine Pufferregion zwischen byzantinischen Herrschern und arabischen Kalifen. Ein 847 für Dersim vom Kalifen ernannter Gouverneur wurde von Aufständischen in Dersim getötet. Aufstände gegen die beiden ständig wechselnden Herrscher spielten eine sehr große Rolle. Diese richteten sich vor allem gegen die Araber, die zwar in den meisten Gebieten Kurdistans ihre Herrschaft im 8. Jh. errichteten, aber in Nordwest-Kurdistan, dabei vor allem in Dersim, nicht erfolgreich waren.

Gegen Mitte des 11. Jhs. fand eine massive Einwanderung der aus Mittelasien stammenden türkischen Stämme via Kurdistan nach Anatolien statt.

Ende des 14. Jh. wurde Dersim vom türkischen Herrscher Timur angegriffen und geplündert. Nach der Bezwingung des safawidischen Königs Schah Ismail 1514 durch die Osmanen im Caldiran-Krieg gewannen die osmanischen Eroberer einen erheblichen politischen und militärischen Einfluss im Gebiet Kurdistan und fingen an, militärische Stützpunkte, Gefängnisse, Moscheen, Bildungszentren (Medressen) und amtliche Gebäude zu errichten. Als die Kurden diesen Etablierungsversuch der Osmanen ablehnten und gegen sie rebellierten, begann der militärische Konflikt zwischen beiden Seiten.

Obwohl die Türken seit dem 11. Jh. mehrere Annexionsversuche des Gebietes unternahmen, stießen sie immer wieder auf die starke Verteidigungsbereitschaft der Dersim-Kurden. Es wurde gesagt, dass „der Feind nicht den Mut habe, das Volk in diesem steilen Gebirge anzugreifen“.

So gab es in der neueren Zeit militärische Auseinandersetzungen in den Jahren 1862-1866, 1877-1878, 1907, 1908, 1909, 1912, 1914 und 1916, von denen keine mit der Niederlage Dersims endete. Während des 1. Weltkrieges arbeiteten die Dersim-Kurden in gewissem Maße mit den bis Sewas (Sivas) vorgehenden Russen zusammen. Die Spannungen hielten auch danach an. So gab es einen Kampf des Dersim-Kurdenanführer Seyit Riza 1924 mit der türkischen Armee.

DAS DERSIM-MASSAKER 1937/38:

Nach der Niederschlagung des Seyh Sait Aufstandes 1925 in mehreren Regionen und der damit errungenen Kontrolle über weite Teile Nordkurdistans, war vor allem Dersim immer noch nicht beruhigt. Die dortige Kraft der Kurden war noch nicht zerschlagen. Auch ein Vernichtungskrieg gegen die Bewohner des Südens von Dersim 1926 brachte nur einen sehr begrenzten Erfolg. 1930 wurden etwa 10.000 Menschen aus Nord-Dersim (Pilemori und Erzingan) in westliche Gebiete der Türkei deportiert. Ziel dieser Aktionen war es, Dersim Schritt für Schritt zu schwächen. Die Angst vor einer direkten Auseinandersetzung mit dieser Burg des Widerstandes war sehr groß.

Nach dem Scheitern des Ararat-Aufstandes 1928-1932 wurde ein lang ausgedachter Plan gegen Dersim erarbeitet, der 1935 konkretisiert wurde, weil die bisherigen Handlungen kaum erfolgreich waren. Gegen die Bevölkerung wurde ein hartes, gewaltsames Gesetz (Tunceli Kanunu) herausgegeben, wonach die Bewohner Dersims zur Deportation freigegeben und den Kommandanten alle Rechte des Ministeriums übergeben wurden. Zur gleichen Zeit häuften sich die Überfälle der Armeeeinheiten auf die kurdischen Dörfer in

der Region Dersim. Unter dem Vorwand, Waffen zu suchen, wurden die Menschen zusammengetrieben, gefoltert, vertrieben und ihre Ernte vernichtet. Die Bevölkerung Dersims wehrte sich gegen die Türkisierung und die damit verbundenen ständigen Überfälle der türkischen Militäreinheiten auf ihre Frauen und Kinder.

Der Kampf begann, nachdem alle Verhandlungsversuche der kurdischen Bewohner von der türkischen Regierung abgelehnt wurden, mit einem Überfall von einigen Stämme unter der Führung des kurdischen Yusufhan-Stammesführers Kamber Agha Ende 1936 kurz vor dem Winter. Infolgedessen wurden der Türkei schwere Verluste zugefügt. Daraufhin wurde in der Türkei eine Mobilmachung ausgerufen und über 100.000 Soldaten nach Dersim verlegt. Im Frühling flammten schwere Kämpfe auf. Die ersten Invasionspläne scheiterten. Zerschlagen zog sich die Armee zum größten Teil für kurze Zeit nach Elaziz zurück, wo sie sich auf den neuen Feldzug vorbereitete. Die türkische Armee machte besonders ab dem Sommer alles - Menschen, Dörfer, Äcker, Gärten, etc. - dem Erdboden gleich. Tausende, die aus Naivität den türkischen Versprechungen gefolgt waren und sich ergeben hatten, wurden kaltblütig ermordet. Der Herbst 1937 war für die Einwohner Dersims sehr schwer. Mehrmalige Aufrufe der kurdischen Widerstandsführer - unter ihnen war auch Aliser und seine Frau Zarife, die am Aufstand 1921 in Kocgiri führend beteiligt waren - an die Weltorganisationen waren erfolglos. Seyit Riza schlug den türkischen Behörden wieder Neuverhandlungen vor, die vom türkischen Staat angenommen wurden. Als er für Verhandlungen nach Erzingan ging, wurde er festgenommen.

Noch im gleichen Jahr wurde er in Elaziz mit anderen Anführern gehängt. Seine letzte Worte lauteten: „Ich bin 75 Jahre alt und werde zu einem der Märtyrer Kurdistans. Dersim verliert, doch werden die Kurden und das Kurdentum weiterleben. Unsere kurdischen Kinder und Enkel werden uns rächen. Nieder mit den Barbaren! Nieder mit den Verrätern und Lügnern!“ Etwa zur gleichen Zeit wurde Aliser durch einen Verrat des berühmtesten Verräters in Dersim, Rai-

ber, ebenfalls ermordet. Ohne Führung konnten die türkischen Truppen unter Einsatz der Luftwaffe gegen einen nicht koordinierten Widerstand vorgehen und Dersim vollständig zerstören.

Zunächst war der Westen Dersims das Zentrum des Aufstandes, während der Osten sich relativ ruhig verhielt. Als der Völkermord auch den Osten erreichte, entstand dort ein Aufstand, der ebenfalls blutig niedergeschlagen wurde. 1938 erreichte der Genozid seinen Höhepunkt. Nun wurde auch in Zentral-Dersim systematisch Dorf für Dorf mit seinen Bewohnern vernichtet. Viele Menschen flüchteten in die hohen Berge und Höhlen. Auch hier wurden sie durch verschiedene Verräter ausgeliefert. Manche Höhlen wurden zugemauert, manche mit Giftgas in einen Ort des Sterbens verwandelt. Fliehende Menschen warfen sich in tiefe Täler, um nicht gefangen genommen zu werden. Besonders Frauen entkamen so einer Vergewaltigung. Das Tal Lac ist hier sehr berühmt. Hier floss so viel Blut in den Munzur-Fluss, dass dieser tagelang blutgetränkt war.

Schätzungsweise starben bei diesem grauenvollen Massaker 50.000 bis 80.000 Menschen. Noch mal so viele wurden in den Westen deportiert. Dieses Massaker hinterließ bei den Dersim-Kurden bis heute sehr entscheidende, deutliche Spuren.

Sprache und Religion

In Dersim spricht ca. 70% der Bevölkerung den Kirmancki (Dimili, Zazaki) Dialekt bzw. Sprache; der andere Teil die in Kurdistan am weitesten verbreitete kurdische Sprache Kurmanci (es ist zutreffender, wenn wir von kurdischen Sprachen als von Dialekten sprechen). Die letztere Sprache wird in den südlichen Gebieten Dersims benutzt: in ganz Dep (Karakocan) und Pertek, in einem Teil von Hozat und Cemisezek, in den meisten Gegenden von Mazgirt und in drei Dörfern von Nazmiye.

Es ist bekannt, dass Kirmancki - die älteste der kurdischen Sprachen - bis zur islamischen Eroberung von Kurdistan im 7. Jh. in Nord-Nordwest-Kurdistan sehr verbreitet und Kurmanci dagegen auf Botan-Behdinan und die dortige

nähere Umgebung begrenzt war. Als sich die Situation änderte, wirkte sich dies in Dersim so aus, dass Kirmancki sich im Norden und in der Mitte behaupten konnte, aber im Süden von Kurmanci verdrängt wurde. Dieser Umstand ist vor allem mit der extremen gebirgigen Region Dersims zu erklären. Hier konnte sich Kirmancki wie in den Regionen Varto-Hinis, Genc-Lice-Hazro und Siverek-Cermik aufrechterhalten.

Man könnte in gewisser Weise Kirmancki als die älteste und die Sprache der Kurden aus den Bergen bezeichnen. Weil sich diese kurdische Sprache aus gegebenen Gründen nicht viel fortentwickelte, konnte sie ihre Reinheit, wie sie vor einigen tausend Jahren gesprochen wurde, bewahren. Dagegen ist Kurmanci und Sorani die Sprache der Kurden aus den Ebenen und Städten.

Die Religion der Dersim-Kurden ist zu nahezu 100% alevitisch. Alle Kurden in der Region Dersim sind Aleviten. Daneben gibt es einige angesiedelte sunnitische Türken in Mazgirt, Pertek und Cemisezek. In geringer Anzahl kann man im Süden auch sunnitische Kurden antreffen.

Der Berg Dûzgîn Bava (Name eines der ersten Mystiker) ist heute der heiligste Ort der alevitischen Kurden in Dersim. Die Menschen besuchten ihn regelmäßig, bis es durch den Krieg nicht mehr oder nur schwer möglich wurde.

Der Fluss Munzur und sein Tal hat für die Region Dersim eine überragende Bedeutung. Neben der Versorgung mit Wasser, Fischerei und anderen wirtschaftlichen Aspekten besitzt der Munzur in den Augen der Menschen einen „heiligen“ Stellenwert. Er nahm und nimmt über Jahrhunderte hinweg eine herausragende Stellung im kulturell-religiösen Leben ein. Er wird mit fast allen Mythologien, Sagen und Überlieferungen in Dersim in direkte Verbindung gebracht. Die Munzur-Sage gehört zusammen mit der Dûzgîn Bava Sage zu den bekanntesten Erzählungen.

In der Neuzeit, vom Ende des 16. Jh. bis zum Ende des 19. Jh. fanden wesentliche Veränderungen im sozioökonomischen und religiösen Leben, in der Ideologie und Kultur der Dersim-Kurden statt. Dersim, das von rückständigen

Feudalgesellschaften umgeben war, bewahrte noch Mitte des 19. Jh. im wesentlichen die frühere patriarchalisch-feudale Ordnung. Für die erwähnte Periode war die vollständige oder teilweise Sesshaftwerdung und der Übergang zu Ackerbau und Viehzucht eines bedeutenden Teils der Dersim-Kurden die einzige ins Auge fallende Veränderung.

Staudammprojekte

In der Region Dersim sollen insgesamt acht Staudämme gebaut werden, wovon zwei schon praktisch fertig gestellt sind und in Kürze in Betrieb genommen werden sollen. Von den anderen sechs Staudämmen sind zwei an ein internationales Konsortium vergeben worden. Die anderen vier Dämme sind noch im Masterplan.

Die Staudammprojekte würden bei ihrer Realisierung den natürlichen Reichtum Dersims zerstören. Sie betreffen vor allem ein Gebiet, welches 1971 durch den türkischen Staat als Nationalpark unter Schutz gestellt wurde und in dem solche Eingriffe eigentlich unzulässig sind.

Für die Bevölkerung der Region hat der Fluss Munzur ebenso wie die Berge eine hohe kulturelle Bedeutung. Er wird vielfach als heilig verehrt, ist Ort und Gegenstand von Sagen und Mythen. Seine Vernichtung zielt direkt auf die Identität der in Dersim lebenden oder von dort stammenden Menschen ab. Sie ist die Fortsetzung einer durch zwangsweise Assimilation, Ermordung, Vertreibung, Umbenennung und Vernichtung von Dörfern und Verbot der kurdischen Sprachen (Zazaki und Kurmanci) sowie religiöse Diskriminierung geprägten Politik.

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
 41 Rue Jean Stas
 1060 Brüssel
 Tel: (32) 2 647 30 84
 Fax: (32) 2 647 68 49
 e-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
 41 Rue Jean Stas
 1060 Brüssel
 Tel: (32) 2 647 99 53
 Fax: (32) 2 647 27 75
 e-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Kurdistan Informations-Zentrum
 Postfach 12 11 22
 10605 Berlin
 e-mail: KurdistanIZ@aol.com
 http://www.nadir.org/kiz

Deutschland:
KNK - Kurdistan National Kongress
Deutschlandvertretung
 Scharnhorststr. 25
 10115 Berlin
 Tel: (49) 30 - 97 00 54 26
 Fax: (49) 30 - 97 00 54 27

Deutschland:
YEK-KOM
 Graf-Adolf-Str. 70a
 40210 Düsseldorf
 Tel: (49) 211 - 17 11 452,
 Fax: (49) 211 - 17 11 453
 e-mail: yekkom@gmx.net

Österreich:
FEY-KOM
 Ramperstorffergasse 68 A
 1050 Wien
 Tel: (43) 1 54 55 259
 Fax: (43) 1 54 55 821
 e-mail: feykom@aon.at

Schweiz:
KURD-CHR
 15 rues des Savoises
 1205 Genève
 Tel: (41) 22 32 81 984
 Fax: (41) 22 32 81 983
 e-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Italien:
Ufficio di Informazione del Kurdistan In Italia
 Via Quintino Sella
 00186 Rom
 Tel: (39) 06 - 42 01 35 76
 Fax: (39) 06 - 42 01 37 99
 e-mail: wiki.onlus@tin.it
 http://www.kurdistan.it

Niederland:
FED-KOM
 Sloterkade 10
 1058 HD Amsterdam NL
 Tel: (31) 20 - 61 41 816
 Fax: (31) 20 - 61 43 468
 e-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
 Victoriagade 16 c, 2 Sal
 1655 København
 Tel: (45) 33 - 22 89 98
 Fax: (45) 33 - 22 59 23
 e-mail: feykur@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
 93 Main Street
 Blacktown 2148 Sydney
 Tel: (61) 2 - 96 76 72 45
 Fax: (61) 2 - 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allilegyis sto Kourdistan
 Tich. Thra 25607
 1511 Leikosta / Kypros
 Tel: (357) 2 - 37 42 16
 Fax: (357) 2 - 37 44 04
 e-mail: emk-ky@logos.cy.net

Russland:
Maha Kurda
 Hesse 4/A
 Vajgelna Pika Str.
 Moskwa 129 226
 Tel/Fax: (70) 95 - 18 71 200
 e-mail: kurdistan@ntl.ru

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
 14 Rue Lafayette; 75010 Paris
 Tel: (33) 1 - 40 16 44 89
 Fax: (33) 1 - 40 16 47 23
 e-mail: ck@wanadoo.fr

AZADI e.V.

RECHTSHILFEFONDS
 für Kurdinnen und
 Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
 Ökobank Frankfurt/Main
 BLZ 500 901 00
 Kto. Nr. 54 00 279



- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

AZADI
 FREIHEIT

Informationen:
 AZADI e.V.
 Lindenthalgürtel 102
 50935 Köln
 Tel: 0221 / 9234497
 Fax: 0221 / 9234499
 e-mail: azadi@t-online.de
 http://www.nadir.org/azadi

